WISSENSCHAFTLER WARNEN VOR DEN FOLGEN DER KITA-KRISE
SEITEN 2/3

DIE WELT

WAS MAN ZUR ELEKTRONISCHEN PATIENTENAKTE WISSEN SOLLTE
SEITE 8

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37
DIENSTAG, 17. SEPTEMBER 2024
D 2,70 EURO Nr. 181

Attentat auf Donald Trump verhindert

Mutmaßlicher Schütze suchte Kämpfer gegen Russland. Selenskyj verurteilt Anschlagsversuch

VON STEFANIE BOLZEN

Zum zweiten Mal binnen zwei Monaten ist Donald Trump Ziel eines Mordversuchs geworden. Am Sonntagmittag (Ortszeit) schossen die Personenschützer des Ex-Präsidenten auf einen Mann, der sich mit einem Sturmgewehr im Gebüsch am Rande des Golfplatzes platziert hatte, auf dem Trump gerade spielte. Das FBI bestätigte wenige Stunden später, dass der 78-Jährige „Ziel eines mutmaßlichen Attentatsversuchs“ geworden war.

Der Verdächtige hatte ein Zielfernrohr auf das Gewehr montiert und befand sich nach Polizeiangaben rund 400 Meter von Trump entfernt. Der Ex-Präsident spielte US-Medien zufolge das 5. Loch des Golf Club West Palm Beach, das nahe einer Durchgangsstraße liegt. Einer seiner Secret-Service-Beamten, die routinemäßig immer ein Loch vorausgehen, hatte den Gewehrlauf entdeckt und auf den Mann geschossen, der daraufhin in seinem Auto flüchtete. Die Behörden gaben den Namen des mutmaßlichen Attentäters mit Ryan Routh an. Routh wurde eine Stunde später nördlich des Tatorts auf einer Autobahn gestellt. 2022 lebte der 58-Jährige zeitweise in der Ukraine und gründete dort ein „International Volunteer Center“. In Interviews mit „Newsweek“ und der „New York Times“ erklärte er, dass er ausländische Kämpfer für den Krieg gegen Russland zu rekrutieren versuche.

„Warum ich hier bin? Für mich sind viele der anderen Konflikte grau, aber dieser Konflikt ist definitiv schwarz und weiß. Das hier ist Gut gegen Böse.“ Investigativreportern der „New York Times“ sagte Routh, dass er afghanische Soldaten rekrutieren wolle, die vor den Taliban flüchten.

Dutzende hätten auf seine Anfrage interessiert reagiert, er wolle die Rekruten aus Pakistan oder dem Iran in die Ukraine bringen. „Wir können wahrscheinlich ein paar Reisepässe über Pakistan organisieren, das ist so ein korruptes Land“, sagte der den Reportern in einem Interview, das Routh von Washington aus führte. Die Reporter konnten allerdings nicht nachweisen, dass Rouths Pläne tatsächlich Erfolg hatten.

In einem weiteren Interview mit „Semafor“ im März 2023 beklagte Routh: „Es ist schwer, mit den Ukrainern zu arbeiten. Viele freiwillige Kämpfer aus dem Ausland gehen nach einer Woche wieder oder wechseln die Truppe, um respektiert und geschätzt zu werden.“

Routh ließ auch seine Frustration durchblicken, dass die ukrainischen Gesprächspartner seine Bemühungen nicht ausreichend schätzten. „Sie schreien mich jedes Mal an, wenn ich die Rekrutierung von Afghanen vorschlage. Sie haben Angst, dass jeder ein russischer Spion ist.“

In einem Telefoninterview mit dem britischen „Guardian“ sagte Rouths Sohn Oran am Sonntagabend kurz nach Bekanntwerden der Festnahme seines Vaters: „Mein Vater ging (in die Ukraine, d. Red) und sah dort verdammt noch mal Menschen kämpfen und sterben.“

Trump hatte sich beim TV-Duell vergangenen Dienstag geweigert preiszugeben, ob er einen Sieg der Ukraine wolle. Danach befragt, sagte Oran Routh: „Dieser Kerl (Trump, d. Red.) sitzt hinter einem scheiß Schreibtisch und tut verdammt gar nichts.“

Ob hinter dem mutmaßlichen Anschlagsversuch ein politisches Motiv steckt, ist unklar. Trump hat im Wahlkampf angekündigt, Russlands Krieg gegen die Ukraine „binnen 24 Stunden mit einem Deal“ zu beenden. Berater des Republikaners haben Pläne vorgelegt, dass Kiew keine Waffen mehr aus den USA bekommt, wenn es sich Friedensgesprächen mit Russland verwehrt. Trump hat sich aber nie öffentlich geäußert, ob er eine solche Strategie befürwortet.

Das Wählerregister belegt, dass Routh 2016 als Republikaner registriert war. Dann drehte sich Routh politische Stimmung. 2019 und 2020 spendete er kleine Summen an die Demokraten. Im Juni 2020 äußerte er sich abwertend über Trump. Er sei froh, so Routh, wenn Trump verschwinde, weil dieser „eine Enttäuschung“ gewesen und „geistig nicht auf der Höhe“ sei, schrieb er auf auf der Plattform X.

In den Vorwahlen 2024 sprach sich Routh für eine gemeinsame Kandidatur der Republikaner Vivek Ramaswamy und Nikki Haley aus. Zuletzt hatte Routh den US-Präsidenten Joe Biden angespornt, Amerika „als frei und demokratisch zu bewahren“. Auf seinem X-Account finden sich krude Posts, in denen er Elon Musk um eine Rakete bittet, die er auf Russlands Präsidenten Wladimir Putin abschießen wolle. „Es kann eine alte Rakete sein, ich gebe sie nicht zurück.“

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat den Anschlagsversuch auf Trump unterdessen verurteilt und dem Angegriffenen seine Solidarität ausgesprochen. „Ich bin froh, zu hören, dass Donald Trump sicher und unverletzt ist“, schrieb Selenskyj auf der Plattform X. Er wünsche ihm und seiner Familie alles Gute. Für Kiew sei klar, dass Gewalt keinen Platz in der Politik haben dürfe.

Die Beziehungen zwischen Trump und Selenskyj gelten als kompliziert. Offene Kritik an Trump hat Selenskyj allerdings nie geübt. Bei seiner geplanten US-Reise Ende September will sich Selenskyj dem Vernehmen nach auch mit Trump treffen, um ihn von seinem Friedensplan zu überzeugen. mit dpa

ZIPPERT ZAPPT

Friedrich Merz wird bald erfahren, ob er der Auserwählte ist und ob er sich zum Kanzlerkandidaten ausrufen lassen darf. Vorher müssen anscheinend noch bestimmte Weissagungen eingetroffen sein, ohne die Merz es nicht wagt, gegen den seit drei Jahren unbesiegten Olaf Scholz anzutreten. Zuallererst muss Markus Söder den Kanzlerbart niederlegen und damit seinen Verzicht auf das ihm eigentlich zustehende Amt erklären. Zum Ausgleich muss Merz dem Söder drei Ministerien, die Vizekanzlerschaft und eine Prinzessin zur Frau geben. Was muss noch geschehen, damit Merz dem Volk die traurige Botschaft verkündet? Er darf bei Hochwasserfototerminen in Bayern nicht lachen. Weder sollte der Mond im siebten Haus stehen noch Jupiter in Konjunktion mit Mars, denn genau ab dann regiert die Erde der Wassermann und Merz ist Skorpion. Ob die Überlegungen des Herrn Merz live übertragen werden, ist noch nicht sicher, man weiß auch nicht, wer sich die Übertragungsrechte an der Offenbarung des Friedrich gesichert hat. Klar ist nur, es wird keinen Boxkampf gegen Hendrik Wüst geben.

GETTY IMAGES/ THOMAS NIEDERMUELLER

Alles unter Kontrolle?

Manch Nachbarstaat ist verärgert, seit gestern wird an den deutschen Grenzen – wie hier in Kehl nahe Frankreich – kontrolliert. Und Kanzler Olaf Scholz (SPD) wirbt in persönlichen Gesprächen mit den Regierungschefs um Verständnis. Scholz suche den Kontakt mit seinen Kollegen, „um die Motivation und die Situation Deutschlands zu erklären und zu erläutern“, so Vizeregierungssprecherin Christiane Hoffmann. Es gehe darum, „Verständnis zu schaffen“. Seite 4

Migrationsabkommen: Nur minimale Abschiebe-Erfolge

Partnerschaften der Ampel-Koalition mit Asyl-Herkunftsländern bleiben ohne großen Effekt

VON MARCEL LEUBECHER

Weil seit Jahrzehnten die Rücknahmebereitschaft der meisten nichteuropäischen Herkunftsländer von Asylbewerbern schwach ist, wurden in diesem Zeitraum Dutzende Rücknahmeabkommen mit diesen Ländern ausgehandelt. Die Wirkung war meist marginal. Deshalb versucht die Ampel-Regierung, diese Zusagen für bessere Kooperationen bei der Identitätsklärung und Abschiebung seitens der Herkunftsländer mit deutschen Zusagen für mehr Arbeitsvisa zu verbinden. Am Freitag unterzeichnete Kanzler Olaf Scholz (SPD) eine solche Partnerschaft mit Kenia und am Sonntag eine in Usbekistan.

Blickt man auf die bisherigen Migrationspartnerschaften der Ampel, ist die Abschiebebilanz mickrig. Beispiel Indien: Mit dem bevölkerungsreichsten Staat der Erde – aus dem ohnehin seit Langem jährlich zehntausende Menschen legal per Arbeits- und Studienvisa nach Deutschland zuwandern, aber auch wenige Tausend Asylbewerber – wurde im Dezember 2022 das erste Ampel-Migrationsabkommen unterzeichnet. Doch von den fast 5000 ausreisepflichtigen Indern wurde im ganzen Jahr 2023 gerade 51 abgeschoben. Und diese mussten alle einzeln per Linienflug in ihre Heimat gebracht werden. In den Verhandlungen mit den Herkunftsländern ist die Erlaubnis, auch Charterflugzeugen aus Deutschland regelmäßig eine Landeerlaubnis zu erteilen, ein wichtiger Punkt, der Rückführungen erleichtern soll. Im laufenden Jahr genehmigte Indien dies zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Deals im März 2023. Mehr als ein Jahr später, im April 2024, durfte Deutschland 19 ausreisepflichtige Inder per Charterflug dorthin bringen. Es war der einzige Charterflug, wie aus einer Antwort der Regierung auf AfD-Anfrage hervorgeht.

Laut Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben 2023 rund 2500 Inder Asyl beantragt, zwei wurden als Flüchtling anerkannt, und weitere drei erhielten ein Abschiebeverbot. In diesem Jahr haben bisher rund 1200 Inder Asyl beantragt, drei wurden als Flüchtlinge anerkannt, zwei als subsidiär schutzberechtigt, und sieben erhielten ein Abschiebeverbot. Doch gerade einmal 78 wurden im ersten Halbjahr abgeschoben. Das Innenministerium unter Nancy Faeser (SPD) hatte nach Abschluss des Deals mit Indien mitgeteilt, der Vereinbarung komme „Modellcharakter im Hinblick auf weitere Abkommen dieser Art zu“.

Und tatsächlich ist eine ähnliche minimale Auswirkung auf die Abschiebungsbilanz auch bei „weiteren Abkommen dieser Art“ zu beobachten: Beispiel Marokko, mit dem nordafrikanischen Staat, der seit den 90er-Jahren mit starken Schwankungen ein recht wichtiges Asylherkunftsland ist, wurde im Januar eine „umfassende Migrationspartnerschaft“ vereinbart. Über mehr als 1900 Asylanträge von Marokkanern wurde im laufenden Jahr vom BAMF entschieden, drei Prozent erhielten einen Schutztitel. Abgeschoben wurden im gesamten vergangenen Jahr nur 153 der fast 3500 marokkanischen Ausreisepflichtigen, im ersten Halbjahr 2024 hingegen „schon“ 141. Falls es in dieser Größenordnung weiterginge, könnten theoretisch im Jahr 2037 alle aktuell ausreisepflichtigen Marokkaner zurückgebracht worden sein. Allerdings nur, wenn man ignoriert, dass monatlich derzeit mehr als 100 Marokkaner neu einreisen, die angeben, Asyl zu suchen. Auch in den seit Montag bundesweit an den Landgrenzen stattfindenden Grenzkontrollen dürfen solche unerlaubt einreisenden Migranten nicht zurückgewiesen werden, sobald sie um Asyl bitten.

Die beiden jüngsten „Migrationspartner“, Usbekistan und Kenia, zählen nicht zu den wichtigen Asyl-Herkunftsländern. Aus Kenia kommen aber jährlich einige Hundert Migranten, die Asyl suchen, aber fast nie anerkannt werden. 2024 gab es bis August 380 Entscheidungen über Asylanträge. Nur ein Kenianer erhielt Asyl, hier also kam das BAMF zu dem Ergebnis, dass er von Verfolgung bedroht ist und vorher noch in keinem sicheren Staat war. Zehn weitere erhielten Flüchtlingsschutz und ein weiterer ein Abschiebungsverbot. Das ist ein Schutztitel für Personen, die zwar weder vor Verfolgung oder Gefechten fliehen, bei denen aber unmenschliche Härten bei der Rückkehr zu erwarten wären, also etwa wenn es sich um Schwerkranke oder alleinstehende Mütter ohne Versorgung im Heimatland handelt. Gerade einmal zwei Kenianer wurden im ersten Halbjahr 2024 abgeschoben. Ob sich die Rückführungen nach Kenia steigern lassen, wird sich bald zeigen. Bezüglich des Umfangs der Arbeitsvisa macht sich Kenias Präsident nach seinem Besuch in Berlin große Hoffnungen. In einem TV-Interview sagte er, dass die „Vereinbarung zwischen Kenia und Deutschland 250.000 Arbeitsplatzmöglichkeiten für junge Kenianer freigeben wird“. Das Innenministerium teilt auf WELT-Anfrage, ob am Rande der Verhandlungen von deutscher Seite Aussagen getroffen wurden, die eine Grundlage für die Zahlen des kenianischen Präsidenten sein könnten, mit, das Migrationsabkommen enthalte „keinerlei Zahlen von Fachkräften aus Kenia, die in Deutschland arbeiten könnten. Bewerber müssen die Kriterien des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erfüllen.“

KOMMENTAR

Nützliches Framing

AXEL BOJANOWSKI

Eine wärmere Welt ist eine nassere – warme Luft kann mehr Feuchtigkeit halten; der Trend geht im globalen Durchschnitt also zu vermehrtem Niederschlag. In manchen Regionen gebe es bereits mehr Starkregen als früher, konstatiert der UN-Klimabericht. Auch für Mitteleuropa deuteten Daten auf eine Zunahme von Starkregen hin, allerdings nur mit „mittelmäßiger Gewissheit“. Gleichwohl führt der Klimawandel-Kurzschluss in die Irre: Nach der desaströsen Flut in Westdeutschland 2021 stellte sich heraus, dass sich ähnliche Fluten bereits in vorindustrieller Zeit ereignet hatten und Regenmengen und Flut innerhalb des natürlichen Schwankungsbereichs lagen.

Selbst von der Erwärmung verstärkter Niederschlag wäre nicht gleichzusetzen mit einer folgenden Hochwasser-Katastrophe: Die Verschärfung des Regens betrüge ein paar Prozent im Vergleich zu einer Welt ohne globale Erwärmung – eine Katastrophe hätte es mithin in beiden Fällen gegeben. Stärkerer Niederschlag führe nicht unbedingt zu höheren Fluten, erläutert der UN-Klimarat in Kapitel 11.5.1 in seinem aktuellen Sachstandreport. Die menschengemachte Erwärmung ließe sich bislang nicht für Hochwasser verantwortlich machen, heißt es in Kapitel 11.5.4. „Wenn die Niederschlagsextreme zunehmen, warum kommt es dann nicht auch zu Überschwemmungen?“, fragen Forscher im Fachblatt „Water Ressources Research“. Ihre Antwort: Zahlreiche Faktoren bestimmten die Pegelstände: Neben der Bodenversiegelung, Flussbegradigungen oder Änderungen der Schneebedeckung ist es vor allem die Besiedelung der Ufer. Das Flutrisiko hat sich dramatisch erhöht, weil sich die Weltbevölkerung in den vergangenen 40 Jahren fast verdoppelt hat, entsprechend mehr Menschen leben an Flüssen. Gleichwohl sind weniger Anwohner von Überschwemmungen betroffen, wie Satellitendaten offenbaren. Moderne Deiche, Dämme, Warnsysteme und Abwasseranlagen ermöglichen es, Überschwemmungen abzuwehren. Die Opferzahl bei Hochwasser ist seit den 1950er-Jahren im globalen Mittel um 84 Prozent gesunken – von 412 Todesfällen pro Hochwasser auf 67 Todesfälle pro Hochwasser in den 2010er-Jahren; im wohlhabenden Europa verlief die Entwicklung noch erfolgreicher. Auch die bei Fluten entstandenen Schäden sind im Verhältnis zur Wirtschaftskraft erheblich gesunken.

Der Klimawandel sei „ein großes Problem für die Menschheit“, ihn einzudämmen sei „unerlässlich“, resümieren zwei Umweltforscher im Fachblatt „WIREs Climate Change“: Doch Wetterkatastrophen hätten immer mehrere Ursachen. Die Klimawandel-Zuschreibung drohe, Anpassungsmaßnahmen vor Ort aus der Debatte zu verdrängen.

axel.bojanowski@welt.de

TÜVNORD TÜV NORD CERT GmbH Klimaneutrales Produkt Zertifizierung gem. TN-Standard TN-CC 020 tuev-nord.de
Mehr Informationen unter welt.de/verantwortung

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410
Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Tel. 030 / 2 59 10 **E-Mail** kontakt@welt.de **Anzeigen** 030 / 58 58 90 **E-Mail** anzeigen@welt.de
Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin **Tel.** 0800 / 9 35 85 37 (Mo–Sa: 7 bis 19 Uhr) **E-Mail** kundenservice@welt.de

ISSN 0173-8437 **181-38** **ZKZ 7109**
A 3,50 € • B 3,90 € • CH 4,80 CHF • DK 30,50 DKK • E/I.C. 4,10 € • GR 4,10 € • I 4,10 € • L 3,50 € • PL 17 PLN

4 190710 902704 20038

PLATZ DER REPUBLIK

FRÉDÉRIC SCHWILDEN

Gegen Fakenews hilft nur Freiheit

Nun hat also in Deutschland ein Bürgerrat nach langem Rumreden und Post-its an Flipcharts kleben entschieden, etwas gegen Fakenews zu unternehmen. Dazu haben laut Veranstalter von der Bertelsmann-Stiftung „424.000 Teilnehmende“ „28 konkrete Maßnahmen“ erarbeitet, die sich an „Politik, Medien, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft“ richten. Das Ganze haben sie jetzt Innenministerin Nancy Faeser übergeben. Schaut man sich die Fotos von der Stiftung an, waren die Menschen wohl keineswegs repräsentativ für Deutschland. Sie waren so weiß, so feist, so zynisch satt, wie Manufactum-Kunden nach dem elften Gang beim vegetarischen Erntedank-Essen.

Und dazu halte ich es überhaupt für falsch, Empfehlungen von Menschen zu beachten, die freiwillig an einem Bürgerrat teilnehmen. Ich habe einen Beruf, meine Frau arbeitet auch Vollzeit, wir haben zwei Kinder, ich wüsste nicht, wo ich die Zeit hernehmen könnte, mich mit 423.999 anderen weißen Privatiers „für unsere Gesellschaft und unsere Werte einzusetzen“. Das Schlimmste nach Look und Zusammensetzung des Bürgerrats ist aber das Ergebnis. Es sind naive, zutiefst autoritäre Fantasien von Menschen, die glauben, sich auf dem Höhepunkt der menschlichen Erleuchtungsstufe zu befinden.

55 Prozent der Bürgerratsmitglieder finden: „Man sollte an Berufs- und Hochschulen ein Pflichtmodul Medienkompetenz einführen und das Thema bei Schul-Elternabenden vermitteln.“ 56 Prozent finden: „Man sollte das Vertrauen in qualitativ hochwertige Medien stärken durch ein freiwilliges, transparent gestaltetes Journalismus-Gütesiegel.“ 48 Prozent fordern: „Man sollte Plattformen verpflichten, eine Wartezeit vor der Veröffentlichung von Posts einzuführen, in der eine KI auf Desinformation prüft.“ 87 Prozent befürworten ein Desinformationsranking zu Aussagen von politischen Akteuren. Die vorgeschlagene Maßnahme: Ein Ranking „aus einem gemeinwohlorientierten, unabhängigen Medienhaus“. Als Beispiel wird „Correctiv“ genannt, das auch mit Staatsgeldern finanziert wird. Diese Maßnahmen werden das Problem alle nicht lösen. Der beste Schutz vor Desinformation ist: Freiheit. Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit. Wann was von wem veröffentlicht wird, darf keine KI entscheiden. Dazu ist diese Vorstellung der „Teilnehmenden“ von Falschinformationen auch tragisch. Alles ist Falschinformation, bis es revidiert wird. Besonders tragisch ist das alles, weil das Papier wohl selbst Desinformation betreibt. So heißt es im Papier, dass das Innenministerium „die Empfehlungen u. a. für die Erarbeitung einer neuen Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation nutzen wird“. Blöd nur, dass Faeser das selbst schon dementiert hat. So schreibt die Deutsche Presseagentur, dass Nancy Faeser in Bezug auf das Gütesiegel des Journalismus skeptisch sei und Meinungsfreiheit für ein hohes Gut der Verfassung halte. Wörtlich hat Faeser der dpa gesagt: „Da würde ich mich als Staat nie einmischen.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985†)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Jennifer Wilton; Dr. Jacques Schuster (Mitglied der Chefredaktion)
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner **Redaktionsleiter Digital:** Stefan Frommann **Leitung Editionsteam:** Christian Gaertner
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg
Politik: Claudia Kade **Forum:** Eva Marie Kogel **Investigation/Reportage:** Tim Röhn
Außenpolitik: Klaus Geiger, Caroline Turzer **Wirtschaft und Geld:** Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor) **Feuilleton:** Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder **Stil/Reise/Leben:** Heiko Zwirner **Sport:** Matthias Brügelmann
Wissen: Edda Grabar, Sonja Kastilan
Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg
Community/Social: Franziska Zimmerer
CvD/Produktion: Patricia Plate **Foto:** Stefan A. Runne **Infografik:** Karin Sturm
Chefökonomin: Dr. Dorothea Siems
Auslandskorrespondenten:
Brüssel: Dr. Christoph Schiltz **Athen:** Carolina Drüten **Kapstadt:** Christian Putsch **London:** Mandoline Rutkowski **Marrakesch:** Alfred Hackensberger **Moskau:** Pavel Lokshin **New York:** Hannes Stein **Paris:** Martina Meister **Tel Aviv:** Christine Kensche **Warschau:** Philipp Fritz **Washington:** Stefanie Bolzen
Autoren: Henryk M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert
WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian Gaertner **Deutschland:** Claudia Kade **Ausland:** Jens Wiegmann **Forum:** Eva Marie Kogel **Wissen:** Sonja Kastilan **Wirtschaft und Geld:** Felix Eick **Sport:** Matthias Brügelmann **Feuilleton:** Andreas Rosenfelder **Alle:** c/o Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.

Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin
Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH:
Geschäftsführung: Claudius Senst, Christoph Eck-Schmidt, Carolin Hulshoff Pol
COO WELT: Bettina Formen
Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat **Anzeigen:** Judith Umlauf
Vertriebsleitung: Ludger Seggewies
WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard
Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig; Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München **Vertrieb:** Sales Impact GmbH; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65. Tel.: 030 / 259 10.
DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern.
Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44bUrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressespiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de, E-Mail: info@pressemonitor.de. Für SyndicationRechte wenden Sie sich an nachdrucke@welt.de. Copyright 2023 Axel Springer Deutschland GmbH
Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf www.lesershop24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo.-Sa.: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de. ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024. E-Mail: anzeigen@welt.de.
Tel: 030 / 58 58 90. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin
Tel. 030/25 910 **E-Mail** kontakt@welt.de

Qualitätstest für Druckereien

Rahel Dreyer, 46, ist Erziehungswissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Pädagogik der frühen Kindheit und Leiterin im Studiengang Kindheitspädagogik an der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin.

VON SABINE MENKENS

THEMA DES TAGES

„Die Folgen sind schon jetzt fast IRREPARABEL“

In einem dramatischen Appell an die Politik warnen 300 Wissenschaftler vor den Folgen der Kita-Krise. Personalnot und zu große Gruppen widersprächen Grundbedürfnissen und Rechten von Kindern, sagt Expertin Rahel Dreyer

WELT: Frau Dreyer, Sie haben gerade gemeinsam mit 300 anderen Wissenschaftlern einen offenen Brief an die Parteispitzen der Ampel-Koalition verfasst, in dem Sie vor den Folgen der Kita-Krise für die Kinder warnen. In vielen Kitas können die Kleinen nicht mehr angemessen betreut werden, weil das Personal fehlt. Mit welchen Folgen?

RAHEL DREYER: Aus Studien wissen wir, dass inzwischen rund zwei Drittel der pädagogischen Fachkräfte in Kitas angeben, nicht mehr angemessen auf die Grundbedürfnisse der Kinder eingehen zu können. Das ist vor allem für die unter-dreijährigen Kinder fatal, weil sie bei der Stressverarbeitung noch in hohem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Sie können Emotionen noch nicht so gut selbst regulieren und brauchen Trost und Rückhalt. In zu großen Gruppen und einem schlechten Personalschlüssel ist das nicht mehr gegeben.

WELT: Was bedeutet das für die Kinder?
DREYER: Wenn Fachkräfte nicht mehr angemessen feinfühlig auf die Signale von Kindern reagieren können, kann sich keine sichere Bindung aufbauen. Die aber ist Voraussetzung dafür, dass ein Kind sich so sicher fühlt, dass es den Raum erkunden, auf andere Kinder zugehen und Bildungserfahrungen machen kann. Es fehlt dann die Grundvoraussetzung dafür, überhaupt von dem Bildungsangebot der Kita profitieren zu können.

WELT: Mit ihrem Forschungsprojekt „Gesunde Kita“ untersuchen Sie derzeit mit Ihrem Team das Stresserleben und das Wohlbefinden von Kita-Kindern. Welche seelischen und körperlichen Einschränkungen beobachten Sie bei Ihren Untersuchungen?
DREYER: Wir haben in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Fachkräften ein Beobachtungsverfahren entwickelt, das explizit das Wohlbefinden von Krippenkindern in den Blick nimmt – auch mit Videoaufnahmen. Derzeit sind wir noch in der Erhebungsphase, über die Ergebnisse kann ich daher noch nichts sagen. Wir wissen aber aus unserer Vergleichsstudie aus der Zeit vor der Corona-Pandemie, dass damals schon manche Kinder deutliche Anzeichen von Anspannung, Teilnahmslosigkeit und Niedergeschlagenheit zeigten oder kaum in Kontakt mit den Fachkräften oder anderen Kindern traten. Unser Eindruck ist, dass sich die Situation deutlich verschlechtert hat. Auch den Fachkräften geht es nicht gut. Beim Betrachten der Videos sind viele Tränen gekullert. Einige haben dabei erst gemerkt, dass sie viele Missstände gar nicht mehr wahrnehmen.

WELT: Besonders negativ wirkt sich Stressbelastung in den ersten drei Lebensjahren aus. Welche Spätfolgen kann so etwas haben?
DREYER: In den ersten drei Lebensjahren baut sich das Stressverarbeitungssystem bei den Kindern erst noch auf. In dieser Zeit sind sie darauf angewiesen, dass sie bei der Regulation von Stress und Emotionen Unterstützung durch Erwachsene bekommen. Wenn nicht gewährleistet werden kann, dass ihre Bedürfnisse nach individueller Zuwendung oder Körperkontakt befriedigt werden, führt das sehr schnell zu Stress. Das hat wiederum negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder – besonders wenn man schon in frühen Jahren chronisch unter Stress steht.

WELT: In Ihrem Brief schreiben Sie, die aktuelle Situation widerspreche grundlegend den Grundbedürfnissen und Rechten von Kindern. Würden Sie auch da schon von Kindeswohlgefährdung sprechen?
DREYER: Ich würde noch nicht pauschal von Kindeswohlgefährdung oder Verwahrlosung sprechen. Aber es sind eindeutig wenig bedürfnisorientierte und entwicklungsförderliche Tendenzen.

WELT: Auch Eltern stecken in der Bredouille. Schließlich sind sie meist auf die Betreuung angewiesen. Was raten Sie?
DREYER: Ich würde auf jeden Fall raten, dass die Eltern ihre Kinder gut im Blick haben. An den Signalen des Kindes kann man gut ablesen, ob es ihm gut geht oder nicht. Geht mein Kind gerne in die Kita? Lässt es sich von den Fachkräften trösten? Interessiert es sich für andere Kinder? Lässt es sich wickeln, lässt es sich schlafen legen? Wenn Kinder in der Kita gestresst sind, spüren das die Eltern oft auch zu Hause. Wer noch auf der Suche nach einem Kita-Platz ist, sollte darauf achten, wie groß die Gruppengröße und der Personalschlüssel ist und ob es den ganzen Tag über vertraute Bezugspersonen für das Kind gibt.

WELT: Das würde voraussetzen, dass man die Wahl hat. Manche sind froh, wenn sie überhaupt ein Platz bekommen.
DREYER: Das stimmt. Uns fehlen 430.000 Kita-Plätze. Und dann kommt noch hinzu, dass die Öffnungszeiten teilweise nicht zuverlässig sind oder Gruppen geschlossen werden, wenn zu wenig Personal da ist. Für Eltern ist das eine sehr belastende Situation.

WELT: Für zugewanderte Kinder kann sich die Krise auch aus bildungspolitischer Sicht negativ auswirken, weil der Kita-Besuch essenziell für die Sprachbildung ist. Trotzdem ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund gesunken. Mit welchen Folgen?
DREYER: Aus Studien wissen wir, dass gerade sozioökonomisch benachteiligte Eltern oder solche mit Migrationshintergrund es oft schwerer haben, einen Kita-Platz zu bekommen – also ausgerechnet die Familien, die aus bildungspolitischer Sicht dringend einen Platz bräuchten. Wenn diese Kinder die Chancen der frühen Jahre nicht ausreichend nutzen konnten und keine angemessene Förderung in einer Kita bekommen haben, fehlen beim Übergang in die Schule oft grundlegende sprachliche und sozial-emotionale Voraussetzungen. Es ist schwer, das in der Schule noch aufzuholen. Das ist gerade für diese Kinder sehr ungünstig. Denn aus Bildungseffektstudien wissen wir, dass bildungsbenachteiligte Kinder von einem qualitativ hochwertigen Bildungsangebot besonders stark profitieren.

WELT: Einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge fällt das Erziehungspersonal in Kitas deutlich häufiger krank-

Hochwasser in Europa: Zahl der Toten steigt

Ganze Landstriche in Tschechien, Polen und Österreich unter Wasser. Mindestens 15 Menschen sterben

AFP/HELMUT FOHRINGER

Überschwemmt: Feuerwehrleute fahren in einem Boot im österreichischen Rust an einem Auto vorbei, das tief im Wasser steht

Bei dem Hochwasser in Teilen Österreichs, Polens, Rumäniens und Tschechiens ist die Zahl der Toten von elf auf mindestens 15 gestiegen. In Österreich kamen laut Polizei zwei weitere Menschen ums Leben. In Tschechien sei ein Mensch in dem Fluss Krasovka im östlichen Landesteil Mährisch-Schlesien ertrunken, sagte Polizeipräsident Martin Vondrasek im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Bis zum Montag waren acht Todesfälle in den vier Ländern bekannt. In Tschechien sprachen die Behörden von mindestens sieben Vermissten. Die Lage in den von Überschwemmungen betroffenen Gebieten blieb zu Wochenbeginn angespannt.

Im Osten Deutschlands stiegen die Wasserstände, obgleich sich die Lage dort zunächst weniger dramatisch darstellte. An der Elbe in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden lag der Wert nach Daten des Landeshochwasserzentrums am Montagmorgen bei 5,54 Metern. Demnach wurde noch im Tagesverlauf mit einem Überschreiten der Sechs-Meter-Markierung gerechnet. Ab diesem Wert gilt die zweithöchste Alarmstufe drei. Überschwemmungen sind auch in bebauten Gebieten möglich. Der normale Pegelwert liegt bei rund zwei Metern.

In Deutschland richteten sich die Blicke auf Tschechien – und darauf, wie viel Wasser Elbe und Oder dort führen. Diese Wassermassen werden mit Zeitverzug Deutschland erreichen. Der tschechische Regierungschef Petr Fiala sprach in Bezug auf die Überschwemmungen im Osten des Landes bereits von einem sogenannten Jahrhunderthochwasser. Das ist ein Hochwasser, das statistisch gesehen einmal im Jahrhundert an gleicher Stelle vorkommt. Die Flutwelle an der March (Morava) erreichte Litovel, knapp 200 Kilometer östlich von Prag. Dort standen Straßenzüge unter Wasser, wie die Agentur CTK berichtete. Auch an vielen anderen Orten stiegen die Pegelstände noch an. Landesweit wurde am Montag mit weiterem Regen gerechnet, der im Süden auch intensiv ausfallen kann. An vielen Orten stiegen die Pegelstände weiter an.

In Österreich gab es zumindest in der Nacht eine kurze Regenpause. „Es ist nicht vorbei, es bleibt kritisch, es bleibt dramatisch“, sagte die Ministerpräsidentin Niederösterreichs Johanna Mikl-Leitner. Am Montag würden regional erneut bis zu 80 Liter Regen pro Quadratmeter erwartet. Ein großes Problem seien inzwischen die Dämme. „Es besteht höchste Dammbruchgefahr“, hieß es von den Behörden. Das öffentliche Leben ruhe weitgehend. Mehr als 200 Straßen in Niederösterreich seien gesperrt, 1800 Gebäude geräumt, viele Schüler und Kinder seien zu Hause geblieben, sagte Mikl-Leitner. Rund 3500 Haushalte waren demnach am Montagvormittag ohne Strom. Die Höhe der Schäden sei noch

MICHAEL SCHAAF/RAHEL DREYER

heitsbedingt aus als andere Berufsgruppen – auch wegen psychischer Krankheiten. Was macht es mit einer Erzieherin, wenn sie zu viele Kinder betreuen muss?
DREYER: Die Arbeitsbelastung ist wegen des Personalmangels hoch, hinzu kommen Zeitdruck, ungünstige Arbeitsbedingungen und gestiegene Bedarfe bei den Familien und Kindern. Dieser Druck führt leider sehr häufig auch zu psychischen Erkrankungen. Leider wirkt sich die psychische Gesundheit von Fachkräften wiederum auf die psychische Gesundheit der Kinder und die Interaktionsqualität der Gruppen aus.

WELT: Haben Sie schon erlebt, dass die Situation so schlimm ist, dass sich das nicht mit dem Berufsethos vereinbaren lässt?
DREYER: Auf jeden Fall. Die Fachkräfte stehen hier in einem großen Konflikt. Schon in den ersten Berufsjahren verlassen ein Viertel der Fachkräfte das Berufsfeld wieder, weil sie unzufrieden mit der Qualität der pädagogischen Arbeit oder der eigenen Tätigkeit sind. Das ist eine wirklich dramatische Situation.

WELT: In Westdeutschland fehlen immer noch Kita-Plätze, im Osten ist die Versorgung aufgrund sinkender Kinderzahlen gut, die Betreuungsschlüssel aber schlecht. Dennoch werden bereits Erzieherinnen entlassen. Wie kann das sein?
DREYER: Auch das Problem wollen wir mit unserem Aufruf ansprechen. Wir haben hier eine sogenannte demografische Rendite, die die historische Chance bietet, auch im Osten endlich zu kindgerechten Personalschlüsseln zu kommen. In manchen ostdeutschen Bundesländern werden doppelt so viele Krippenkinder von einer Fachkraft betreut wie in Westdeutschland. Da kommen bis zu 5,7 Kinder unter drei Jahren auf eine Fachkraft – Fehlzeiten noch nicht eingerechnet. Ideal ist ein Verhältnis von eins zu drei. Jetzt bietet sich die Chance, daran etwas zu ändern.

WELT: Familienministerin Lisa Paus (Grüne) hat trotz angespannter Haushaltslage für die nächsten zwei Jahre vier Milliarden Euro für Qualitätsverbesserungen in Kitas herausgeschlagen. Reicht das?
DREYER: Das reicht bei weitem nicht. Wir können damit zwar den Status quo für die nächsten beiden Jahre sichern. Aber wir bräuchten dringend zusätzliche Mittel für weitere Qualitätsverbesserungen. Frau Paus hat ja auch eine Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung vorgestellt. Doch das ist zunächst nur eine Empfehlung, die erst einmal in den Ländern umgesetzt werden müsste. Alleine können sie das finanziell nicht stemmen. Wir brauchen dringend ein Sondervermögen.

WELT: Glauben Sie, mit Ihrem Verweis auf die drohende Gefährdung des Kindeswohls das Ruder herumreißen zu können?
DREYER: Eigentlich sind die Folgen durch die Zunahme psychischer Auffälligkeiten und die wachsende Bildungslücke schon jetzt fast irreparabel. Die Kita-Krise hat langfristig negative Effekte auf die Entwicklung der Kinder und damit letztendlich auf das gesamte System. In Kitas werden die Grundsteine für Demokratie gelegt. Wenn wir nicht jedes Kind so fördern, dass es einen Platz in der Gesellschaft bekommt, werden wir nicht nur Wohlstand, sondern auch Zusammenhalt verlieren. Und das finde ich gesamtgesellschaftlich sehr prekär.

nicht abzuschätzen. „Den Hochwasser-Opfern wird auf alle Fälle geholfen“, sagte sie.

In Niederösterreich waren in den vergangenen Tagen regional bis zu 370 Liter Regen pro Quadratmeter gefallen – ein Mehrfaches der üblichen Monatsmenge. Die Hauptstadt Wien war auch am Montag von massiven Problemen im öffentlichen Verkehr betroffen. Indes wurden in Gemeinden in Niederösterreich ein 70-Jähriger und ein 80-Jähriger jeweils tot in ihren Häusern gefunden. Die beiden Männer seien im Inneren der Gebäude den Wassermassen zum Opfer gefallen, teilten die Behörden mit. Bereits am Sonntag war ein Feuerwehrmann beim Auspumpen eines Kellers gestorben.

In Polen berief Regierungschef Donald Tusk sein Kabinett zu einer Krisensitzung ein. Er habe ein Dekret zur Ausrufung des Katastrophenzustands vorbereitet, teilte Tusk mit. Anhaltende Regenfälle hatten auch im Südwesten Polens an der Grenze zu Tschechien zu Hochwasser geführt. In der niederschlesischen Kleinstadt Klodzko standen ganze Straßenzüge unter Wasser, hier gab es auch ein Todesopfer. Das Dorf Glucholazy in der Region Oppeln im Südwesten des Landes wurde von Wassermassen verwüstet. In der Nacht zu Montag war besonders die Kleinstadt Nysa in der Region Oppeln betroffen. Das Wasser aus der Glatzer Neiße, einem Nebenfluss der Oder, drang in die Notaufnahmestation des örtlichen Kreiskrankenhauses ein, wie die Nachrichtenagentur PAP berichtete. 33 Patienten wurden von dort mit Schlauchbooten in Sicherheit gebracht, darunter auch Kinder und Schwangere. Noch ist das Ausmaß in den Hochwassergebieten völlig unklar. Es wird damit gerechnet, dass die Zahl der Toten weiter steigt.

> „ES IST NICHT VORBEI, ES BLEIBT KRITISCH, ES BLEIBT DRAMATISCH“
>
> **JOHANNA MIKL-LEITNER**
> Ministerpräsidentin Niederösterreichs

In Bayern blieb die Hochwasserlage an einigen Orten angespannt – und neuer Regen war angesagt. In der Nacht zu Montag habe sich die Situation in den betroffenen Gebieten nicht groß verändert, teilten die Polizeipräsidien mit. Eine Entwarnung gab es vorerst aber nicht: Der Hochwassernachrichtendienst (HND) erwartete mit dem regnerischen Start in die Woche erneute Anstiege der Wasserstände. Ein Hochwasser wie im Juni in Bayern sei aber nicht zu befürchten. Unter anderem erwartet der HND, dass die Pegelstände der Donau bei Passau, der Vils bei Vilshofen und der Isar bei München erneut ansteigen. Von Mittwoch an dürfte sich die Lage den Angaben zufolge allmählich entspannen.

Im Osten Sachsens gingen die Hydrologen unterdessen mit dem im Tagesverlauf erwarteten Ende des Dauerregens von einer Entspannung der Lage aus. „In der Lausitzer Neiße in Görlitz ist der Scheitel durch, dort geht das Wasser leicht zurück“, sagte ein Sprecher des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. In Spree, Schwarzer Elster und den Nebenflüssen der Oberen Elbe setze sich der Anstieg leicht und moderater fort.

Bundesklimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) warnte vor einer Zunahme von Wetterextremen. „Immer häufigere Hochwasser, Katastrophen wie im Ahrtal, dieses Jahr in Bayern – sie sind eine Folge der Klimakrise“, sagte Habeck den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Anstrengungen für den Klimaschutz wie der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien, die Wärmewende und eine klimafreundliche Produktion in der Industrie seien „ein Mammutprojekt, das langen Atem braucht“. Der Minister räumte ein, dass es „Folgen gibt und geben wird, die wir nicht mehr vermeiden können“. DW/dpa/epd/rtr

NACHRICHTEN

EXPLOSION IN KÖLN

Polizei fahndet nach Mann

Nach einer Explosion an einem Gebäude in der Kölner Innenstadt fahndet die Polizei nach einem Mann. Der Gesuchte dürfte „mit der Tat im Zusammenhang stehen“, wie die Ermittler erklärten. Nach der Detonation sei er weggelaufen. Es gebe „Aufzeichnungen der polizeilichen Videobeobachtung“. Bei der Explosion in einem Hauseingang war am frühen Montagmorgen eine Person leicht verletzt und Türen sowie Fenster stark beschädigt worden. Bei dem Verletzten handelt es sich um einen 53 Jahre alten Mann, wie die Polizei mitteilte. Der Bereich, in dem die Explosion stattfand, wurde zunächst weiträumig abgesperrt. Am Montagmorgen wurde der Hohenzollernring, eine wichtige Verkehrsader der Stadt, schließlich wieder freigegeben. Es sei bei der Tat von Vorsatz auszugehen, sagte ein Polizeisprecher.

IRAN

Proteste in U-Bahnhöfen

Im Iran hat es am zweiten Todestag der Kurdin Jina Mahsa Amini trotz hoher Sicherheitsvorkehrungen Kundgebungen gegeben. In der Hauptstadt Teheran versuchten Polizei und Geheimdienst Demonstrationen zu unterbinden, dennoch fanden in mehreren U-Bahnhöfen kleinere Proteste statt. Laut Augenzeugen sangen insbesondere junge Frauen das Lied „Frau, Leben, Freiheit“ von Scherwin Hadschipur, das vor zwei Jahren zur Hymne der Frauenbewegung wurde. Im September 2022 hatten islamische Sittenwächter die 22-jährige Amini wegen eines nicht richtig sitzenden Kopftuchs festgenommen. Wenige Tage später, am 16. September 2022, starb sie im Polizeigewahrsam. Iranische Behörden erklärten, sie sei wegen einer Erkrankung gestorben. Aminis Eltern und viele Iraner aber machten die Sittenwächter und das Klerussystem für Aminis Tod verantwortlich. Ihr tragischer Tod führte zu den heftigsten Protesten in der 45-jährigen Geschichte der Islamischen Republik.

HOCHSCHULEN

Zahl der Abschlüsse sinkt leicht

Mehr Master, weniger Bachelor: Im vergangenen Jahr haben rund 501.900 Studenten und Doktoranden einen Abschluss an einer deutschen Hochschule erworben. Damit sank die Zahl um 0,7 Prozent oder knapp 4000, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die meisten Abschlüsse entfielen 2023 demnach mit 41 Prozent auf die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Gut jeder Vierte machte einen Abschluss in Ingenieurwissenschaften (26 Prozent). Danach folgten Mathematik und Naturwissenschaften (elf Prozent) sowie Geisteswissenschaften (neun Prozent). Im Bereich Medizin wurden sieben Prozent der Abschlüsse erzielt, erklärten die Statistiker. Die restlichen sechs Prozent entfielen unter anderem auf die Fächergruppen Sport, Forst- oder Kunstwissenschaften.

RETTUNG DER MEYER WERFT

Verträge sind geschlossen

Für die Meyer Werft und ihre Beschäftigten gibt es eine Zukunftsperspektive: Die Verträge für die milliardenschwere Rettung und den Einstieg von Bund und Land Niedersachsen sind unterzeichnet worden. „Die Zukunft der Werft ist damit stabilisiert und jetzt gehen wir fest davon aus, dass wir auch eine positive weitere Entwicklung der Standorte erleben werden“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies. Klar sei aber auch, dass vor der Werft nun auch eine „harte Sanierungsphase“ stehe, sagte der SPD-Politiker – es sollen rund 340 Arbeitsplätze wegfallen. Vergangene Woche hatten der Haushaltsausschuss des Bundestags und der Haushaltsausschuss des niedersächsischen Landtags grünes Licht für Staatshilfen gegeben. Am Freitag waren noch vertragliche Details verhandelt worden, an deren Ende dann die Vertragsunterzeichnung stand. An der Rettung der Werft, die für ihre Kreuzfahrtschiffe bekannt ist, war eine „Vielzahl von Banken“ beteiligt.

E-AUTOS AUS CHINA

Italien befürwortet Strafzölle

Die Regierung in Rom unterstützt die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Zölle auf Importe von chinesischen Elektroautos. „Wir unterstützen die Zölle, die die EU-Kommission vorschlägt, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu schützen“, sagte Italiens Außenminister Antonio Tajani der Tageszeitung „Corriere della Sera“. „Unsere Unternehmen müssen unter gleichen Bedingungen konkurrieren.“ Es gelte, Dumping und Hindernisse aus Peking zu vermeiden, „die manchmal unverständlich sind“. Tajani traf sich am Montagvormittag mit dem chinesischen Handelsminister Wang Wentao. Dieser soll am 19. September Gespräche mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Handelskommissar Valdis Dombrovskis führen.

NACHFOLGE FÜR IOC-PRÄSIDENTEN

Sieben Bewerber für den Posten

Der Leichtathletik-Weltverbandschef Sebastian Coe und sechs weitere Bewerber gehen ins Rennen um die Nachfolge von Thomas Bach als Präsident des Internationalen Olympischen Komitees. Neben dem zweimaligen Olympiasieger kandidieren Prinz Feisal bin al-Hussein aus Jordanien (60), der französische Radsport-Weltverbandschef David Lappartient (51) und Juan Antonio Samaranch junior (64), Sohn des früheren IOC-Präsidenten aus Spanien. Wie das IOC mitteilte, haben sich auch Turn-Chef Morinari Watanabe (65) und Ski-Präsident Johan Eliasch (62) beworben. Einzige Frau auf der Liste ist Simbabwes Sportministerin Kirsty Coventry (41), die als Schwimmerin zweimal Gold bei Olympia gewann. Bach (70) hatte kurz vor dem Ende der Olympischen Spiele in Paris angekündigt, nicht über das Ende seiner zweiten Amtszeit hinaus an der IOC-Spitze bleiben zu wollen.

EMMYS

„Hacks“ erhält Preis für Comedy

Die Serie „Hacks“ hat bei den Emmy Awards überraschend die Restaurantserie „The Bear“ als beste Comedy ausgestochen. Dennoch nahm „The Bear“ mehrere andere der begehrten Trophäen bei der Preisverleihung im Peacock Theater in Los Angeles mit nach Hause. Als beste Dramaserie ausgezeichnet wurde „Shogun“. Die Serie über politische Machenschaften im feudalen Japan gewann für ihre erste Staffel insgesamt 18 Emmys. Hiroyuki Sanada und Anna Sawai durften sich in der Nacht zum Montag zudem darüber freuen, als bester Hauptdarsteller beziehungsweise beste Hauptdarstellerin in der Kategorie Drama ausgezeichnet zu werden. Sie sind die ersten japanischen Schauspieler, die mit einem Emmy in diesen Kategorien ausgezeichnet wurden.

STÄRKSTER STURM SEIT 75 JAHREN

Taifun trifft Shanghai

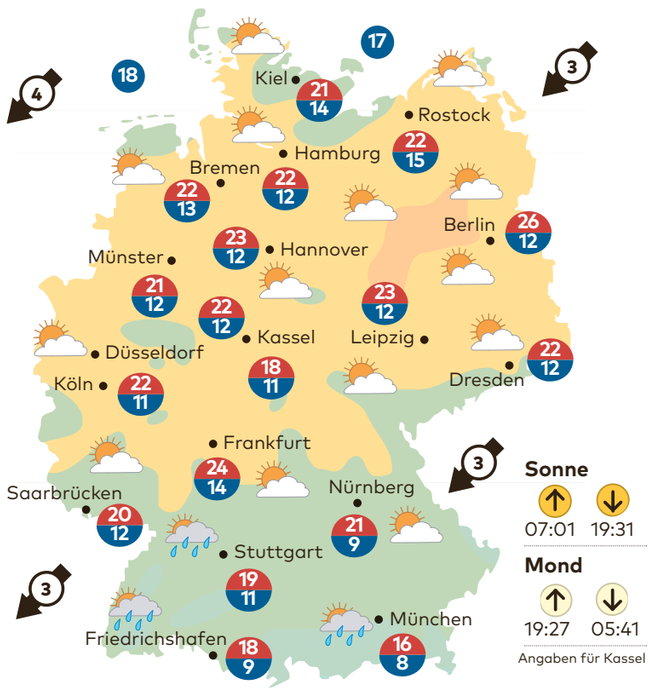
Als stärkster Sturm seit 75 Jahren hat der Taifun „Bebinca“ die chinesische Metropole Shanghai getroffen. Viele Millionen Menschen an der dicht besiedelten Ostküste Chinas blieben am Montag aus Angst zu Hause, während der Wirbelsturm hunderte Bäume umstürzte und in der Region den Verkehr lahmlegte. Es ist der stärkste Sturm im Stadtgebiet von Shanghai seit Taifun „Gloria“ im Jahr 1949, berichtet das Staatsfernsehen. Der Sturm traf am Montagmorgen mit Windgeschwindigkeiten von rund 150 Kilometern pro Stunde im Gebiet von Pudong auf Land. Der Stadtverwaltung zufolge verursachte er „erhebliche Schäden überall in der Stadt“. Mehr als 1800 Bäume seien umgestürzt und 30.000 Haushalte ohne Strom. Demnach wurden 414.000 Bewohner in Sicherheit gebracht.

WETTER

Im Tagesverlauf freundlich und trocken

Heute: Der Tag beginnt im Süden mit zahlreichen Wolken. Gebietsweise fällt Regen, in den Alpen ab 1800 Metern Höhe Schnee. Im Tagesverlauf wird es jedoch langsam freundlicher. Im Norden sorgt ein Hoch für weitgehend trockenes Wetter, und vor allem im Osten kann sich die Sonne durchsetzen. 14 bis 26 Grad werden erreicht.

Biowetter: Zurzeit gibt es kaum wetterbedingte Beschwerden. Der Organismus wird entlastet, und es kommt zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit. Man fühlt sich ausgeruht und ist ausgeglichen. Auch Herz und Kreislauf werden positiv beeinflusst.



„Warum wird eine Schwedin nicht Migrantin genannt?“

Mit solchen Fragen rund um die Zuwanderung beschäftigt sich Sozialgeograf Andreas Pott

Andreas Pott, 56, ist Professor für Sozialgeografie an der Universität Osnabrück und Sprecher des Sonderforschungsbereichs „Produktion von Migration“.

VON HANNELORE CROLLY

WELT: Das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück widmet einen neuen Sonderforschungsbereich der „Produktion von Migration“. Das klingt seltsam. Was ist damit gemeint?

ANDREAS POTT: Wir wollen Migrationsforschung als Gesellschafts- und Grundlagenforschung betreiben. Wie und mit welcher Absicht der Begriff Migration mit Bedeutungen gefüllt, also regelrecht produziert wird, ist dabei die leitende Frage. Welche Akteure wirken mit, dass eine bestimmte Vorstellung von Migration entsteht und sich stabilisiert oder verändert? Wer stellt Personenkategorien her, wie den Flüchtling oder die migrantische Schülerin? Warum wird eine in Deutschland lebende Schwedin nicht Migrantin genannt, in Deutschland geborene Enkel türkischer Einwanderer aber schon? Welche Folgen hat das für den Alltag der Betroffenen und für die Gesellschaft? Wenn man die Produktion der Migration besser versteht, dann versteht man auch besser, wie sich Narrative und Deutungsweisen wieder zur Disposition stellen und verändern lassen. Das ist wichtig für die kritische Begleitung von Politik.

WELT: Sie gehen davon aus, dass die Sichtweise auf Migration absichtlich erzeugt und gesteuert wird, oder sollte man sagen: manipuliert?

VIA ANDREAS POTT

Andreas Pott

POTT: Es handelt sich üblicherweise nicht um geradlinige intentionale Prozesse. Wir sprechen vielmehr von gesellschaftlichen Aushandlungen. Migration wird in einem hochumkämpften Prozess, an dem unterschiedliche Akteure beteiligt sind, thematisiert oder dethematisiert, problematisiert oder deproblematisiert. Schlagworte wie Abschiebung, Mehrheitsgesellschaft, Flüchtlingsströme, Herkunftsland oder Freizügigkeit entstehen allerdings nicht zufällig. Es erfordert Investitionen in Form von Arbeit und Beharrlichkeit, damit Menschen oder Kollektive als Illegale und Integrationsverweigerer gedeutet werden oder als Schutzbedürftige, Minderheiten und potenzielle Fachkräfte einer Einwanderungsgesellschaft. Wie Menschen Migration wahrnehmen und verwalten, wird also tatsächlich in zahlreichen „Produktionsstätten“ hergestellt und verändert.

WELT: Wer sind die maßgeblichen Akteure dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse?

Pott: Neben Medien, Politik, Wissenschaft und den Betroffenen selbst gibt es zahlreiche praktische Mitwirkende, die Verwaltungen etwa und Gerichte, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Aktivisten. Auch die Meinungsforschung und angewandte Auftragsforschung nehmen zunehmend Einfluss, wenn Unternehmen zum Beispiel eruieren lassen, wie sie sich im Feld gut platzieren können, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Interessanterweise wird zwar häufig mit ähnlichen Begriffen gearbeitet, aber die Begriffe sind inhaltlich doch oft ganz unterschiedlich aufgeladen.

WELT: Wer sich auf das Forschungsfeld Migration begibt, steht ihr per se wohl sehr positiv gegenüber. Ist da eine objektive Herangehensweise möglich, wenn es etwa um die Ängste in der Bevölkerung über ein Zuviel an Zuwanderung geht? Migrationsbefürworter diffamieren solche Ängste gern als rechtsextrem oder Rassismus.

POTT: Der Wunsch, sich für die Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse einzusetzen, ist sicher häufig ein Motiv, Migrationsforschung zu betreiben. Das ist nachvollziehbar und auch gut so. Aber selbstverständlich produzieren wir als Wissenschaftler die gesellschaftliche Bedeutung von Migration mit. Daraus resultiert auch die Kritik an der Migrationsforschung, die in Ihrer Frage anklingt. Genau das machen wir nun aber ebenfalls zum Forschungsgegenstand. Wir reflektieren ausdrücklich auch die eigene Rolle selbstkritisch und schauen, unter welchen Bedingungen sich politische Einschätzungen durch die Forschung irritieren lassen.

WELT: Wie hat man sich diese Forschungsarbeit vorzustellen?

POTT: Sonderforschungsbereiche sind auf die Dauer von bis zu zwölf Jahren angelegte Forschungsverbünde. Für die erste Förderphase bis Ende 2027 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG rund 8,3 Millionen Euro bewilligt, damit rund 50 Wissenschaftler aus neun Disziplinen zusammenarbeiten können. Ein Projekt beschäftigt sich etwa damit, wie sich das Visum als Grenzinfrastruktur historisch entwickelte und wie es Mobilität steuert und beeinflusst. Ein anderes, wie der Begriff „Migrationshintergrund“ ein Eigenleben entfalten konnte und daher derzeit viel Kritik erfährt. Andere Projekte widmen sich dem Arbeitsmarkt, der Religion und dem Gesundheitswesen. Geforscht wird außer in Deutschland auch in Frankreich, Serbien, Moldau, Senegal, Indien und Nepal.

WELT: Ist der „Migrationshintergrund“ nicht ein von der Forschung geprägter und sogar eingeforderter Begriff?

POTT: Ursprünglich ja. In den frühen 2000er-Jahren griff ihn das Statistische Bundesamt auf, um demografische Veränderungen sachlich abbilden und besser beschreiben zu können. Mittlerweile hat sich der Begriff jedoch eine unerwartete Macht angeeignet. Denn er nimmt Unterscheidungen vor, die noch bei Kindern und Kindeskindern von Einwanderern wirksam werden, obwohl sich diese selbst gar nicht mehr als Migranten sehen. Hier zeigt sich, welch weitreichende Folgen es hat, wenn sich die Bedeutung von Kategorien verschiebt.

WELT: Haben Sie schon eine Hypothese, warum die Schwedin nicht als Migrantin empfunden wird?

POTT: Bei solchen Kategorisierungen wirkt eine ganze Kaskade von Kontextbedingungen mit. So dürfte die Schwedin vielen nicht als Migrantin gelten, weil sie innerhalb der EU mobil ist, also Freizügigkeit genießt. Ihr als sogenannter EU-Bürgerin steht konträr der Drittstaatler gegenüber, der von außen in die EU kommt. Das ist eine mächtige Unterscheidung, die dazu beiträgt, dass Personen oder Gruppen anders adressiert werden im öffentlichen Diskurs als andere. Dafür gibt es viele Beispiele. Wenn ein Manager innerhalb seiner Organisationen für mehrere Jahre ins Ausland geht, wird das auch nicht als Migration wahrgenommen. Wir wollen besser verstehen, wann eine räumliche Bewegung als Migration thematisiert und auf- oder eben abgewertet wird.

WELT: Schauen Sie genauer auf die Jahre 2014 bis 2016, als Willkommenskultur-Euphorie herrschte, bis sich die Stimmung nach der Kölner Silvesternacht abrupt drehte?

POTT: Diese Kipppunkte sind besonders spannend. Wir vergleichen die positive Aufladung der Migration, die ihre Potenziale betont, mit der Problemorientierung, die eine restriktivere Abwehrhaltung fördert. Dazu zählt auch die Frage, warum sich Deutschland noch bis in die 2000er-Jahre hinein als Nicht-Einwanderungsland verstand, obwohl die Realität längst eine andere war. Auch dieses Selbstverständnis ist schließlich gekippt, weil sich bestimmte Akteure mit neuem Framing dafür einsetzten.

JAN ALEXANDER CASPER

U-16-Wahl im Jugendkulturzentrum „Alte Brauerei“ in Angermünde

Hier kommt die AfD auf eine absolute Mehrheit

Vor der Landtagswahl in Brandenburg am Sonntag darf die Jugend im Land ihre Stimme abgeben. Zwischen Berliner Speckgürtel und ländlichem Raum sind die Unterschiede groß

Am letzten Wahltag schüttet eine Sozialarbeiterin die 299 U-16-Wahl-Stimmzettel aus Angermünde auf einen Tisch im Jugendclub „Alte Brauerei“. Vier Sozialarbeiter und zwei Jugendliche zählen aus.

VON JAN ALEXANDER CASPER

„Digga, voll viele AfD!“, ruft einer von den beiden; der Stapel mit den AfD-Stimmzetteln ist von Anfang an deutlich höher als die der anderen Parteien. Das Wahlergebnis hier in der Uckermark, weit weg vom dicht besiedelten Berliner Speckgürtel, fällt so aus: Knapp 48 Prozent wählen die AfD. Darauf folgt das Bündnis Sahra Wagenknecht mit elf Prozent. Dahinter folgen CDU, Linke und Tierschutzpartei dicht beieinander bei um die sieben Prozent. Der rechtsextreme Dritte Weg verpasst mit 14 Stimmen nur knapp den Einzug in den fiktiven Landtag, die Grünen erhalten zehn Stimmen weniger und landen so bei 1,3 Prozent.

Auch in Gesamtbrandenburg erreicht die AfD bei den Wahlen für die Unter-16-Jährigen den ersten Platz – mit 30 Prozent. Darauf folgt die SPD mit 15 Prozent, dann kommen CDU und Tierschutzpartei mit je zwölf Prozent, das BSW schafft acht und die Grünen kommen noch haarscharf über die Fünf-Prozent-Hürde. 4734 Stimmen insgesamt wurden abgegeben, die Wahl ist nicht repräsentativ, je nach Gemeinde und Veranstalter wurde unterschiedlich gewählt, zum Beispiel direkt in den Schulen mit Info-Begleitprogramm oder in einzelnen Wahllokalen in Jugendclubs.

In Angermünde in der Uckermark zum Beispiel sind Sozialarbeiter mit Wahlurnen durch die Schulen gezogen. Schüler im Klassenverbund haben Grundinformationen erhalten zur Erst- und Zweitstimme, den „Wahl-O-Mat“ der Landeszentrale für politische Bildung absolviert, dann durften sie wählen, wenn sie wollten. Im Vordergrund aber stand die politische Grundbildung.

Bevor dort im Jugendclub am Freitag die Auszählung begann, fläzen acht Jugendliche auf den Sofas. Sie heißen Alina, Pascal, Justus, Damian, Mohamed, Lisa, Lia und Amir*, wobei letzterer von allen „Maxi“ gerufen wird. Sie alle reden aufgeregt und laut durcheinander, einer schleudert immer wieder eine halbvolle Flasche auf den Tisch; auf die Frage in die Runde nach der AfD folgen erst ein, dann vielfach variierte Furzgeräusche von den Jungs, sie lachen viel und rufen die Namen von Olaf Scholz (SPD) – hier oft als „Olaf Holz“ betitelt – und Angela Merkel (CDU) durcheinander.

Sechs der acht haben bei der U-16-Wahl an ihren Schulen nicht mitgemacht, die beiden anderen haben nach eigenen Worten für die AfD gestimmt: Damian, 14, der auf einem Zweiersofa im Arm von Mohamed liegt, und Alina, auch sie 14. Sie sagt: „Weil dann der Umgang miteinander besser wird in der Gesellschaft.“ Sie meine: „Es gibt viel Streit, Schlägereien, auch mit fremden Menschen.“ Die seien zwar „nicht alle schlecht“, aber viele hätten „keine Lust zu arbeiten, wollen sich nicht integrieren oder machen Deutschland komplett runter – dabei leben sie hier“. Damian ergänzt: „Die AfD will halt die abschieben, die nur Hartz IV kriegen“, und dass es in Deutschland „generell“ ein Problem mit „Messerstechereien“ gebe. Einhellig sagen die Jugendlichen: Über Politik stritten sie nicht, hätten kein Problem mit unterschiedlichen Wahlentscheidungen. Lisa zum Beispiel, die neben Alina sitzt, sagt: Sie etwa würde die SPD wählen und sei „gegen die AfD“. Denn sie wolle, dass es „fair“ zugeht: „Wenn die Ausländer raussollen, die nicht arbeiten, sollen auch die Deutschen raus, die nicht arbeiten. Meine Meinung.“

Auf Tischen neben der Gruppe in der „Alten Brauerei“ liegen Flyer und Bierdeckel aus, die erklären, wem die AfD schaden würde, hätte sie politische Gestaltungsmacht: Angestellten etwa, Bauern oder Frauen, sofern sie „nicht wieder vor dem Herd landen“ wollen.

Beim Grillen mit Landtagskandidaten am Montag voriger Woche im Jugendclub waren Politiker von SPD, CDU, Grünen, Linker und BSW eingeladen, nicht aber von der AfD, denn die an der Grillveranstaltung beteiligte Gewerkschaft Verdi wollte keine Rechtsextremisten dabeihaben. Ähnlich hält es der Jugendclub „JugendKella“ in Templin in der Uckermark, wo am Mittwoch Landtagskandidaten „Jugendlichen und Erstwähler:innen“ Rede und Antwort stehen sollen: Auch dort wird es keinen AfD-Teilnehmer geben. Die betreuenden Pädagogen wollen die Jugendlichen nicht Rechtsextremisten aussetzen.

Die AfD erreicht diese Gruppe offenkundig trotzdem. Der Uckermärker AfD-Landtagskandidat Andreas Galau etwa jüngst, als er neben AfD-TikTok-Star Maximilian Krah in Oranienburg auf der Bühne stand. Die rechtsextreme AfD-Jugend Junge Alternative (JA) erreicht die Wähler ebenfalls im Netz und auf der Straße. Deren Vorsitzender Hannes Gnauck sitzt im Uckermärker Kreistag und im Bundestag; der Militärische Abschirmdienst stuft den Zeitsoldaten als Extremist ein und verbot ihm deshalb das Tragen der Uniform.

An einem der Wahlkampfstände der AfD auf dem Marktplatz in Templin liegt ein Flyer der JA. Der fragt unter der Überschrift „Generation Zukunft“: „Du bist in den vergangenen Monaten und Jahren fassungslos gewesen über...“, dann folgt: „die tatenlose Duldung von Clan-Kriminalität“, oder: „geistig abgedriftete Journalisten und Politiker“? „Du kannst Du dich (sic!) bei politischen Jugendorganisationen weder mit weltfremden linksradikalen Zottelköpfen, noch mit aalglatten Mitläufern der sogenannten ‚Mitte‘ identiziferen?“ Und behauptet: Die JA sei „die Jugend, die sich für ihre Identität und ihr Volk“ einsetzt. Und die „Jugend, die vorangeht und sich wehrt“.

An dem Stand, an dem dieser Flyer liegt, taucht um die Mittagszeit Tim, 16, auf, sein Simson-Mofa parkt um die Ecke, er hat es eilig. Tim darf am Sonntag bei der Landtagswahl abstimmen, das Wahlalter liegt in Brandenburg bei 16 Jahren. Er fragt den AfD-Mann am Wahlkampfstand, ob der ein AfD-Schlüsselband für ihn habe: Hat er nicht, Tim bekommt stattdessen eine kleine Deutschland-Flagge am Stab überreicht und geht zu seinem Mofa zurück. Er sagt, er sei 16 und wolle die AfD wählen, damit es „Deutschland einfach besser geht dadurch“. Auch „das mit den Ausländern“ müsse „mal runtergeschraubt“ werden, sagt Tim, ansonsten wortkarg. Parteien außer der AfD, die ihn noch interessierten, seien die Tierschutzpartei und der Dritte Weg, die auf ihren Plakaten in altertümlicher Schrift wirbt: „Wählt Deutsch!“ Tim sagt zur Frage, ob ihn der offene Rechtsextremismus des Dritten Wegs oder der verdeckte in der AfD stören: Es gebe „Sachen, die ein bisschen zu übertrieben sind“. Aber auch „Sachen, die sie gut machen.“

Am Berliner Stadtrand, zwei Autostunden entfernt vom Marktplatz in Templin, steht der Jugendclub „Butze“ in Blankenfelde-Mahlow. Am Freitagabend fährt ein kleiner Junge auf Elektro-Tretroller dort vor, ruft in Richtung Reporter: „Salam Alaikum“ mit einem lang gezogenen „Saaalam“. Den Tag über stand eine Wahlurne im Jugendclub, 14 Jugendliche wollten ihre Stimme abgeben an diesem Tag. Später steht fest: Acht Personen, 57 Prozent, stimmten für die CDU, die AfD erhielt zwei Stimmen; auf den einzigen ungültigen Stimmzettel hat jemand „Brooklyn“ und „Olaf Holz“ geschrieben.

Manche Jugendliche im Club hätten Angst vor der AfD, sagt Erik Kluth, einer der Betreuer dort. „Werde ich dann abgeschoben?“, wenn diese Partei gewählt wird, hätten manche Jugendliche ihn gefragt, sagt er, währenddessen leert sich der Clubraum. Zwei Jungen spielen Pingpong, zwei Mädchen tanzen miteinander. Eine von beiden, Anna, sagt: Sie sei „streng gläubig“, für sie sei es wichtig, ihre „Religion da so ein bisschen zu unterstützen“. Deshalb habe sie CDU gewählt. Amin, 13, möchte nicht sagen, was er gewählt hat. Und ein paar Meter weiter sitzt ein Junge, der schon 16 ist und statt dem eigenen Namen den Spitznamen „Gary“ bevorzugt: Er wolle am Sonntag die SPD wählen. In der Schule, sagt er, hätten sie sich mit den Wahlprogrammen befasst, er habe die SPD „am besten gefunden“. Warum? Das wisse er nicht mehr – „das war vor den Sommerferien“.

*alle Namen von Minderjährigen wurden geändert.

Die Regeln der neuen Grenzkontrollen

Nun müssen Reisende und Pendler überall an den deutschen Landgrenzen mit Kontrollstopps rechnen

Die flächendeckenden Grenzkontrollen sollen unerwünschte Migration und Kriminalität eindämmen. Die Bundespolizei soll dabei – wie bisher schon an den Grenzen im Osten und Süden – stichprobenartig vorgehen. Das heißt: Nicht jeder Reisende wird überprüft, es muss aber jeder damit rechnen.

Wie muss man sich die Kontrollen konkret vorstellen? Es soll laut Bundesinnenministerium räumlich und zeitlich flexibel kontrolliert werden. An stark befahrenen Hochgeschwindigkeitsstraßen seien gesonderte Verkehrslenkungen denkbar. „In Abstimmung mit ihren Partnerbehörden im In- und Ausland wird sich die Bundespolizei darum bemühen, dass sich diese Kontrollen so wenig wie möglich auf den Alltag von Pendlern, auf den Handel und auf den Reiseverkehr auswirken“, versicherte eine Sprecherin. Reisende und Pendler würden gebeten, ein Identitätsdokument wie den Personalausweis oder den Reisepass mitzuführen – das gelte aber ohnehin bei grenzüberschreitenden Reisen, auch ohne Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen.

Was gibt es derzeit schon an Kontrollen? Seit Oktober 2023 gibt es stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Diese wurden immer wieder verlängert und laufen aktuell bis zum 15. Dezember. An der deutsch-österreichischen Landgrenze gibt es Kontrollen, die mit der irregulären Migration begründet werden, bereits seit September 2015. Die neu angeordneten Kontrollen direkt an der Grenze betreffen die Landgrenzen zu Frankreich, Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. Die Grenzen zu Frankreich werden allerdings bereits kontrolliert, dies hatte die Bundesregierung im Sommer unter anderem mit den Olympischen Spielen begründet.

Wie lange sollen die neuen Grenzkontrollen gehen? Zunächst einmal für sechs Monate. Kontrollen innerhalb des eigentlich grenzkontrollfreien Schengen-Raums, zu dem die meisten EU-Staaten gehören, müssen der EU-Kommission gemeldet werden. Deutschland hat dies für den Zeitraum bis zum 15. März 2025 getan. Das Innenministerium will die bereits bestehenden Kontrollen, die derzeit bis Mitte Dezember vorgesehen sind, darüber hinaus verlängern. Ende August hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) im ZDF erklärt, er wolle die Kontrollen „so lange wie möglich“ beibehalten – sich dabei aber nur auf die bereits bestehenden Kontrollen.

Wie begründet die Regierung die Kontrollen? Mit Sicherheitsrisiken durch irreguläre Migration und Schleusertum an den EU-Außengrenzen, wie bei der EU-Kommission nachzulesen ist. Diese führten zu einem erhöhten Niveau irregulärer Grenzübertritte in Deutschland, was die ohnehin schon angespannte Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern verschärfe – zumal Deutschland nach Angaben des Innenministeriums bereits 1,2 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen hat. DPA

Wie die neue Strategie des IS die Behörden überfordert

Die Terrormiliz Islamischer Staat rekrutiert in Europa immer erfolgreicher Einzeltäter. Von entscheidender Bedeutung ist Propaganda im Internet, die junge Menschen zunehmend anspricht

Deutschland wird von einer Reihe islamistischer Attentate erschüttert. Beim Stadtfest von Solingen erstach ein 26-jähriger Syrer drei Menschen und verletzte acht weitere zum Teil schwer. Ähnlich mörderische Absichten hatte ein anderer Syrer in der oberfränkischen Stadt Hof, der mit einer Machete möglichst viele Bundeswehrsoldaten aus der örtlichen Kaserne töten wollte, aber rechtzeitig verhaftet wurde. Der Attentäter soll islamistische Beweggründe gehabt haben – wie auch schon der Mann in Solingen, der im Namen des Islamischen Staats (IS) gemordet hatte.

VON ALFRED HACKENSBERGER
AUS TANGER

„In Deutschland häufen sich die Vorfälle im Zusammenhang mit dem IS“, schreibt das Soufan Center, eine US-Denkfabrik, mit Fokus auf globale Sicherheit. „Deutschland steht im Fadenkreuz der Dschihadisten und ihrer Propaganda“, heißt es weiter in dem Bericht. Dass Solingen und Hof keine Einzelfälle waren, zeigt auch der Versuch eines 18-jährigen Islamisten, der in München nahe dem israelischen Konsulat Anfang September einen Anschlag begehen wollte und von der Polizei erschossen wurde. Tags darauf griff ein 29-jähriger Albaner eine Polizeiwache in Linz am Rhein an und rief dabei „Allahu Akbar“. In seiner Wohnung sollen Ermittler eine Fahne des IS gefunden haben. Alle Täter werden als „einsame Wölfe“ eingeordnet, die in keine Terrorstruktur eingebunden sind, wie etwa eine konspirative Zelle mit weiteren Mitgliedern. Umstände, die auf eine zunehmend erfolgreiche Strategie der Terrororganisation hinweisen.

„Ohne Kommunikation mit anderen ist es für die Sicherheitsbehörden schwierig, die Attentäter rechtzeitig aufzuspüren“, sagt Hans-Jakob Schindler, der leitende Direktor des Counter Extremism Projects (CEP). „Der mutmaßliche Täter von Hof wurde anscheinend festgenommen, weil er von seinem Vorhaben erzählt hatte.“

Schindler benutzt jedoch ungern den Begriff „einsamer Wolf“. „Der vermittelt etwas Heroisches“, wie er sagt, und bleibt lieber bei der Beschreibung als „Einzeltäter“. Der Leiter des CEP glaubt auch nicht, dass Deutschland mehr als andere europäische Länder im Visier der Terrormiliz steht. „Natürlich muss man festhalten, dass es nach 2022 extrem viele Vorfälle mit terroristischem Hintergrund gegeben hat“, erklärt Schindler, der früher für den UN-Sicherheitsrat das Überwachungsteam für international agierende, islamistische Terrorgruppen koordinierte. „Wir hatten geplante Attentate auf Weihnachtsmärkte oder auch Kirchen, aber die Anschlagsziele der verhafteten Täter lagen auch außerhalb Deutschlands, etwa in Österreich und Schweden.“ Ein gezielter Propagandafeldzug, der sich nur gegen die Bundesrepublik richtet, sei bisher nicht zu erkennen, so Schindler. Man müsse eher von einem europäischen Phänomen ausgehen.

Der Anstieg von Terroranschlägen habe auch mit dem Gaza-Krieg zu tun. „Der IS versucht seit dem 7. Oktober davon propagandistisch zu profitieren“, erklärt Schindler, „obwohl er die palästinensische Terrorgruppe Hamas eigentlich als vom richtigen Glauben abgekommene Organisation einstuft.“

Darauf weist auch das in New York ansässige Soufan Center hin. Dort spricht man von einer „Post-7.-Oktober-Strategie des IS“. Sie sei von „entscheidender Bedeutung“, weil sie sich „die durch den Krieg zwischen Israel und der Hamas geschürten feindseligen Gefühle zunutze macht und damit auch großen Anklang gefunden hat.“ Bereits in der Woche nach dem Hamas-Massaker ereigneten sich in Europa gleich mehrere Vorfälle mit IS-Bezug. Dazu zählten der Messerangriff eines 20-jährigen Mannes am 13. Oktober in einer Schule im französischen Arras und die Schüsse eines 45-jährigen Mannes drei Tage später auf schwedische Fußballfans in Brüssel.

Das Washington Institut für Nahostpolitik verfolgt die Aktivitäten des IS und erfasste von März 2023 bis März des Folgejahrs insgesamt 470 relevante Rechtsfälle in 49 Ländern mit Bezug zur Terrormiliz. In mindestens 30 Fällen waren Jugendliche oder Minderjährige beteiligt. „Wobei die Zahl noch wesentlich höher sein könnte“, wie das Institut betont, „da viele Länder keine Altersangaben zu den Festgenommenen machen“.

„Ja, es gibt durchaus einige Teenager“, sagt Schindler vom Counter Extremism Project. „Wenn man sich jedoch die Altersstruktur aller verhafteten Täter in Deutschland ansieht, ist die doch sehr durchwachsen.“ Die Rekrutierung jüngerer Sympathisanten sieht er als „zusätzliche Methode“ im Rahmen der IS-Propagandastrategie. „Die Terrororganisation adaptiert sich ständig und agiert auf sozialen Plattformen, wie TikTok, um ein jüngeres Publikum anzusprechen.“ Für den IS ist es eine willkommene Möglichkeit ihren Einfluss auszuweiten. Zudem sind die Jugendlichen daran gewöhnt, Informationen schnell und oft unkritisch für bare Münze zu nehmen.

In seinem wöchentlichen Newsletter Al-Naba rühmte sich der IS jüngst, dass der „Diskurs“ die „muslimische Jugend“ in der ganzen Welt zunehmend auf den Weg des „reinen“ Dschihad führe. Es ist eine moderne, zeitgenössische Medienpolitik, die der IS gezielt betreibt. Man will neue Anhänger in Europa, aber auch darüber hinaus rekrutieren. Die jüngsten Messerattacken zeigen, dass das Konzept der Terrormiliz aufgeht.

Die Einzeltäter fühlten sich offenbar allein durch Material aus dem Internet dazu berufen, vermeintliche „Ungläubige“ brutal zu ermorden. Die „einsamen Wölfe“ werden durch die Propaganda „inspiriert“ und sind letztendlich ferngesteuerte Marionetten des IS-Terrorismus. „Die Nutzung sozialer Medien zur Rekrutierung und Radikalisierung entspricht einem langjährigen Trend“, schreibt das Soufan Center. „Dschihad-Terroristen haben in der Vergangenheit neue und aufkommende Technologien zur Rekrutierung und für operative Zwecke angepasst und genutzt.“ Früh schon wurden Blogs genutzt, man war auf Twitter aktiv und hat moderne Videos produziert. Neuerdings soll der IS gar künstliche Intelligenz benutzen, um seine extremistischen Inhalte zu produzieren und für Anschläge die Verantwortung zu übernehmen.

Die Sicherheitsdienste sind insbesondere in Deutschland mit der Internetpräsenz des IS überfordert. Die deutschen Behörden sind im Vergleich etwa zu ihren Amtskollegen in den USA aus Gründen des Datenschutzes und des Schutzes der Privatsphäre deutlich eingeschränkt. „Was früher in einer Hinterhofmoschee geplant wurde, findet heute in einer Chatgruppe statt“, erklärt Schindler. „Ohne Zugriff auf Kommunikationsstrukturen und deren Inhalte, wird die Terrorabwehr erschwert.“ In Deutschland ist die Vorratsdatenspeicherung umstritten. Die Ampel-Koalition einigte sich im Frühjahr auf die sogenannte Quick-Freeze-Regelung, wonach Daten nur bei Verdacht auf schwere Straftaten gespeichert werden dürfen. Schindler hält eine umfassende Regelung für notwendig. „Wie will man sonst herausfinden, wer mit wem in Kontakt war?“

PICTURES FROM HISTORY/UNIVERSAL IMAGES GROUP VIA GETTY IMAGES

Ein maskierter Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Islamischer Staat

Hamas erstarkt im Norden des Gaza-Streifens

Erneut Angriff der Hisbollah aus dem Libanon auf Israel

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu ist von seinem selbst geforderten „totalen Sieg“ über die islamistische Hamas im Gaza-Streifen offenbar noch weit entfernt. Einem israelischen Medienbericht zufolge ist die Terrororganisation mehr als elf Monate seit Kriegsbeginn stellenweise am Wiedererstarken. Vor allem im nördlichen Abschnitt des abgeriegelten Küstenstreifens erhole sich die Hamas schneller, als die israelischen Streitkräfte die militärischen Fähigkeiten der Hamas schwächen könnten, berichtete der israelische TV-Sender Kan. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es nicht.

Eines der erklärten Kriegsziele der Regierung ist es, die Herrschaft der Hamas im Gaza-Streifen zu beenden sowie ihre militärischen Fähigkeiten zu zerstören. Zu Beginn des Krieges nach dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober war Israels Armee zunächst im Norden Gazas massiv gegen die Terrororganisation vorgegangen. Im Januar hatte Israels Verteidigungsministerium die intensiven Kampfhandlungen gegen die Hamas im Norden Gazas für beendet erklärt. Daraufhin konzentrierte sich die Armee auf die Zerschlagung der letzten Kampfverbände der Islamisten im Süden des abgeriegelten Küstenstreifens.

Seit Monaten sei die israelische Armee nicht mehr im Norden des Gaza-Streifens vorgedrungen, meldete der Sender. Die Hamas habe diese Zeit genutzt, sich dort neu zu formieren und sich auf die „nächste Phase des Krieges“ vorzubereiten. Dies sei einer der Hauptgründe für die jetzige Zunahme der israelischen Luftangriffe auf Kommando- und Kontrollzentren der Hamas im nördlichen Gaza-Streifen. Erst am Sonntag hatte dort die israelische Luftwaffe nach Militärangaben das Gebäude einer ehemaligen Schule angegriffen, in dem die Hamas ein Kommando- und Kontrollzentrum eingerichtet habe. Von ihr aus seien in den vergangenen Wochen Raketenangriffe auf israelische Ziele verübt worden, teilte die Armee mit. Es gab zunächst keine Angaben zu möglichen Opfern. Vor dem Angriff habe man Maßnahmen unternommen, um die Gefahr für Zivilisten zu mindern, teilte das israelische Militär mit. Palästinensische Augenzeugen berichteten, die Armee habe zunächst eine einzelne Rakete abgefeuert, offenbar mit dem Ziel, dass Flüchtlinge das Gebäude verlassen. Nur wenige Tagen zuvor hatte es bei einem Angriff auf ein ehemaliges Schulgebäude viele Tote gegeben. Israel hatte auch dabei von einem Kontrollzentrum der Hamas gesprochen.

Auch nach fast einem Jahr zeichnet sich ein Ende des Krieges weiterhin nicht ab. Kritiker werfen Netanjahu vor, mangels eines genauen Plans zur Stabilisierung und Verwaltung Gazas zuzulassen, dass das Gebiet im Chaos versinkt. Israels Truppen drohten, von der Hamas in einen endlosen Guerilla-Krieg verwickelt zu werden. Israels Generalstabschef Herzi Halevi warnte schon vor Monaten vor einer „Sisyphusarbeit“. Doch nicht nur im Gaza-Krieg ist die Armee weiter in Kämpfe verwickelt, auch an anderen Fronten üben Israels Feinde Druck aus. Israel solle sich auf „mehr Angriffe“ gefasst machen, warnte der Militärsprecher der Huthi-Miliz im Jemen am Sonntag, nachdem die Miliz kurz zuvor eine ballistische Rakete auf Israel abgefeuert hatte. Israels Armee teilte mit, die Boden-Boden-Rakete sei offenbar in der Luft zerbrochen und in offenem Gebiet niedergegangen.

Derweil heulten in der Nacht zu Montag im Norden Israels wieder die Sirenen, wie die Armee auf Telegram mitteilte. Erst am Vortag waren vom Libanon aus Dutzende Raketen auf den Norden des Landes abgefeuert worden. Die Hisbollah reklamierte die Angriffe, die einem israelischen Militärstützpunkt gegolten haben sollen, für sich. Die israelische Armee teilte mit, rund 40 Geschosse seien vom Libanon aus auf Israel abgefeuert worden. Seit Beginn des Gaza-Kriegs zwischen Israel und der Hamas vor fast einem Jahr kommt es im Grenzgebiet der beiden Länder nahezu täglich zu militärischen Konfrontationen zwischen israelischer Armee und Hisbollah. Die Hisbollah handelt nach eigenen Angaben aus Solidarität mit der Hamas. Bei einem Angriff am 7. Oktober 2023 hatten Terroristen der Hamas und anderer extremistischer Organisationen mehr als 1200 Menschen in Israel getötet und etwa 250 weitere als Geiseln verschleppt. dpa

Ursula von der Leyens zweite Amtszeit beginnt chaotisch

Die Kommissionschefin stellt ihr Team zusammen – mit vielen geheimen Absprachen. Das sorgt für Ärger. Der Franzose Breton tritt zurück

Er kultivierte in Brüssel gerne das Image des Außenseiters: ein ehemaliger Tech-Chef, der Klartext spricht, ohne allzu viel Rücksicht auf bürokratische Feinheiten der EU. Fünf Jahre lang hielt Thierry Breton das durch. Vom Beginn seiner Amtszeit im Dezember 2019 bis zu diesem Montag. Da trat der Franzose zurück – und griff in einem Brief seine ehemalige Chefin Ursula von der Leyen an.

VON STEFAN BEUTELSBACHER
AUS BRÜSSEL

Die Präsidentin der Kommission stellt gerade das Team für ihre zweite Amtszeit zusammen. Breton kümmerte sich bisher um die Themen Industrie, Binnenmarkt und Digitales. Er zählte zu den mächtigsten Männern im Brüsseler Berlaymont-Gebäude. Und er galt auch für die kommenden fünf Jahre als gesetzt, sollte eigentlich erneut ein wichtiges Portfolio übernehmen. Nun kommt alles anders.

Von der Leyen, so schreibt es Breton in seinem Rücktrittsbrief, habe die französische Regierung vor einigen Tagen aufgefordert, ihn nicht erneut als Kommissar zu nominieren. Und zwar aus „persönlichen Gründen“, die sie nie mit ihm selbst besprochen habe. Das sei ein weiterer Beweis für einen fragwürdigen Führungsstil von der Leyens. Harte Worte in der Brüsseler Blase, wo Politiker und Beamte sonst fast alles hinter diplomatischen Floskeln verschleiern. Nicht so Breton, einst Chef von France Telecom und des IT-Dienstleisters Atos, ein Mann, der Alleingänge – und ein wenig Drama – zu lieben scheint.

Was könnten die „persönlichen Gründe“ gewesen sein? Breton, heißt es in EU-Kreisen, habe von der Leyen immer wieder verärgert. Etwa als er Anfang des Jahres Details eines vertraulichen Gesprächs mit Donald Trump ausplauderte – der US-Präsident, so Breton damals, habe gesagt, er werde Europa im Kriegsfall nicht helfen. Oder als Breton sich im März, kurz vor der Europawahl, über von der Leyens angeblich schwachen Rückhalt in ihrer eigenen Partei, der EVP, lustig machte.

Und doch ist Bretons Rücktritt eine überraschende und dramatische Wendung. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron reagierte sofort und schickte seinen scheidenden Außenminister Stéphane Séjourné ins Rennen um einen Posten in der neuen Kommission. Macron dürfte sich diesen Plan schon vor Bretons Rücktritt zurechtgelegt haben. Es ist das zweite Mal, dass der Franzose der Deutschen einen großen Gefallen tut. 2019 verhinderte er schon Manfred Weber als Chef der Kommission und verhalf von der Leyen so ins Amt. Nun schafft er einen ihrer schärfsten internen Kritiker aus dem Weg.

Von der Leyens zweite Amtszeit beginnt chaotisch. Und Breton ist nicht der einzige Grund dafür. Die Kommissionspräsidentin will ihr neues Team mit ähnlich vielen Frauen wie Männern besetzen – was ebenfalls Unruhe verursacht. Geschlecht, betont von der Leyen immer wieder, sei neben Kompetenz das wichtigste Kriterium für einen Job. Sie hatte die EU-Staaten deshalb aufgefordert, jeweils einen Mann und eine Frau zu nominieren. Die meisten weigerten sich.

Von der Leyen, hört man in Brüssel, habe hinter den Kulissen viel Druck ausgeübt, um das zu ändern. Oft auf kleinere und vermeintlich schwächere EU-Staaten. Ihr Angebot soll dabei gewesen sein: Wer eine Frau nach Brüssel schickt, bekommt ein wichtigeres Portfolio. Bisher haben Slowenien und Rumänien ihre männlichen Kandidaten zurückgezogen.

All das ist durch europäisches Recht gedeckt. Die Staaten schlagen Kandidaten für die Kommission vor. Von der Leyen verteilt die Posten. Und die Telefonate und Schriftwechsel dazu sind vertraulich. Doch es entsteht einmal mehr das Bild einer EU, die wichtige Entscheidungen im Verborgenen trifft. Die dealt und kungelt. Von der Leyen, heißt es, habe mehreren Regierungschefs Briefe geschrieben, um Einfluss auf die Personalvorschläge zu nehmen – Briefe, die ihre Behörde geheim hält. „Wir haben entschieden, die Kommunikation nicht zu veröffentlichen“, sagt eine Sprecherin.

Mal will von der Leyen Bewerber wegen ihres Geschlechts verhindern, mal – wie möglicherweise bei Breton – aus Abneigung. Welches System verbirgt sich dahinter? Warum drängt sie einige Regierungen dazu, ihre Kandidaten auszutauschen, und andere nicht? Von der Kommission heißt es: kein Kommentar. Und was gab wirklich den Ausschlag bei Breton? Kein Kommentar. Was sagt von der Leyen zu der Kritik des Franzosen an ihrem Führungsstil? Kein Kommentar. Die EU-Kommission ist die wichtigste Behörde in Brüssel, sie schlägt etwa neue Gesetze vor und handelt internationale Verträge aus. Doch wie sie besetzt wird, ist intransparent.

AFP/KENZO TRIBOUILLARD

Thierry Breton gilt als einer der schärfsten Kritiker Ursula von der Leyens

Ein weiteres Beispiel ist Slowenien. Das Land hatte einen Kandidaten für die Kommission vorgeschlagen, Tomaž Vesel, früher Chef des Rechnungshofs. Doch von der Leyen soll Vesel – per Brief – abgelehnt und eine Frau gefordert haben. Die Opposition in Slowenien hält nun den Nominierungsprozess auf und forderte Einsicht in das angebliche Schreiben. Existiert es? Kein Kommentar, so die Kommission.

Nach dem Willen von der Leyens soll die neue Kommission am 1. November starten. Aber das scheint bei all dem Drama unwahrscheinlich. Die EU könnte also noch eine Weile stillstehen. Obwohl sie dringend handeln müsste. Der Krieg in der Ukraine geht weiter. Die Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents sinkt. Und die Amerikaner wählen am 5. November einen neuen Präsidenten. Doch Brüssel kreist um sich selbst.

Umstrittene Justizreform tritt in Mexiko inkraft

Scheidender Präsident López Obrador weist Kritik zurück

Trotz scharfer Kritik aus dem In- und Ausland hat der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador eine umstrittene Justizreform in Kraft gesetzt. Mit der Unterzeichnung des Gesetzes durch López Obrador am Sonntag (Ortszeit) ist Mexiko nun das einzige Land weltweit, in dem sämtliche Bundesrichter künftig direkt gewählt werden. Kritiker fürchten, dass damit das Justizsystem politisiert und gewählte Richter durch die mächtigen Drogenkartelle beeinflusst werden könnten. Der scheidende linksgerichtete Präsident hatte die Reform dagegen als notwendig dargestellt, um in einem „verrotteten" Justizsystem aufzuräumen, das vor allem der politischen und wirtschaftlichen Elite diene. Auch die neu gewählte Präsidentin Claudia Sheinbaum, die am 1. Oktober als Nachfolgerin López Obradors an die Staatsspitze rückt, steht hinter der Reform.

Das Vorhaben hatte in den vergangenen Wochen diplomatische Spannungen mit wichtigen Handelspartnern wie den USA und Kanada ausgelöst. Eine Parlamentssitzung zur Verabschiedung der Reform in der vergangenen Woche in Mexiko-Stadt musste abgebrochen und verlegt werden, nachdem wütende Demonstranten das Senatsgebäude gestürmt hatten. Das neue Gesetz sieht eine Volkswahl aller 1600 Bundesrichter vor, selbst die Richter des Obersten Gerichtshofs und anderer höherer Instanzen werden direkt gewählt. Kritiker bemängeln, dass damit die gegenseitige Kontrolle von Verfassungsorganen und damit das demokratische System der Gewaltenteilung gefährdet wird. Das Auswahlverfahren der Richter bleibt jedoch gleich: Regierung, Parlament und Oberster Gerichtshof schlagen weiterhin die Kandidaten vor.

Nach Angaben der UN-Sonderberichterstatterin zur Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, Margaret Satterthwaite, gibt es in keinem anderen Land der Welt eine Direktwahl aller Richter. Ohne starke Schutzmechanismen sei das Richter-Wahlverfahren anfällig für eine Beeinflussung, zum Beispiel durch das organisierte Verbrechen. US-Botschafter Ken Salazar hatte im Vorfeld der Verabschiedung gewarnt, die geplante Reform bedrohe die Demokratie in Mexiko und könne Verbrecher demnächst in die Lage versetzen, „politisch motivierte und unerfahrene Richter" für ihre Zwecke zu missbrauchen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hatte vor einer Aushöhlung der richterlichen Unabhängigkeit gewarnt. AFP

„Was wir beobachten, ist Putins Abgesang"

Der finnische Präsident Stubb fordert Härte gegenüber dem Kremlchef. Eine Diskussion über die russischen roten Linien hält er für sinnlos

AFP/ MICHAL CIZEK

Alexander Stubb war von 2014 bis 2015 Ministerpräsident Finnlands und anschließend Finanzminister. Im Februar dieses Jahres gewann er die Präsidentschaftswahlen. In dem nordeuropäischen Land entscheidet der Staatschef gemeinsam mit der Regierung über die Außen- und Sicherheitspolitik.

VON BARTOSZ T. WIELINSKI

WELT: Haben die Finnen Angst vor einem Krieg mit Russland?

ALEXANDER STUBB: Nein. Was die Sicherheit betrifft, sind wir in der besten Situation seit Jahrzehnten. Erstens verfügt Finnland über starke und moderne Streitkräfte. Zweitens ist es Mitglied der Nato und der Europäischen Union, und schließlich haben wir auch eine Reihe von bilateralen Verteidigungsabkommen unterzeichnet, unter anderem mit den USA und dem Vereinigten Königreich. Heißt das aber, dass wir uns entspannen können? Ganz im Gegenteil. Wir müssen wachsam sein und sind es auch weiterhin. Dabei folgen wir dem Grundsatz: wenig reden, viel handeln.

WELT: Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Finnland die Wehrpflicht nicht abgeschafft und weiter in die Streitkräfte investiert. Hatten Sie bereits das Gefühl, dass das damals viel beschworene Ende der Geschichte doch nicht kommen würde?

STUBB: Zunächst einmal haben wir uns daran erinnert, dass wir seit dem Mittelalter etwa 30 kleinere oder größere Kriege mit Russland geführt haben. Unsere Sicherheitspolitik basiert auf Realismus. Da wir nach dem Ende des Kalten Krieges nicht der Nato beigetreten sind, haben wir beschlossen, eine starke Armee zu unterhalten. Die Wehrpflicht war Teil dieser Politik. Ich habe die Uniform in den späten 1980er-Jahren getragen, mein Sohn hat seinen Wehrdienst diesen Sommer beendet. Wenn ein Krieg ausbricht, können wir sofort 280.000 Menschen zum Dienst einberufen. Unsere Luftwaffe, Marine und Landstreitkräfte gehören zu den stärksten in der Nato. Das war eher der Notwendigkeit als einem Wunsch geschuldet.

WELT: Müsste also Russland Finnland fürchten, und nicht umgekehrt?

STUBB: Ich denke, dass der Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato das Bündnis erheblich gestärkt hat. Zum einen sind starke Armeen hinzugekommen, und zum anderen hat sich die Länge der gemeinsamen Grenze der Nato mit Russland verdoppelt. Ich denke, Russland sieht Finnland als ein stabiles, berechenbares Land. Moskau weiß, dass wir keine Dummheiten machen, dass wir nicht provozieren. Wir gehen unseren eigenen Weg, und sich mit uns anzulegen, wird sich für niemanden auszahlen.

WELT: Auf der anderen Seite der finnisch-russischen Grenze ist es derzeit ruhig. Russland zieht Einheiten ab.

STUBB: Ja, vier taktische Verbände wurden aus dem Gebiet des Militärbezirks Leningrad, das an Finnland grenzt, abgezogen und an die Front in der Ukraine verlegt. Aus unserer Sicht ändert sich durch derartige Maßnahmen jedoch nicht viel. Wir gehen davon aus, dass Russland in den nächsten fünf Jahren in der Lage sein wird, seine Streitkräfte wiederaufzubauen und neu zu formieren. Aus militärischer Sicht wird Russland also nicht schwächer, sondern stärker werden. Deshalb ist es gut, dass finnische Soldaten in Nato-Kommandos dienen und Nato-Soldaten in Finnland stationiert sind.

WELT: Mit dem Beitritt zur Nato sind Sie jedoch ein Ziel für russische Raketen geworden.

STUBB: Vielmehr sind wir ein Ziel für die russische Militärpropaganda geworden. Aus strategischer Sicht sind wir kein wichtiges Ziel. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Nato noch nie angegriffen wurde. Das hat einen einfachen Grund: Artikel 5 des Washingtoner Paktes sieht die Unterstützung eines angegriffenen Landes durch Bündnismitglieder vor.

WELT: Dennoch wird der hybride Krieg Russlands gegen die Nato ernsthaft fortgesetzt.

STUBB: Russland führt derzeit zwei Arten von Krieg: einen konventionellen Krieg in der Ukraine und einen hybriden Krieg in der ganzen Welt. Um dem entgegenzutreten, müssen wir vorbereitet und wachsam sein. Wir müssen auf die nächsten Wellen von Desinformation, Cyberangriffen und Sabotage vorbereitet sein.

WELT: Wie hart kann Europa in dieser Lage mit Russland reden?

STUBB: Sicherlich härter als früher. Der Schwerpunkt der Nato hat sich aus offensichtlichen Gründen nach Osten verlagert. Polen und Finnland sind heute Länder in ähnlichen Situationen. Wir sind im Bündnis untrennbar miteinander verbunden. Wir haben die militärische Stärke, um mit einer solchen Situation fertig zu werden. Wir müssen auch geistig darauf vorbereitet sein. Und ich bin sicher, dass wir das auch sein werden, wenn es nötig ist. Russland missbraucht Menschenleben. Es instrumentalisiert Migranten an unseren Grenzen, die Moskau unter anderem über Belarus schickt. Es ist wichtig, dass wir uns gegenseitig unterstützen. Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg wird derzeit die Instrumentalisierung von Migranten verhandelt (es geht um die Beschwerde einer Gruppe von Migranten gegen Pushbacks durch den polnischen Grenzschutz im Jahr 2021, Anm. d. Red.). Finnland wird intervenieren und Polen verteidigen.

WELT: Der Fall, von dem Sie sprechen, ist darauf zurückzuführen, dass es an der polnisch-belarussichen Grenze zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist.

STUBB: Deshalb ist es so schwierig. In Finnland diskutieren wir über eine neue Außenpolitik, die ich als wertebasierten Realismus bezeichne. Einerseits wollen wir Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit respektieren und verteidigen und eine wertebasierte internationale Ordnung erhalten. Andererseits müssen wir realistisch bleiben und schwierige Kompromisse eingehen. Wenn Russland Migranten instrumentalisiert, ist das keine Frage der Asylpolitik. Es ist eine sicherheitspolitische Frage.

WELT: An der polnisch-weißrussischen Grenze sind Menschen gestorben....

STUBB: Deshalb sind Rechtsvorschriften erforderlich, um sicherzustellen, dass so etwas nicht passiert. Um in unsere Systeme einzudringen, verstecken sich Russland und Belarus hinter unserer Notwendigkeit, die Rechtsstaatlichkeit und das Völkerrecht zu verteidigen. Dabei versteht Russland selbst nur die Sprache der Gewalt.

WELT: Sie sprechen davon, mit Gewalt zu antworten, der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz fordert dagegen für ein Ende des Krieges in der Ukraine eine Friedenskonferenz mit Russland. Ist das nicht zu früh?

STUBB: Frieden kann man nicht erreichen, ohne darüber zu reden. Aber der Zeitpunkt ist entscheidend. Es geht um die Frage, zu wessen Bedingungen Frieden geschlossen werden soll, wo und wann. Diese Fragen müssen vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj beantwortet werden. Ich habe mit ihm ausführlich über seinen Zehn-Punkte-Friedensplan gesprochen, ich habe an der von ihm organisierten Friedenskonferenz in der Schweiz teilgenommen. Ich glaube, dass wir einen gerechten Frieden brauchen. Dieser muss zu den Bedingungen der Ukraine geschlossen werden und auch ein Signal an die Welt sein, dass sich Imperialismus und Aggression nicht lohnen. Dass sie ernste Konsequenzen haben. Putin muss für das Anzetteln dieses Krieges bestraft werden. Er muss einen so hohen Preis wie möglich zahlen. Er muss verlieren.

WELT: Bislang scheint Putin das nicht zu verstehen.

STUBB: Weil er nicht die richtigen Informationen darüber erhält, was geschieht. Was wir hier beobachten, ist Putins Abgesang. Es ist sein Ende.

WELT: Russland bombardiert ständig ukrainische Städte während die Ukrainer den Westen um Langstreckenraketen bitten, um russische Bomberbasen zu zerstören. Aber sie bekommen sie nicht.

STUBB: Also greifen die Ukrainer diese Ziele mit Drohnen an. Finnland hat die Verwendung der Waffen und der Munition, die wir der Ukraine zur Verfügung gestellt haben, in keiner Weise eingeschränkt. Was immer sie zur Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts – das Putin ständig verletzt – tun, ist für uns völlig akzeptabel. Ich wiederhole: Die Ukrainer haben das Recht, sich zu verteidigen.

WELT: Was ist mit den vom Kreml gesetzten roten Linien?

STUBB: Eine Diskussion über die russischen roten Linien ist sinnlos. Putin hält sich nicht an irgendwelche Regeln. Er tötet unschuldige Menschen, Frauen, Kinder, bombardiert Krankenhäuser, Kindergärten, zerstört Schulen, Theater, Wohnhäuser. Jeden Tag. Es gibt keine Grenze, die er nicht überschreiten würde.

WELT: Eine der Grenzen, die der Kreml gesetzt hat, waren Angriffe auf russisches Territorium. Die Ukrainer tun dies nicht nur, sondern haben einen großen Teil der Region Kursk besetzt.

STUBB: Das war, strategisch gesehen, ein kluger Schachzug der Ukrainer. Er erhöht den Preis, den Russland für den Krieg zu zahlen hat. Wir müssen Russland über alle verfügbaren Kanäle klar machen, dass es mit solchen Situationen zu rechnen hat. Die Ukraine befindet sich heute in einer besseren Lage als noch vor vier Monaten. Aus militärischer Sicht ist die Lage aber immer noch kritisch. Wir müssen die Ukraine so lange wie nötig unterstützen.

LENA LEADING — EUROPEAN NEWSPAPER – ALLIANCE

In Kooperation mit „Gazeta Wyborcza".

ANZEIGE

LEITARTIKEL

Gefährliche Abhängigkeit

Viel Geld gegen weniger Flüchtlinge: Mit teuren Abkommen will Brüssel die Migration Richtung Europa eindämmen. Stabil sind diese Deals nicht – sie hängen an der Gunst von Autokraten. Und die kennen ihre Druckmittel

TIM RÖHN

Hunderte Menschen aus dem Maghreb-Raum und der Subsahara versuchten am Sonntag, die auf afrikanischem Territorium liegende spanische Exklave Ceuta zu erreichen. Sie versammelten sich in den Bergen rund um die 85.000-Einwohner-Stadt, die ein 8,6 Kilometer langer Grenzzaun von Marokko trennt. Der geplante Sturm auf eben jene Befestigungsanlagen war kein Geheimnis, in den sozialen Netzwerken wurde er angekündigt. Solche Situation gibt es fast jeden Monat, und jedes Mal ist die Anspannung auf spanischer Seite gewaltig: Wie krass wird es diesmal? Wie viele Migranten werden es – teils mit Gewalt – schaffen, den Zaun zu überwinden? Die ständig neue Aufregung in Ceuta mag lokal erscheinen, dabei spiegelt sie die gesamteuropäische Problematik im Blick auf irreguläre Migration wider. Nirgendwo lässt sich besser beobachten und beschreiben, wie vulnerabel die EU ist, als hier.

Am Sonntag mobilisierten die Marokkaner schätzungsweise 7000 Beamte, um die Leute bei ihrem Vormarsch auf Ceuta zu stoppen. Schlagstöcke kamen zum Einsatz, Hunde wurden auf die Menschen losgelassen. Auch die Migranten selbst übten Gewalt aus, attackierten Polizisten, warfen Steine. Am Montagmorgen hieß es aus spanischen Sicherheitskreisen, nicht ein einziger illegaler Grenzübertritt sei registriert worden. Ein Erfolg für den spanischen Grenzschutz? Nein, vielmehr ein Grund, ein Dankesschreiben an Rabat zu schicken – sofern, und das ist ja mittlerweile so, Menschenrechte keine Rolle mehr spielen und auch außer Acht gelassen wird, dass gemäß der EU-Gesetze jeder Mensch das Recht hat, an einem offiziellen Grenzposten eines EU-Mitgliedslandes einen Asylantrag zu stellen. Angenehm für das EU-Mitgliedsland, wenn bis zu eben jenem Punkt niemand vorgelassen wird.

Es ist recht simpel: Hält Rabat die Migranten zurück, kommen sie nicht. Lässt Rabat sie gewähren, sind sie wenig später in der EU. Wie das Königreich handelt, ist dabei quasi nie vorauszusehen. Erst im August stiegen Hunderte junge Leute an einem Strand auf der marokkanischen Seite ins Wasser, schwammen in Richtung Norden und vorbei am Grenzzaun nach Spanien. Es darf angenommen werden, dass Rabat diese neue Form der Massenmigration hätte unterbinden können. Die marokkanischen Machthaber wissen natürlich um die Vulnerabilität Spaniens und der EU beim Thema Migration. Hunderttausende illegale Einreisen pro Jahr haben den Kontinent erschüttert, die Sicherheitslage verschlechtert und rechten sowie rechtsextremen Parteien Auftrieb beschert. Menschen auf dem Weg in die EU einfach durchzulassen – das ist wie Salz auf eine offene Wunde zu streuen. Die EU-Anrainer-Staaten haben – ob nun Marokko oder ein anderes Land – extrem potente Druckmittel in der Hand. Man kann das auch anderswo beobachten, in Tunesien etwa: Hier schüttet Brüssel mit der Gießkanne Millionen aus, damit die Machthaber in Tunis gegen Schleuser-Netzwerke vorgehen und Migranten auf dem Weg nach Europa stoppen (und sie dann teils in der Wüste aussetzen, was zwar jedem minimalen Anspruch an Ethik und Moral widerspricht, aber in der EU auch niemanden mehr um den Schlaf bringt).

Dann ist da noch ein Deal mit ein paar Warlords in Libyen, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan schickt gerade auch keine Massen an die Grenzen zu Griechenland – und fertig ist die auf den ersten Blick etwas beruhigte Lage an den Rändern Europas. Aber der Schein trügt. Man muss kein Prophet ein, um vorherzusagen, dass die Holzboote der Migranten in Tunesien wieder ablegen werden, wenn Tunis frisches Geld braucht. Dass nicht jeder Ansturm auf Ceutas Grenzzaun verhindert werden wird. Und wer sich in internationalen Sicherheitskreisen umhört, erfährt, wie verletzlich der Deal Spaniens mit Mauretanien ist, der spanischen Beamten erlaubt, auf mauretanischem Territorium gegen die Menschenhändler-Mafia vorzugehen. 40 Prozent aller Abfahrten gen Kanaren – das ist aktuell die Hauptroute in die EU – würden durch den Einsatz verhindert. Und wenn Mauretanien die fremden Beamten aus dem Land wirft, von heute auf morgen? Das könnte jeden Tag passieren. Zehntausende warten in dem bettelarmen Staat auf eine Gelegenheit, per Boot auf die Kanaren überzusetzen. Das Gleiche gilt für den Senegal, wo sich die Regierung aktuell ebenfalls ein bisschen bemüht, nicht jedes Boot ablegen zu lassen. Vielleicht ist das morgen anders. Wer jetzt glaubt, doch schlicht die Grenze schließen zu können – in Ceuta wäre das bei Akzeptanz grausamer Bilder vielleicht noch möglich –, vergisst, dass wir über eine Länge von rund 50.000 Kilometern sprechen.

Angesichts dieser Gemengelage ergibt es Sinn, sich intensiver mit dem Weg zu beschäftigen, den die Bundesregierung eingeschlagen hat – dem der bilateralen Migrationsabkommen. Vor ein paar Tagen wurde eine Vereinbarung mit Kenia verkündet: Abgelehnte Asylbewerber können einfacher zurückgeschickt werden, wer die Anforderungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erfüllt, darf nach Deutschland einreisen und hier arbeiten. Im Januar wurde ein ähnlicher Pakt zwischen Berlin und Rabat bekannt, die Absprachen ähneln sich. Die tatsächlich bis dato niedrige Zahl an Abschiebungen aus der Bundesrepublik hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Entscheidend ist, dass Berlin, dass Brüssel mit den Regierungen auf der anderen Seite der EU-Außengrenze auf Augenhöhe kommunizieren. Das Anliegen Deutschlands und Europas ist klar: dass weniger Migranten illegal kommen. Aber was braucht Marokko? Was würde sich der Senegal wünschen? Hier müssen Politik und Gesellschaft auch den gedanklichen Spagat schaffen: Zwar muss gehen, wer keine Aufenthaltserlaubnis hat. Aber kommen wird, wer die nötigen Qualifikationen mitbringt. Marokkaner, Kenianer, was auch immer für Nationalitäten. Ihre Regierungen wollen das so, und Deutschland braucht – dringend – qualifizierte (Massen-)Zuwanderung. Migrationsabkommen können keine Einbahnstraße sein.

Die EU wäre gut beraten, jemanden wie Deutschlands Regierungsbeauftragten für eben jene Deals, den FDP-Politiker Joachim Stamp, mit einem stabilen Mandat auszustatten und durch die Welt zu schicken, mit dem Ziel, so viele Deals auf Augenhöhe wie möglich abzuschließen. Deals, bei denen auch der Partnerstaat ein ureigenes Interesse daran hat, dass sie nachhaltig sind. Das bisherige Vorgehen jedenfalls – Millionen ausschütten und dann hoffen, dass jemand den Drecksjob macht – wird nicht funktionieren. Der nächste erfolgreiche Ansturm auf Ceuta kommt bestimmt.

tim.roehn@welt.de

KOMMENTAR

Ferda Atamans Realitätsflucht

ANNA SCHNEIDER

Es gibt Zeitenwenden, und es gibt Zeitenwenden. Die einen passieren, weil Kanzler Scholz sie ansagt, die anderen einfach so. Freilich ist nicht ausgeschlossen, dass Scholz auch momentan involviert ist, als Anschubhelfer quasi. Aber ausgesprochen hat das Z-Wort zumindest in letzter Zeit niemand, und das ist vermutlich auch gut so. Die Enttäuschung über die wohl bald striktere Gangart in Sachen Asylpolitik tragen diverse Grüne in die sozialen Medien, sogar ein offener Brief an die Parteispitze kursiert mittlerweile im Netz.

„Wir als Parteibasis sind besonders alarmiert, weil wir den Rechtsruck nicht nur in der Gesellschaft spüren, sondern auch zusehen müssen, wie unsere eigene Partei dem Diskurs folgt, der sich gegen die Sicherheit von Menschen wendet, statt ihn zu brechen“, liest man da. Jetzt sind die angeblichen Nazis irgendwie auch schon in die eigene Partei vorgedrungen, klar, dass man als Dunkelgrüner die Welt nicht mehr versteht. Immerhin zerbröseln hier gerade die lange und liebevoll hausgemachten Narrative.

Dass dieser sogenannte Rechtsruck für einige eine offenbar schwer zu ertragende Tatsache darstellt, verdeutlichte jetzt auch die Beauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman. Ziemlich unter dem Radar präsentierte sie den nunmehr fünften Jahresbericht zur „Diskriminierung in Deutschland“, er umfasst stolze 424 Seiten – fast ein bisschen so, als wollte er seine Entbehrlichkeit durch Masse wettmachen.

Nicht ganz klar scheint nach wie vor, weshalb es neben der Diskriminierungs-Allrounderin (Ferda Ataman) beispielsweise auch noch eine eigene Antirassismusbeauftragte (Reem Alabali-Radovan) braucht. Oder weshalb es zwar seit dem vergangenen Jahr einen Expert*innenrat (sic!) Antirassismus gibt, der Expertenkreis Islamismus aber vor zwei Jahren aufgelöst wurde. Ein Blick in besagten Diskriminierungsbericht liefert darauf zwar keine Antworten, bietet dafür aber die durchaus angenehme Möglichkeit der Realitätsflucht – in eine Welt von gestern. „Seit 2006 erhält der Bundestag alle vier Jahre einen Bericht dazu, selten aber gab es wohl einen passenderen Zeitpunkt dafür“, schreibt Ataman im Vorwort dieses Diskriminierungs-Kompendiums. „Dass rechtsextreme, menschenverachtende und migrationsfeindliche Einstellungen mehr Zustimmung erhalten, hat eine unmittelbare Auswirkung auf den Alltag vieler Menschen.“

Das haben islamistische Messerattentäter wohl auch, aber sei es drum. Man hat schließlich lange gebraucht, um auch in Deutschland das Bild vom zigfach diskriminierten und unterdrückten (im besten Fall ausländisch gelesenen) Menschen zu erschaffen, der sich ohne Hilfe von Vater Staat kaum durchs Leben zu lavieren weiß.

Atamans grundlegende Forderung ist, dass die Ampel endlich tut, wozu sie sich im Koalitionsvertrag verpflichtet hat: das Antidiskriminierungsrecht auf staatliche Stellen auszuweiten (die grundgesetzlich ohnehin zur Gleichbehandlung verpflichtet sind).

„Die Anfragen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Bereich Ämter und Behörden sind davon gekennzeichnet, dass Ratsuchende häufig auch von individuellen Diskriminierungen und Benachteiligungen in Form von Beleidigungen und unfreundlicher Behandlung durch die Behördenmitarbeiter*innen berichten“, liest man. Unfreundliche Behandlung ist natürlich nicht okay. Braucht es einen Wohlverhaltensbeauftragten?

Es stellt sich allerdings schon die Frage, was eigentlich noch alles unter den Aufgaben des Staates subsumiert werden soll. Privater Rassismus ist – bis zur Grenze des Strafrechts – keine gesetzliche, sondern eine moralische Frage, die in einer liberalen Gesellschaft nicht durch die Schaffung weiterer Beratungsstellen gelöst werden kann oder gar soll. Anstatt die Ausweitung des Antidiskriminierungsgesetzes zu fordern, könnte man also ebenso gut über seine Abschaffung nachdenken, aber so viel Freiheitswille sei der Ampel eher nicht unterstellt. Dass die Zahl der Beratungsanfragen steigt, lässt sich freilich als Ruf nach einer immer festeren Staatsumarmung deuten; angesichts der ganz anderen Nöte allerdings, in denen Deutschland momentan so steckt, könnte man aber auch einmal ganz grundsätzlich auf die Dinge (und Ämter) blicken: Was soll das alles?

Ein Satz des Ataman‘schen Diskriminierungsberichts darf beispielhaft für diese Frage stehen: „Mit der Work-Life-Balance-Richtlinie der EU erhielt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes einen neuen Beratungsauftrag (…)“, liest man da und wird mitunter das Gefühl nicht ganz los, diverse Ämter und Behörden existierten in erster Linie, um sich selbst und ihresgleichen zu beschäftigen.

So darf es auch kaum verwundern, dass die Antirassismusbeauftragte Reem Alabali-Radovan die Plattform „Handbook Germany“ fördert, die ein Projekt der „Neuen Deutschen Medienmacher*innen“ ist, deren Vorsitzende die Antidiskriminierungsbeauftragte Ferda Ataman früher war. Ataman wiederum ist die Dame, die sich in ihrer Position unter anderem dafür einsetzt, dass biologische Männer Entschädigungen erhalten sollen, wenn sie von Inhabern eines Frauenfitnessstudios am Eintritt gehindert werden.

Vielleicht ist es wirklich an der Zeit, sich ein Beispiel am argentinischen Präsidenten Javier Milei zu nehmen, seines Zeichens Staatsausmister Nummer eins. Er hat sogar ein Wort für alles, das gestrichen werden kann. In diesem Sinne: Ataman oder Alabali-Radovan – Hauptsache Afuera.

anna.schneider@welt.de

GASTKOMMENTAR

Das Rätsel der andauernden Übersterblichkeit

MATTHIAS VON HERRATH

Die Covid-Pandemie hat uns alle mit dem Thema Übersterblichkeit vertraut gemacht. Liniendiagramme zeigten die Anzahl der Menschen auf, die an Ursachen starben, die über das hinausgingen, was normalerweise zu erwarten wäre. Nach der Pandemie wurden diese Diagramme sorgfältig untersucht, um zu sehen, was wir daraus lernen können. Welche Maßnahmen haben gut funktioniert? Wie hätten wir es besser machen können? Welche Strategien sollten wir beim nächsten Mal anwenden?

Übermäßige Todesfälle während einer weltweiten Pandemie sind nicht unerwartet. Eine kürzlich durchgeführte Studie hat jedoch gezeigt, dass die Zahl der Todesfälle im Westen hoch blieb, nachdem wir die Situation wieder unter Kontrolle hatten. Dies ist ein unerwartetes Ergebnis. Müsste die Zahl der überzähligen Todesfälle nach einer Pandemie nicht zurückgehen? Warum hat die Übersterblichkeit angehalten? Die Wahrheit ist, dass wir noch nicht alle Antworten kennen und dass es viele Faktoren gibt, die eine Rolle spielen könnten.

In der Anfangsphase der Pandemie war die Infektion mit dem schweren akuten respiratorischen Syndrom Coronavirus-2 (Sars-CoV-2-, das ist der Virusstamm, der Covid-19 verursachte) eine der Haupttodesursachen bei älteren Patienten mit vorbestehenden Begleiterkrankungen. Die Spitzen der Todesfallkurven folgten genau den Infektionswellen in der Zeit vor der Impfung beziehungsweise vor der Immunisierung, was darauf hindeutet, dass Covid für die meisten Todesfälle verantwortlich war. Die Diagramme bestätigten auch, dass die Covid-Impfstoffe zumindest in der Zeit vor der Omikron-Variante schwere Erkrankungen verhinderten, insbesondere bei der älteren Bevölkerung. Die Belastung der Sterblichkeit durch die Covid-Pandemie anhand der Zahl der offiziell gemeldeten Covid-bedingten Todesfälle abzuschätzen, ist jedoch eine starke Vereinfachung und entspricht möglicherweise nicht der ganzen Wahrheit. So wurde beispielsweise ein Covid-Todesfall gemeldet, wenn eine Person nach einem positiven Covid-Test starb. In der Regel war es jedoch oft nicht möglich, festzustellen, ob die Person aufgrund der Covid-Infektion oder aufgrund einer anderen Todesursache mit einer zufällig auftretenden Covid-Infektion gestorben ist. Daher haben wir die durch das Virus verursachten *akuten* Todesfälle möglicherweise überschätzt. Das macht die weiterbestehende Übersterblichkeit noch unerklärbarer und sollte uns zu denken geben.

Es ist jedoch möglich, dass Covid auch nach der akuten Phase der Pandemie noch zur Übersterblichkeit beiträgt, da ein weiterer Grund für die anhaltend erhöhte Sterblichkeit die schädlichen Auswirkungen von Long Covid sein könnte. Die geschätzte Prävalenz von Long Covid liegt zwischen 5 Prozent und >10 Prozent (was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass es leider noch keine eindeutige, konsensbasierte Definition für diese komplexe Erkrankung gibt). Sowohl Krankenhausaufenthalte (16,8 Prozent) als auch Sterblichkeit (1,4 Prozent) wurden bei Patienten mit Long Covid gemeldet. Es ist zwar immer noch unklar, wie und warum sich Long Covid entwickelt, aber aktuelle Theorien schließen eine anhaltende Virusreplikation auf niedrigem Niveau, Autoimmun-Syndrome oder sogar Sekundärinfektionen ein, die durch die ursprüngliche Coronainfektion ermöglicht wurden. Long Covid könnte ein enormes, wachsendes Gesundheitsproblem darstellen, da die Dunkelziffer der potenziellen Fälle sehr hoch sein könnte, wenn man bedenkt, dass fast jeder auf unserem Planeten mit dem Virus in Berührung gekommen ist. Daher sollte ein besseres Verständnis und die Lösung dieses Problems im Mittelpunkt der weiteren Forschung stehen. Vielleicht haben wir uns zu sehr auf die Effizienz unserer Maßnahmen zur Verhinderung von Covid verlassen und dabei die Möglichkeit aus dem Auge verloren, dass trotz Impfungen und Lockdowns chronische Verläufe von Covid unsere Gesundheit erheblich beeinträchtigen könnten.

Bis zum 31. Dezember 2023 wurden weltweit 5,47 Milliarden Dosen des Covid-Impfstoffs verabreicht und 57 Prozent der Gesamtbevölkerung waren mit einem Primärimpfstoff geimpft. Obwohl Covid-Impfstoffe einen Nutzen bei der Vorbeugung von Covid-Infektionen und der regionalen Verringerung der Hospitalisierungs- und Sterblichkeitsraten zeigen – vor allem in der Zeit vor der Omikron-Welle – wurden sie auch mit schwereren Nebenwirkungen wie Herzmuskelentzündung und neurologischen Symptomen in Verbindung gebracht. Könnten Komplikationen durch die Covid-Impfung teilweise für die nach der Pandemie gemeldeten zusätzlichen Todesfälle verantwortlich sein? Es ist schwierig, die unerwünschten Wirkungen der Covid-Impfung von denen zu unterscheiden, die mit Long Covid in Verbindung gebracht werden, da die meisten von uns beides hatten: die Impfungen und eine Infektion mit Covid. Außerdem haben wir derzeit nicht genügend Informationen darüber, was das Spike-Protein langfristig bewirken kann. Wir brauchen dringend eine sorgfältige Charakterisierung der Covid-Impfstoffe im Hinblick auf die systemische Disposition, einschließlich der Organe und Gewebe, in denen das Spike-Protein produziert wird. Zudem werden wir von Studien wie „Recover-vital“ lernen, ob Long Covid durch das Virus oder andere, indirekte, Mechanismen verursacht wird.

Die überhöhte Sterblichkeit in diesem Zeitraum umfasst auch andere Todesfälle, die auf die indirekten Auswirkungen der Strategien zurückzuführen sind, die zur Bekämpfung der Virusausbreitung und -infektion eingesetzt wurden. Die Eindämmungsmaßnahmen in Deutschland und weltweit zielten darauf ab, die Menschen vor virusbedingter Erkrankung und dem Tod zu schützen. Doch obwohl die nicht-pharmakologischen Maßnahmen während der Pandemie vielleicht einen begrenzten Erfolg bei der Eindämmung der Virusausbreitung hatten, hatten sie auch negative indirekte Auswirkungen, wie wirtschaftliche Schäden, eingeschränkten Zugang zu Bildung und psychische Probleme, die die Morbidität und Mortalität aus anderen Gründen erhöhten. Der eingeschränkte Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Unterbrechung von Gesundheitsprogrammen führten ebenfalls zu einem weiteren Anstieg der Sterblichkeit. Gefährdete Bevölkerungsgruppen, die eine akute oder komplexe medizinische Behandlung benötigen, konnten nicht vollständig medizinische Leistungen in Anspruch nehmen.

Außerdem gab es zu wenig verfügbares medizinisches Personal, weniger Krankenhausbetten, weniger Vorsorgeuntersuchungen, verzögerte Diagnosen, gestörte Bildgebung, begrenzte Verfügbarkeit von Medikamenten, verschobene Operationen, veränderte Strahlentherapie und eingeschränkte unterstützende Pflege, was die Grunderkrankungen und die Prognose verschlechterte. In 30 Ländern wurde für das Jahr 2020 ein signifikanter Anstieg der Todesfälle durch ischämische Herzkrankheiten, zerebrovaskuläre Erkrankungen und Diabetes gemeldet. Verschiedene Berichte und Studien haben auch gezeigt, dass die Krebsfälle bei jüngeren Erwachsenen zunehmen. Insgesamt tun wir nicht genug, um herauszufinden, warum diese zusätzlichen Todesfälle auftreten. Liegt es an einem Rückgang der globalen Gesundheit und Fitness nach den Lockdowns, als wir uns nicht genug bewegt haben? Oder sind wir aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs zu sehr mit unserer Arbeit beschäftigt, um zum Arzt zu gehen? Oder hält uns unsere Angst vor dem Besuch von Gesundheitseinrichtungen davon ab, abnormale Symptome untersuchen zu lassen?

Zusammenfassend gibt die Tatsache, dass die Sterblichkeitsrate in der westlichen Welt drei Jahre in Folge hoch blieb, Anlass zu ernster Sorge. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass „Regierungsvertreter und politische Entscheidungsträger die Ursachen für die anhaltend hohe Sterblichkeit gründlich untersuchen müssen“. Dem stimme ich zu. Es ist wichtig, dass wir versuchen, dieses Rätsel zu entschlüsseln, denn die Gründe für diese überhöhte Sterblichkeit zu kennen, ist entscheidend für die Bewertung künftiger gesundheitspolitischer Maßnahmen und das Leben vieler unserer Mitbürger.

■ Matthias von Herrath ist Professor und Direktor des Diabetesforschungszentrums am La Jolla Institut für Immunologie in Kalifornien und Vizepräsident des Pharma-Unternehmens Novo Nordisk. Er forscht seit 30 Jahren auf dem Gebiet von Autoimmunerkrankungen und Virusinfektionen. Er ist nicht an der Entwicklung von Covid-Impfstoffen oder Covid-Medikamenten beteiligt.

Die Neandertaler lebten am Ende zu abgeschieden

Isolation könnte zu Problemen geführt haben

Eine entscheidende Rolle beim Aussterben der Neandertaler könnte deren gesellschaftliche Organisation in kleinen, isolierten Gruppen gespielt haben. Zu diesem Schluss kommt ein Forschungsteam auf der Basis genetischer Vergleiche des Erbguts von Neandertalern, die vor rund 40.000 bis 50.000 Jahren lebten.

VON STEFAN PARSCH

Ausgangspunkt der aktuellen Studie war ein Neandertalerskelett, das 2015 in der Grotte Mandrin im Rhônetal in Südfrankreich entdeckt worden war. Die Gruppe um Ludovic Slimak von der Universität in Toulouse und Martin Sikora von der Universität in Kopenhagen veröffentlichte ihre Erkenntnisse im Fachjournal „Cell Genomics“.

Die Überreste des männlichen Neandertalers, den die Forscher „Thorin“ nennen, lagen in der Grotte in zwei Schichten. Ausgrabungen vom Sommer 2023 lassen annehmen, dass sie eher in die obere Schicht gehören, „Thorin“ also eher vor 42.000 als vor 50.000 Jahren lebte – und er somit „einer der allerletzten Neandertaler in dieser Region war“, heißt es in der Studie. Den Wissenschaftlern gelang es, aus der Wurzel eines Backenzahns von „Thorin“ sein Erbgut für genetische Analysen zu gewinnen. Sie verglichen es mit den Genomen von vier Neandertalern, die vor nicht mehr als 50.000 Jahren lebten, sowie mit älterem Neandertaler-Erbgut. Am ähnlichsten ist „Thorins“ Erbgut dem eines Neandertalers, dessen Skelettreste in Gibraltar gefunden wurden, aber er gehört nicht der Linie der vier anderen „jüngeren“ Neandertaler an.

Frühere Analysen zeigten, dass sich vor etwa 105.000 Jahren die Abstammungslinien von Neandertalern in Sibirien und anderen östlichen Regionen von denen in Mittel- und Westeuropa getrennt haben. Slimak, Sikora und ihr Team stellten fest, dass sich Thorins Erbgut seit dieser Zeit kaum verändert hat; es weist wenig genetische Vielfalt auf. Bei Thorin sind Genvarianten, die er von Mutter und Vater erbte, sehr häufig gleich. Dies gilt als Hinweis auf kleine Gruppen und Inzucht. „Wir wissen, dass Inzucht die genetische Vielfalt in einer Population verringert, was sich auf längere Sicht nachteilig auf ihre Überlebensfähigkeit auswirken kann“, erläutert Sikora. Dies seien Hinweise darauf, dass die späten Neandertaler in isolierten Gruppen lebten, die weder mit anderen Neandertalern noch mit den modernen Menschen Partnerschaften eingingen, schreiben die Forscher. Moderne Menschen waren hingegen stärker vernetzt und tauschten sich aus, selbst wenn sie in kleineren Gruppen lebten. „Wir sehen Beweise dafür, dass frühe moderne Menschen in Sibirien, während sie in kleinen Gemeinschaften lebten, sogenannte Paarungsnetzwerke bildeten, um Inzuchtproblemen zu entgehen, was wir bei Neandertalern nicht gesehen haben“, meint Tharsika Vimala, eine Co-Autorin der Studie.

> INZUCHT VERRINGERT DIE GENETISCHE VIELFALT
>
> **MARTIN SIKORA**
> Universität Kopenhagen

Der Neandertaler (*Homo neanderthalensis*) ist eine Menschenart, die in Europa und Asien parallel zum modernen Menschen (*Homo sapiens*) gelebt hat und vor etwa 40.000 Jahren ausgestorben ist. Genetische Studien ergaben, dass es mehrfach durch gemeinsame Nachkommen zu einem Genaustausch zwischen beiden Menschenarten gekommen sein muss. In Südfrankreich war dies offenbar nicht der Fall, obwohl in der Grotte Mandrin auch 54.000 Jahre alte Spuren von *Homo sapiens* nachzuweisen sind. Womöglich hat es sogar mehrere Wechsel der Nutzung der Grotte durch Neandertaler und moderne Menschen gegeben. Aber im Genom von Thorin deutet nichts darauf hin, dass unter seinen Vorfahren moderne Menschen waren. dpa

HAYDEN PARSONS/ FOREST AND BIRD/ D

Schrill und selten

Einer der seltensten Pinguine der Welt ist in Neuseeland zum Vogel des Jahres gekürt worden, wie die Naturschutzorganisation Forest and Bird mitteilte. Sie führt die Abstimmung jedes Jahr durch, um auf die Bedrohungen ikonischer Vogelarten des Pazifikstaates aufmerksam zu machen, weltweit nahmen mehr als 52.400 Menschen daran teil. Der Gelbaugenpinguin (Bild), in seiner Heimat Hoiho genannt, gilt als stark gefährdet. Nur noch etwa 160 Paare leben im Osten der neuseeländischen Südinsel, ansonsten ist die Art auf der Stewart-Insel sowie den subantarktischen Auckland- und Campbell-Inseln zu finden. Die Tiere, die zwischen 60 und 80 Zentimeter groß werden und schrill schreien können, leiden unter Viruskrankheiten oder werden von Hunden angegriffen; Frettchen und andere eingeführte Raubtiere fressen die Küken.

Die elektronische Patientenakte kommt

Sie soll Daten, Dokumente und Diagnosen ab kommendem Jahr bündeln und viele Arztbesuche einfacher machen. Wie das Verfahren funktioniert und was man dabei beachten muss

Die elektronische Patientenakte (ePA) läutet das Ende eines Flickenteppichs ein, in dem manche Daten beim Hausarzt liegen, manche bei dessen Urlaubsvertretung, bei verschiedenen Fachärzten oder ältere Daten bereits verloren sind und der Patient nichts davon eigenverantwortlich einsehen kann. Die Nutzung einer elektronischen Patientenakte ist aber freiwillig. Sollten Sie sich dafür entscheiden, haben Sie diverse Vorteile. Sogar im Urlaub hätten Sie Zugriff darauf, falls Sie ärztliche Hilfe benötigen sollten.

VON GERLINDE FELIX

Entwickelt hat sie die Gematik GmbH, die Nationale Agentur für Medizin, im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums. Das Ziel: Die medizinische Versorgung in Deutschland mit digitalen Anwendungen zu verbessern. Auch das Gesundheitssystem profitiert von der ePA. So hat Jens Baas, der Chef der Techniker Krankenkasse (TK), das Einsparpotenzial im deutschen Gesundheitswesen durch Digitalisierung mit bis zu 30 Milliarden Euro beziffert.

WANN GEHT ES LOS MIT DER ELEKTRONISCHEN AKTE?

Nach aktuellem Stand sollen ab dem 15. Januar 2025 gesetzlich Versicherte in den vier ausgewählten Modellregionen Hamburg, Mittel-, Ober- und Unterfranken ihre ePA automatisch erhalten. Die elektronische Patientenakte wird ohne ausdrückliches Einverständnis eingerichtet, sofern der Versicherte nicht widerspricht. Jeder wird vorab informiert. Mitte Februar 2025 ist das restliche Bundesgebiet dran. Auch Kinder und Jugendliche erhalten eine ePA, die die sorgeberechtigten gesetzlich versicherten Eltern für sie bis zu ihrem 16. Lebensjahr verwalten. Wohlgemerkt hat die Krankenkasse keinen Zugriff auf die Daten in der elektronischen Patientenakte. Sie kann auch nicht darin lesen. Einige private Krankenversicherer haben ebenfalls begonnen, die ePA einzuführen.

WELCHE VORTEILE ERGEBEN SICH DADURCH?

Krankenhäuser, (Zahn-)Arztpraxen, Apotheken und andere Gesundheitseinrichtungen befüllen Ihre ePA automatisch mit den erforderlichen Gesundheitsdaten. In der ePA sind alle persönliche Informationen rund um die Gesundheit an einem Ort gespeichert. Dies erleichtert den Austausch von medizinischen Dokumenten zwischen Patienten, Kliniken, (Zahn-)Arztpraxen und Apotheken. Ihre Behandlungshistorie ist bei Bedarf besser nachvollziehbar. Beispielsweise bei in einem Notfall in In- und Ausland, aber auch, wenn der Hausarzt Sie an einen Facharzt oder ins Krankenhaus überweist, Sie eine Zweitmeinung einholen oder den (Zahn-)Arzt wechseln wollen. Der behandelnde Arzt kann sich mittels ePA sofort einen Überblick verschaffen. Unnötige Doppeluntersuchungen können vermieden werden. Und, in der Apotheke sieht der Apotheker, ob ein verschriebenes Medikament ungünstige Wechselwirkungen mit bereits bestehender Medikation haben könnte oder Allergien zu berücksichtigen sind. Ein Beispiel, das die Relevanz der ePA verdeutlicht: Die Versorgungssituation nach einem ersten Bruch im Osteoporose-Alter ist in Deutschland noch dürftig. „Eigentlich müsste der Fokus nach einer ersten Spontanfraktur die Prävention weiterer Frakturen sein“, sagt Osteologe Uwe Maus vom Universitätsklinikum Düsseldorf. Wenn ein älterer Patient oder eine Patientin wegen einer Fraktur ins Krankenhaus kommt, wird diese Verletzung zwar dort gut versorgt. Aber es ist nicht vorgesehen, dann im Krankenhaus eine Knochendichtemessung vorzunehmen, um das Osteoporoserisiko abzuschätzen und auch die Kommunikation mit dem Hausarzt findet häufig nicht statt. Eine elektronische Patientenakte könnte diese Kommunikation verbessern und so eine rasche medikamentöse Behandlung ermöglichen, um einem weiteren Knochenbruch vorzubeugen.

WER KANN DIE DATEN SEHEN UND WIE LANGE?

Das bestimmen Sie allein. Sie erteilen die Zugriffsrechte, gegebenenfalls auch nur für bestimmte Dokumentenkategorien oder ausgewählte Dokumente; sie können sie widerrufen, verlängern oder verkürzen. Sie können jederzeit Inhalte einsehen, einfügen, löschen oder verbergen. Außerdem können Sie bestimmen, ob für Sie problematische Informationen wie psychische Erkrankungen oder ein Schwangerschaftsabbruch in der ePA stehen. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Unterlagen mit unterschiedlichen Vertraulichkeitsstufen zu versehen. Wer grundsätzlich einen Blick in eine ePA erhalten darf, ist gesetzlich geregelt: Nur Personen mit einem sogenannten elektronischen Heilberufsausweis. Den haben (Zahn-)Ärzte, Apotheken und Psychotherapeuten, aber auch Pflegepersonal, Hebammen, Physiotherapeuten oder Diätassistentinnen.

WAS MUSS ICH MACHEN, WENN ICH DIE EPA NICHT HABEN WILL?

Jeder gesetzlich Versicherte hat die sogenannte Opt-out-Option. Er kann also innerhalb von sechs Wochen nachdem die Krankenkasse ihn über die bevorstehende Einrichtung der ePA informiert hat, Widerspruch einlegen. Dann wird keine ePA für ihn angelegt.

WIE GEHT ES WEITER, WENN ICH DIE EPA HABEN MÖCHTE?

Die diversen gesetzlichen Krankenkassen müssen ihren Versicherten eine App für die elektronische Patientenakte anbieten. Es gibt auch eine App-Version für den PC oder Laptop, die denselben Funktionsumfang wie die App für mobile Geräte hat. Mit der App können Sie Dokumente hoch- oder herunterladen, anzeigen, verbergen und löschen, Widersprüche erteilen oder Vertreter ernennen. Ebenso können Sie Zugriffsberechtigungen und Zugriffsdauer von Ärzten, Apothekern oder Ähnliches festlegen. Eine Datenmitnahme bei Krankenkassenwechsel ist möglich. Um mit der ePA arbeiten zu können, brauchen Sie Ihre elektronische Gesundheitskarte und die dazugehörige persönliche Geheimzahl von Ihrer Krankenkasse. Aufgepasst: Ohne App können Sie keine Daten einsehen, hochladen oder verwalten. Widersprüche sind aber über den Ombudsmann möglich.

WER KANN AUF DIE EPA ZUGREIFEN?

Wenn Ihre Gesundheitskarte in der Arztpraxis eingelesen wird, erteilen Sie dem Arzt und Krankenhaus ganz automatisch für 90 Tage den behandlungsbezogenen Zugriff auf Ihre ePA. Jede medizinische Einrichtung muss jedoch protokollieren, wer wann auf welche Daten Ihrer ePA zugegriffen hat; Apotheken haben drei Tage Zugriff. Sie können aber über Ihre App oder den Ombudsmann bei Ihrer GKV diese Zugriffsdauer verkürzen oder einzelne Ärzte ausschließen. Und Sie können eine jederzeit beendbare Vertretung für sich bestimmen.

WAS WIRD IN DER EPA GESPEICHERT?

Sie entscheiden. Es handelt sich um persönliche Informationen rund um Ihre Gesundheit; Arztberichte, Laborwerte, Befunde. Mutterpass, Impfpass, Zahnbonus-Heft, dieelektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung sowie bei Kindern das U-Heft. Dann der Medikamentenplan. Das ist sehr wichtig, weil es zu problematischen Wechselwirkungen zwischen manchen Medikamenten kommen kann, beispielsweise bei der Einnahme des Schmerzmittels Metamizol. Wichtige Notfalldaten wie eine erhöhte Blutungsneigung, eine Penicillinallergie oder die Blutgruppe, die Ärzte benötigen, um Sie bei einem Notfall richtig zu versorgen, dürfen ebenfalls nicht fehlen.

Weiterhin ist es möglich, Blutdrucktagebücher, die Daten eines SleepAnalayzer oder einer Smartwatch zu speichern. Und was ist mit noch in Papierform vorliegenden Dokumente? Einfach Einscannen oder mit dem Handy abfotografieren und anschließend in die App hochladen. Es ist sogar möglich, Informationen zum Aufbewahrungsort der Vorsorgevollmacht, der Patientenverfügung oder des Organspendeausweises in der ePA zu hinterlegen.

IST EINE FREIWILLIGE DATENSPENDE SINNVOLL?

Es geht um neue Forschungsanstrengungen, die die Gesundheitsversorgung hierzulande verbessern sollen. Die Daten werden automatisch ausgewählt und sind pseudonymisiert. „Eine echte Anonymisierung ist bei so großen Datensätzen zumeist nicht möglich“, sagt Louisa Specht-Riemenschneider, Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Von etwaigen Forschungsergebnissen können auch Sie profitieren.

Ein Beispiel: „Daten aus dem nationalen dänischen Patientenregister zeigen, dass die Kombination aus Patientendaten und Künstlicher Intelligenz (KI) über Text Mining es erstmals ermöglicht, neue Risikofaktoren, aber auch frühe Symptome zu identifizieren, die auf einen Bauchspeicheldrüsenkrebs hinweisen“, sagt der Krebsexperte und Gastroenterologe Thomas Seufferlein, Direktor der Klinik I an der Universitätsklinik Ulm. „So konnte eine Subgruppe von Patienten aus dem Register in ‚real time‘ beschrieben werden, die ein etwa zehnprozentiges Risiko hat, innerhalb eines Jahres die Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs zu bekommen.“ In einer solchen Hochrisiko-Patientengruppe wäre dann der Einsatz aufwändigerer Diagnostikverfahren, darunter CT- oder MRT-Bildgebung, sinnvoll und so der Krebs frühzeitig erkennbar. Das kann die Langzeitüberlebenschancen erhöhen. Daten aus der elektronischen Patientenakte können als Futter für die KI dazu beitragen, weitere Erkenntnisse dieser Art zu machen.

WIE SICHER SIND DIE PERSÖNLICHEN DATEN?

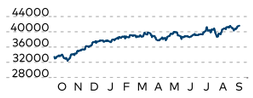
Die Daten unterliegen europäischem Datenschutz, das heißt, sie werden in der ePA so verschlüsselt, dass ausschließlich der Versicherte selbst und von ihm Berechtigte die Nachricht entschlüsseln können. Gespeichert werden sollen die Daten zentral auf Servern in Deutschland. Der Zugriff auf die ePA erfolgt über ein Netzwerk, das alle Anbieter im Gesundheitswesen miteinander verbindet. „Das Netzwerk ist geschlossen und sicher. Wir haben aktuell keine Hinweise darauf, dass die Datensicherheit konkret gefährdet ist“, sagt Datenschutzbauftragte Specht-Riemenschneider. „Aber Hacker besitzen ja vielleicht auch Möglichkeiten, die wir noch nicht kennen.“

Die Frage steht im Raum, ob ein Datenklau über gehackte Handys möglich sein könnte. „Deshalb ist es wichtig, ein Smartphone mit aktuellem Sicherheitsstandard zu nutzen“, so die Professorin für Recht. Falls ein Smartphone bereits gehackt wäre, gäbe es Methoden, Kompromittierungen zu erkennen und dann den Start der ePA-Anwendung zu verhindern. „Allerdings sind sie auch nicht unfehlbar.“ Die Bundesbeauftragte rät deshalb Versicherten dazu, sich Zeit zu nehmen und in Ruhe zu entscheiden, ob Sie die ePA und alle Funktionen nutzen möchten.

BÖRSEN-WELT:

DAX 18613,67

Dow Jones 41608,31



Euro in $ 1,1134

Gold $ / Feinunze 2583,21

Rohöl $ / Barrel 72,91

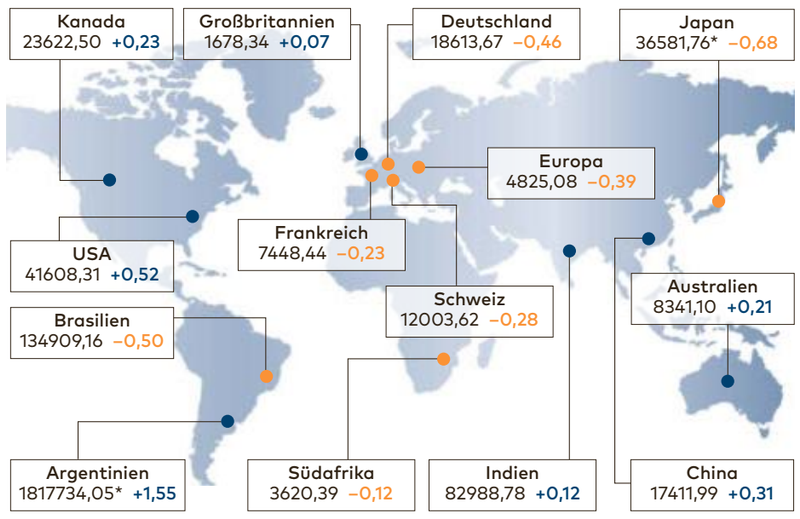
Bund-Future 134,78

DAX

16.09. (15:40 Uhr)	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGV 2024
Adidas NA	219,80	+0,6	154,6		242,0	39,56	0,70	0,32	77,12
Airbus	130,24	–0,2	120,2		172,8	103,19	2,80	2,15	19,73
Allianz vNA	286,40	–0,1	215,8		287,2	112,19	13,80	4,82	11,64
BASF NA	43,45	–0,4	40,18		54,93	38,78	3,40	7,83	14,73
Bayer NA	26,61	–1,4	24,96		49,25	26,14	0,11	0,41	10,43
Beiersdorf	126,30	–0,4	118,0		147,8	31,32	1,00	0,79	28,70
BMW St.	72,86	–0,6	68,58		115,4	42,24	6,00	8,23	4,36
Brenntag NA	63,94	–1,4	62,24		87,12	9,23	2,10	3,28	12,66
Commerzbank	15,56	–0,4	9,46		15,83	18,43	0,35	2,25	7,78
Continental	53,24	–0,7	51,02		78,40	10,65	2,20	4,13	6,57
Covestro	55,74	–1,1	44,57		56,90	10,53	–	–	69,68
Daimler Truck	31,02	–0,2	27,97		47,64	25,53	1,90	6,13	6,67
Dt. Bank NA	14,49	–1,0	9,44		17,01	28,90	0,45	3,11	6,59
Dt. Börse NA	208,60	–0,1	152,6		210,0	39,63	3,80	1,82	20,45
Dt. Post NA	39,62	–0,5	35,82		47,03	47,54	1,85	4,67	12,38
Dt. Telekom	26,84	+0,1	19,52		26,89	133,84	0,77	2,87	15,79
E.ON NA	13,58	+0,3	10,43		13,73	35,86	0,53	3,90	12,34
Fresenius	34,02	–1,4	23,93		35,03	15,58	–	–	13,08
Hann. Rück NA	253,90	–0,3	196,3		261,2	30,62	7,20	2,84	13,99
Heidelb. Mat.	93,22	+0,2	65,24		103,6	16,97	3,00	3,22	8,36

	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGV 2024
Henkel Vz.	80,02	–0,4	65,88		85,74	14,26	1,85	2,31	18,83
Infineon NA	29,17	–2,2	27,07		39,35	38,09	0,35	1,20	15,35
Mercedes-Benz	56,35	–0,7	54,89		77,45	60,29	5,30	9,41	4,70
Merck	166,60	–1,0	134,3		177,0	21,53	2,20	1,32	24,68
MTU Aero	277,50	–0,6	158,2		279,9	14,94	2,00	0,72	23,72
Münch. R. vNA	482,30	–0,7	361,8		498,7	64,51	15,00	3,11	12,45
Porsche AG Vz.	67,38	+0,4	64,32		97,58	30,69	2,31	3,43	12,48
Porsche Vz.	39,61	–0,5	37,47		52,32	6,07	2,56	6,46	2,28
Qiagen	41,56	+0,1	33,75		43,40	9,48	–	–	23,75
Rheinmetall	518,40	–0,5	226,5		571,8	22,58	5,70	1,10	25,29
RWE St.	32,81	–0,6	30,08		42,33	24,41	1,00	3,05	11,31
SAP	200,15	–0,2	120,3		203,7	245,89	2,20	1,10	58,01
Sartorius Vz.	241,00	–2,2	199,5		383,7	9,02	0,74	0,31	61,79
Siem.Energy	28,79	–1,4	6,40		29,24	23,01	–	–	25,03
Siem.Health.	49,40	–0,8	44,58		58,14	55,72	0,95	1,92	26,00
Siemens NA	162,86	–0,7	119,5		188,9	130,29	4,70	2,89	15,74
Symrise	121,20	0,0	87,38		122,2	16,94	1,10	0,91	37,29
Vonovia NA	33,27	–0,4	19,66		33,66	27,38	0,90	2,71	–
VW Vz.	91,34	–1,1	87,72		128,6	18,83	9,06	9,92	2,92
Zalando	23,75	+0,8	15,95		27,65	6,26	–	–	31,67

INDIZES



Stand: 16.9., 15:40 Uhr Veränderungen sind zum Vortag und in Prozent.
* = Preis vom Vortag oder letzt verfügbar. Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle Infront

Volkswagen präsentiert den Bulli für den Übergang

Der Konzern stellt die siebte Version des Transporters vor. Es soll der letzte mit Verbrennungsmotor sein

Eine Ähnlichkeit mit den Vorgängern ist nicht zu übersehen. Volkswagen hat auf der Messe IAA Transportation in Hannover einen neuen „Bulli“ vorgestellt, die Version Nummer sieben. Zumindest äußerlich ist das sofort klar, der Wagen trägt unverkennbar die Züge einiger seiner Vorgänger. Dabei steckt unter der Haube des „New Transporter“ bei Weitem nicht nur Technik aus Deutschland. Im Gegenteil: Das Auto ist in Kooperation mit Ford entstanden, es ist eine Schwester des Ford Transit und wird im Werk des US-Herstellers in der Türkei gebaut. Ab Anfang 2025 gibt es den neuen Transporter in Deutschland zu kaufen.

VON DANIEL ZWICK

Bemerkenswert beim Bulli ist das Angebot an Antriebsvarianten. Anders als den rein elektrischen ID.Buzz oder dem Multivan, den es nur mit Verbrennungsmotor gibt, bietet Volkswagens Nutzfahrzeugsparte den Transporter als Verbrenner, Hybrid und rein elektrisch an. Der Wagen ist als Nutzfahrzeug gedacht, mit allerlei unterschiedlichen Aufbauten, für Handwerker beispielsweise oder Lieferdienste.

Aus dem früheren Bulli sind damit drei verschiedene Produkte geworden, jeweils mit unterschiedlicher Technologie und Anwendungsfeldern. Den Multivan bietet VW vor allem für den Personentransport und als Großraumtaxi an, den ID.Buzz eher für Privatkunden. Wobei es von beiden auch Camping- und Transportervarianten gibt.

VW geht mit diesen drei Fahrzeugen in die Übergangszeit vom Verbrenner zum Elektroauto, nach derzeitigem Stand in Europa bis 2035. Klar ist schon heute, dass ab Ende des Jahrzehnts neue Modelle auf den Markt kommen sollen, die dann rein elektrisch sein werden. Für sie arbeitet VW-Nutzfahrzeuge an einer neuen technologischen Plattform namens Space, die auf der gemeinsamen Technologie des VW-Konzerns aufbauen soll. Der Plan: Während die Space-Fahrzeuge nach und nach auf den Markt kommen, sollen die Verbrenner langsam verschwinden. Zehn Jahre sind eine übliche Lebensdauer für eine Nutzfahrzeug-Generation, der Transporter würde es also genau bis zum von der EU beschlossenen Verbrennerausstieg schaffen.

Die Konkurrenz bei elektrischen Transportern wird absehbar groß. Auf der Nutzfahrzeug-Messe IAA Transportation stellen nicht nur die üblichen VW-Konkurrenten wie Stellantis (mit Marken wie Peugeot, Fiat, Opel) oder Renault ihre elektrisch betriebenen Lieferwagen aus, sondern auch Toyota, Kia und einige chinesische Anbieter. Anders als bei den schweren Lkw ist für die leichteren Transporter der Aufbau des Ladenetzes kein großes Problem. Ein ID.Buzz von VW kann wie ein Pkw an einer öffentlichen Ladesäule oder im Depot geladen werden. Für Lieferfahren im Innenstadtbereich brauchen die Wagen auch keine übermäßig großen Reichweiten.

Der elektrische Bulli, einst ein Herzensprojekt von VW-Chef Herbert Diess, hat sich bisher eher schleppend verkauft, was man bei der Nutzfahrzeug-Tochter des Konzerns in Hannover mit dem „Hochlauf“ der Produktion erklärt. In diesem Herbst startet nun der Verkauf des ID.Buzz in den USA, wo er in einer längeren Version mit zwei Sitzreihen hinten angeboten wird. Außerdem hat VW die Zahl der Varianten deutlich erweitert, unter anderem mit einer Einstiegsvariante als reine Cargo-Version ab 42.710 Euro und einer GTX-Version, die deutlich teurer sein wird. In Hannover hofft man, auch von der neuen Dienstwagen-Förderung der Bundesregierung für Elektroautos zu profitieren. Die Regierung will nicht nur die Abschreibungsmöglichkeiten für Flottenbetreiber erweitern, sondern hat auch beschlossen, die Listenpreis-Grenze für die Dienstwagen-Förderung auf 95.000 Euro anzuheben. In diesem Bereich kommt ein gut ausgestatteter ID.Buzz durchaus auch.

So wie die Mutter-Marke Volkswagen muss auch die kleinere Nutzfahrzeug-Schwester in Hannover derzeit hart sparen. Im Sommer wurden die Verträge von mehr als 1000 Leiharbeitern in Hannover beendet, die Zahl der Schichten im Werk wurde auf zwei reduziert. Derzeit werden in der Fabrik der Multivan und der ID.Buzz montiert, mehr Modelle dürften es auf absehbare Zeit nicht werden. Die Verhandlungen des Unternehmens mit der Gewerkschaft IG Metall über einen neuen Haustarifvertrag betreffen auch das Bulli-Werk in Hannover. Auch hier ist die Beschäftigungsgarantie aufgekündigt und theoretisch gilt die Drohung einer Werkschließung auch für Hannover. In der Realität wird Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) es aber wohl kaum zulassen, dass ausgerechnet die VW-Fabrik in der Landeshauptstadt geschlossen wird.Neben dem Sparkurs stellt der Vorstandschef der VW-Nutzfahrzeug-Sparte, Carsten Intra, für die Zukunft auch neues Wachstum in Aussicht. Und zwar vor allem in den USA. Künftig soll es dort nicht nur den ID-.Buzz zu kaufen geben, sondern die gesamte Produktpalette von VW Nutzfahrzeuge. Aber erst, wenn die Fahrzeuge auf der neuen Space-Elektroplattform auf den Markt kommen.

ANZEIGE

PICTURE ALLIANCE / PANAMA PICTURES/DWI ANORAGANINGRUM

Autos in der Fertigung im BMW Group Werk München

Die Rückkehr der KURZARBEIT

Die Zahlen steigen, vor allem in der Industrie. Auch für den Staat wird das zum Problem

Die Zahlen wecken ungute Erinnerungen an die schwersten Einbrüche, die der Arbeitsmarkt in Deutschland seit rund fünfzehn Jahren erlebte. Die Corona-Pandemie ausgenommen, war der Jahresschnitt der Beschäftigten in Kurzarbeit zuletzt im Jahr 2010 annähernd so hoch wie aktuell prognostiziert. Damals erschütterten die Auswirkungen der globalen Finanzkrise die Wirtschaft.

VON JAN KLAUTH

Entsprechend alarmierend sind die Daten, mit denen die Bundesagentur für Arbeit (BA) für das laufende Jahr rechnet: Die Nürnberger Behörde beziffert den Jahresdurchschnittswert für die Anzahl der Kurzarbeiter mit 512.665. Im Vergleich zum Vorjahr (240.846) ist das mehr als eine Verdopplung.

Gerade in der deutschen Industrie ist die Kurzarbeit leicht gestiegen und dürfte auch weiter zunehmen, sagt Sebastian Link, Ökonom am Ifo-Institut. Der aktuellen Ifo-Unternehmensumfrage zufolge fuhren im August 14,3 Prozent der teilnehmenden Firmen in der Industrie Kurzarbeit, nach 12,5 Prozent im Mai. Für die kommenden drei Monate erwarten das 23 Prozent.

Der Anstieg ist angesichts der schlechten Wirtschaftslage in der Industrie vergleichsweise gering, sagt Link. „Dies ist allerdings kein positives Zeichen. Vielmehr verdeutlicht es, dass viele betroffene Unternehmen die Krise als sehr schwerwiegend ansehen“, so das Fazit des Forschers. „Deshalb scheinen sie trotz Arbeitskräfteknappheit eher Beschäftigung abzubauen oder Standorte zu verlagern, statt diese mithilfe von Kurzarbeit zu überbrücken.“

Konkret melden in der Ifo-Umfrage 29 Prozent der Möbelhersteller Kurzarbeit, gefolgt von der Metallerzeugung mit 28 Prozent, den Herstellern elektrischer Ausrüstungen mit 23 Prozent sowie dem Maschinenbau und der Autobranche mit jeweils knapp 20 Prozent. In der Metall- und Elektroindustrie (M&E) startet nun die aktuelle Tarifrunde. IG-Metall-Chefin Christiane Benner fordert sieben Prozent mehr Lohn sowie 170 Euro mehr Ausbildungsentgelt.

Über die Bundesländer hinweg haben die Arbeitgeber die Forderung bereits zurückgewiesen. Der Anstieg der Kurzarbeit bringt nun neues Konfliktpotenzial in die Tarifrunde. „Die bayerische M&E-Industrie befindet sich nicht nur in einer Rezession, sondern auch in einer veritablen strukturellen Krise“, sagt Bertram Brossardt, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (vbm). Man beobachte „ein Anziehen der Kurzarbeit“ und erwarte einen weiteren Anstieg in den kommenden Monaten.

„Wir sehen dies in der täglichen Beratungspraxis, hier nehmen die Anfragen unserer Mitglieder bezüglich Kurzarbeit zu“, so Brossardt. „Es zeigt sich auch an den steigenden Anträgen auf Abkürzung der tariflichen Ankündigungsfrist und in den Statistiken.“ Laut Ifo-Konjunkturumfrage vom August berichtete zuletzt ein knappes Fünftel der M&E-Unternehmen in Bayern, dass sie Kurzarbeit eingeführt haben; drei von zehn Betrieben planen es für die kommenden Monate.

Von einem „selten erlebten Kosten- und Wettbewerbsdruck“ spricht Arndt G. Kirchhoff, Präsident des Verbands der M&E-Industrie Nordrhein-Westfalen. Die Unternehmen stellten sich seit einiger Zeit die Frage, ob Investitionen hier am Standort noch darstellbar seien. Das Produktivitätswachstum als Maßstab für Lohnerhöhungen sei in den vergangenen Jahren nahezu zum Erliegen gekommen. „Unsere Industrie befindet sich insgesamt in einer sehr kritischen Ecke. Sieben Prozent mehr Entgelt für die Beschäftigten sind da völlig unrealistisch.“

Auch Oliver Barta, Geschäftsführer von Südwestmetall, berichtet von einer wachsenden Zahl an Unternehmen, die im Autobauer-Mekka Baden-Württemberg seit Herbst 2023 Kurzarbeit anmelden; der Beratungsbedarf in den Mitgliedsunternehmen steige stark. „Offenbar stoßen die Firmen nach eineinhalb Jahren konjunktureller Talfahrt an Grenzen, die sinkende Auslastung mit tariflichen Instrumenten wie Arbeitszeitkonten oder anderen Mitteln wie dem Abbau von Zeitarbeit und Befristungen zu begegnen“, so Barta. Die Kurzarbeit dürfte noch „deutlich anziehen“ – denn Anzeichen für eine schnelle Erholung gebe es keine.

Auch für den Staat wird die abermals steigende Kurzarbeit zum Problem. Zwar hilft das Instrument, Entlassungen im großen Stil zu vermeiden. Es hat aber seinen Preis, wie sich eindringlich während der Corona-Jahre 2020 und 20021 zeigte. Die Zahl der Kurarbeiter erreichte damals mit zeitweise mehr als sechs Millionen ihren vorläufigen Höhepunkt. Arbeitsminister Heil ging – noch in der Vorgänger-Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel – in der Rolle des politischen Retters in Krisenzeiten auf.

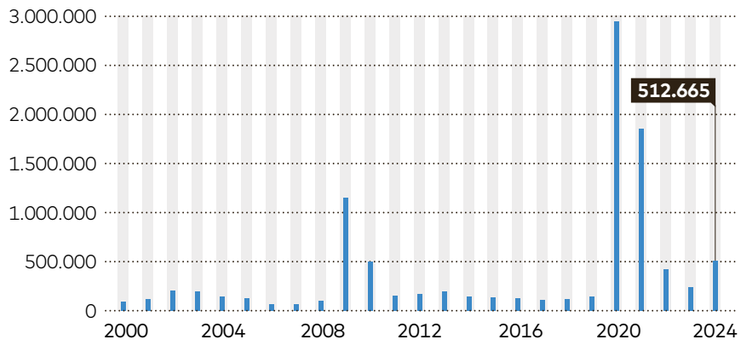
Während der Pandemie vereinfachte er den Zugang zum Kurzarbeitergeld und verlängerte den Ausnahmezustand auf dem kurzen Dienstweg mehrfach. Das war mit fast 50 Milliarden Euro zwar extrem teuer, aber effizient: Ökonomen attestierten Heil, den Arbeitsmarkt vor der großen Katastrophe bewahrt zu haben – worauf der SPD-Mann auch häufig hinweist.

Ist das Kurzarbeitergeld für die Massen nun auch eine Lösung? Zweifel sind angebracht, schließlich ist die Ausgangslage eine andere, wie 2020, als die Weltmärkte kollabierten. Dazu kommt: Die Kassenlage sieht nicht gut aus.

Um das Kurzarbeitergeld zu stemmen, wurden während der Pandemie die üppigen Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurate gezogen sowie Bundeszuschüsse gewährt. Jetzt aber ist die Behörde weit hinter dem zurück, was sie eigentlich ansparen soll. Die Jobcenter haben deshalb bereits Alarm geschlagen: Der Haushalt schreibe den Ansatz der Vorjahre fest – obwohl sich die konjunkturelle Schwäche negativ auf den Arbeitsmarkt auswirkt und die Jobcenter durch die Flüchtlingsaufnahme stärker belastet werden, finanziell und personell. Das wiederum könnte die Vermittlung von Bürgergeldbeziehern erschweren. Sie könnten nicht mehr adäquat betreut und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Niveau von 2010 wieder erreicht

Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland (Jahresdurchschnittswerte)



Quelle : Bundesagentur für Arbeit WELT

Die besten Alternativen zur Immobilie in München

Augsburg und Ingolstadt sind für Pendler interessant

Der Schlüssel zu hohen Preisen auf dem Wohnungsmarkt in bayerischen Städten liegt an den Bahnhöfen. Laut Stephan Kippes, Geschäftsführer des IVD-Instituts, einer Marktforschungs-Einrichtung für Immobilien-Themen, lohnt sich der Blick auf eine Navigationsapp. „In den Kaufgesprächen hören wir, dass die Pendelzeiten nach München für Interessenten eine große Rolle spielen“, sagt Kippes. Das mache einige Städte besonders beliebt und lasse dort die Preise wieder leicht steigen. In vielen anderen Orten im Freistaat ist das noch nicht der Fall.

VON LUKAS HOMRICH

Innerhalb eines Jahres sanken die Angebotspreise für Wohnungen in Bayern laut Daten des Immobilienportals Immowelt (gehört wie WELT zur Axel Springer SE) durchschnittlich um fast ein Prozent. In einigen wenigen Städten in Bayern ging es jedoch mit den aufgerufenen Preisen wieder hoch. Augsburg ist vorn mit dabei: Im vergangenen Jahr stiegen hier die Angebotspreise um 2,5 Prozent. Ingolstadt folgt mit einem Preisanstieg bei Wohnungen von fast zwei Prozent in einem Jahr. Die bayerische Landeshauptstadt selbst ist für ihre hohen Preise bekannt: Hier werden für Wohnungen laut Immowelt durchschnittlich über 8000 Euro pro Quadratmeter verlangt. Kein Wunder. Denn München ist Standort großer Arbeitgeber: Dort sitzen acht Dax-Konzerne, Mittelständler, Automobilkonzerne und ein großer Teil der Landesverwaltung. Nebenbei ziehen die dortigen Hochschulen tausende Studenten an. Obwohl die Preise bereits so hoch sind, legten die aufgerufenen Preise auf Immowelt seit einem Jahr um 0,6 Prozent zu. Das liegt auch daran, dass die Zahl der angebotenen Wohnimmobilien um sechs Prozent sank. Doch welche Preise verlangt werden, ist nur die eine Seite der Medaille. Denn derzeit passen die Vorstellungen von potenziellen Käufern und Verkäufern oft nicht zusammen. Die tatsächlichen Kaufpreise sanken laut dem neuesten Marktbericht des IVD-Instituts um 0,5 bis 0,7 Prozent. Für viele Interessenten bleibt München trotzdem weiter zu teuer.

GETTY IMAGES/WIESTEND61

Blick auf Augsburg: Die Zugfahrt nach München dauert eine halbe Stunde

Wer sich trotzdem eine Immobilie anschaffen will, schaut sich aufgrund der hohen Preise und der hohen Zinsen immer häufiger in umliegenden Städten um, sagt Stephan Kippes vom IVD-Institut. Die Region um die Landeshauptstadt wird auch deshalb beliebter, da viele Pendler durch Homeoffice-Regelungen nicht mehr täglich anreisen müssen. Sowohl Ingolstadt als auch Augsburg bieten schnelle Verbindungen nach München. Pendler aus Augsburg erreichen den Münchner Hauptbahnhof mit dem ICE in 30 Minuten. Eine Fahrt mit dem Deutschlandticket und der Regionalbahn ist nur zehn Minuten langsamer. Mit dem Auto dauert es eine Stunde in die Landeshauptstadt. Im vergangenen Jahr pendelten so über 10.700 Menschen von Augsburg nach München. Die hohe Nachfrage von Pendlern traf auch hier auf ein knappes Angebot. Zwischen 2021 und 2023 sank die Zahl der Baufertigstellungen in Augsburg um über die Hälfte. Trotzdem liegen die Angebotspreise für Wohnungen in Augsburg laut Immowelt-Daten mit durchschnittlich über 4000 Euro nur rund bei der Hälfte der Preise in München. Die Kaufpreise stiegen laut IVD-Institut um 1,3 bis 1,7 Prozent.

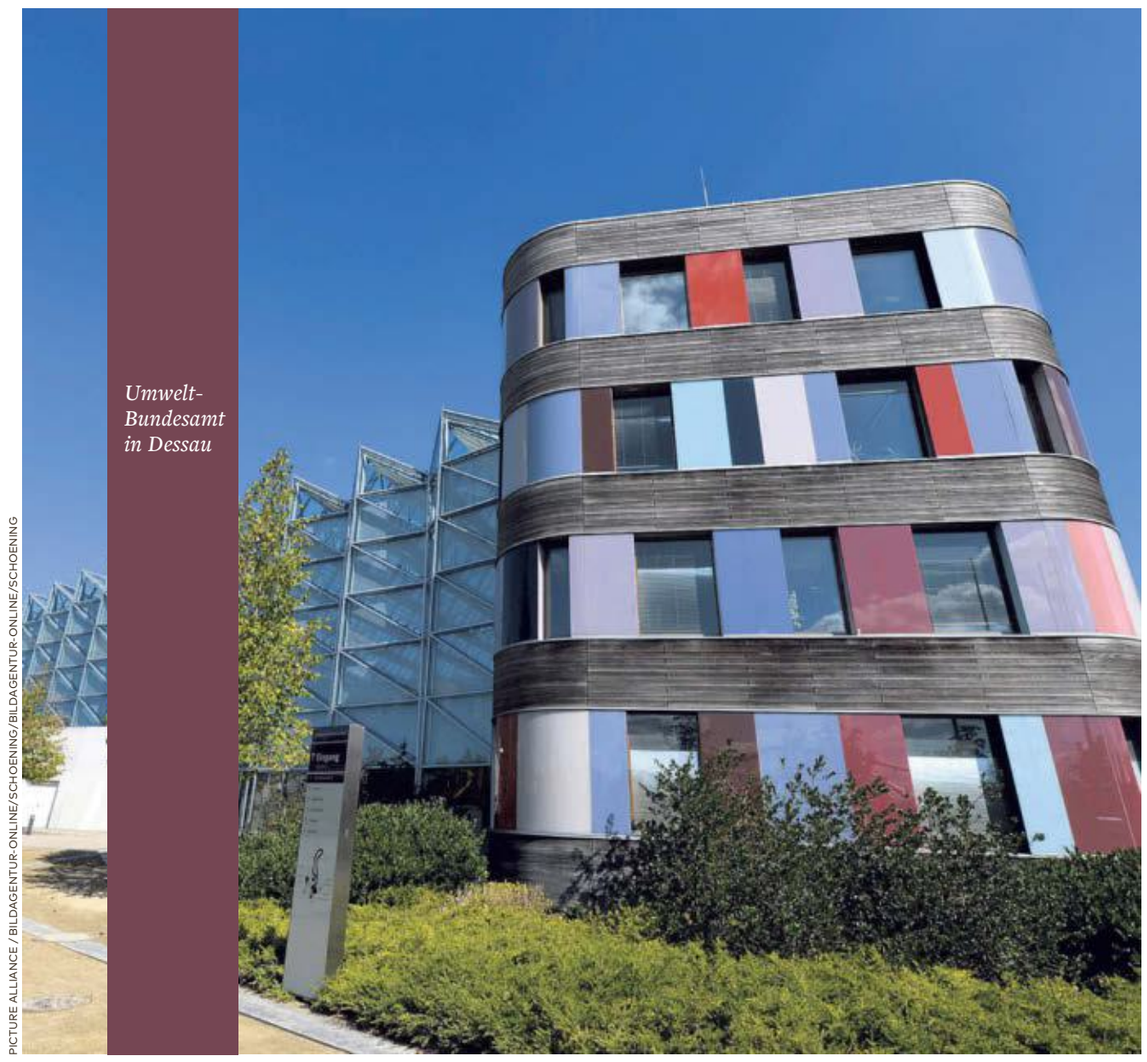
Ähnlich hoch sind die Preise in Ingolstadt. Jedoch dauert es hier ein bisschen länger nach München. Pendler brauchen mit dem ICE 40 Minuten und mit einer Regionalbahn 50 Minuten in die Landeshauptstadt. Über die Autobahn dauert es etwa eine Stunde. 2023 pendelten über 3300 Ingolstädter zum Arbeiten nach München. Der Audi-Standort in der Stadt sorgt für zusätzliche Nachfrage. Und auch in Ingolstadt wurden im vergangenen Jahr weniger Immobilien fertiggestellt als noch 2021.

Anders als bei den Wohnungen sieht die Lage auf dem Häusermarkt aus. Weil die Kaufpreise für Häuser in der Regel höher sind als für Wohnungen, ist die Finanzierung schwieriger. Die Zinsen sorgen dafür, dass sich viele Interessierte Häuser derzeit nicht leisten können. Das hat Folgen für den Markt: In Bayern sanken die aufgerufenen Preise für Häuser innerhalb eines Jahres um 0,2 Prozent. In Augsburg und Ingolstadt bewegten sie sich kaum.

Dass die Preise in den Pendlerstädten in der nächsten Zeit sinken werden, scheint dabei aber unwahrscheinlich. Zum einen wird erwartet, dass die Zinsen in den kommenden Monaten weiter sinken werden. In nicht ferner Zukunft sollte die Finanzierung wieder einfacher werden. Das dürfte den Preisen einen Schub geben. Zum anderen erwarten Forscher in diesen Städten ein Bevölkerungswachstum. Laut Prognosen wird München bis 2042 um acht Prozent wachsen.

In Augsburg sollen dann elf Prozent und in Ingolstadt zwölf Prozent mehr Menschen leben. „Viele Menschen in ländlichen Regionen würden gerne dort bleiben“, sagt Kippes. „Wenn Schulen schließen, Bahnlinien stillgelegt werden und Infrastruktur bröckelt, ziehen vor allem junge Menschen in die Städte.“ Für die bayerischen Städte bedeuten zusätzliche Einwohner, dass der Bedarf an Wohnraum steigt, zumal die Zahl der Haushalte steigt, in denen nur eine Person lebt.

In den Städten trifft die Nachfrage auf ein knappes Angebot. Die Zahl der Baugenehmigungen in Augsburg sank zwischen 2021 und 2023 um neun Prozent, in Ingolstadt um die Hälfte. „Gerade werden in Bayern weniger Bauvorhaben genehmigt als fertiggestellt“, sagt Kippes. Damit sinke die Zahl der brachliegenden Baustellen, doch für die Zukunft bedeute das ein kleineres Angebot.



PICTURE ALLIANCE / BILDAGENTUR-ONLINE/SCHOENING/BILDAGENTUR-ONLINE/SCHOENING

Umwelt-Bundesamt in Dessau

Betrugsverdacht bei 45 Klimaprojekten in China

Deutsche Autofahrer zahlten Millionen für angebliche Kompensationsvorhaben. Den Großteil hat es wohl nie gegeben

Die bunte Folie, die Dirk Messner, der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), präsentiert, soll zeigen, dass in seiner Behörde alles seine Ordnung hatte. Zu sehen sind vier Zahnräder, die ineinander greifen: „Beauftragung internationaler Rechtsanwaltskanzlei“ steht auf einem, „Einschalten der Staatsanwaltschaft“ auf einem zweiten. Doch das Bild passt nicht zu der Aufklärungsarbeit, die Messner beschreibt.

VON PHILIPP VETTER

Es geht um einen der größten Klimaschutzskandale der jüngeren deutschen Geschichte. Im Mai war bekannt geworden, dass massenhaft angebliche Klimaschutzprojekte in China, für die deutsche Autofahrer über den Benzin- und Dieselpreis bezahlt haben, wohl nie existiert haben. Zuständig für die Kontrolle dieser sogenannten „Upstream Emission Reductions“ – oder kurz: UER-Projekte – wäre das Umweltbundesamt gewesen.

Was Messner zusammen mit einem Vertreter einer Anwaltskanzlei am Montag vorträgt, kommt einem Offenbarungseid gleich. Schon seit August 2023 war das UBA über den möglichen Betrug mit den angeblichen Klimaschutzprojekten in China informiert, doch monatelang passierte wenig. Nun, mehr als ein Jahr nach den ersten Hinweisen, muss die Behörde eingestehen: Von 66 UER-Projekten in China besteht bei 45 massiver Betrugsverdacht. Jetzt ist von einem „Schattenvertrags- und Parallelsystem“ die Rede.

Insbesondere der zeitliche Verlauf wirft erhebliche Fragen nach den Verantwortlichkeiten im Umweltbundesamt auf. Bereits im August 2023 meldete ein Wistleblower einen ersten Verdachtsfall. Dieser wurde im Oktober des gleichen Jahres „aufgeklärt“ mit dem Ergebnis, dass das Projekt rückabgewickelt wurde.

Doch das führte das nicht etwa dazu, dass auch die anderen 74 weltweit angemeldeten UER-Projekte genau überprüft wurden. „Wir sind von einem Einzelfall ausgegangen“, sagt Messner. Erst Monate später, nachdem weitere Hinweise bei der Behörde eingegangen waren, wurde das Bundesamt dann doch noch aktiv.

Eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin erstattete das UBA erst im Mai 2024 – also mehr als ein halbes Jahr nach den ersten Vorwürfen. Dass zeitgleich die ersten Medien recherchierten und bei der Behörde nachfragten, sei ein Zufall gewesen, sagt der vom UBA beauftragte Rechtsanwalt. Das habe wohl daran gelegen, dass auch die Medien die zusätzlichen Hinweise erhalten hätten, die bei der Behörde die Nachforschungen ausgelöst haben sollen.

Bis dahin hatte sich das UBA nahezu blind auf die Aussagen sogenannter Validierer und Verifizierer verlassen, die den Klimaprojekten attestiert hatten, dass es sie wirklich gibt. Die Überforderung der kontrollierenden Behörde wird in fast jedem Satz ihres Chefs deutlich: Man habe es bei den mutmaßlichen Betrügern „mit Akteuren zu tun gehabt, die der chinesischen Sprache mächtig waren“.

Im UBA gab es solche Sprachkenntnisse nicht. Noch im Frühling dieses Jahres habe man bei den Aufklärungsbemühungen im Kontakt mit einem der nun Verdächtigen gestanden, der die Behörde offenbar mit falschen Informationen weiter in die Irre führte. Erst nachdem das UBA nach Monaten des Zögerns und Zauderns die externe Anwaltskanzlei beauftragt habe, „konnten wir erstmals glaubwürdig drohen, dass wir uns die Projekte mit Partnern vor Ort anschauen können“, sagt Messner. „Das hat den Druck auf die Antragsteller enorm erhöht.“

Doch die Betreiber der chinesischen Anlagen, die angeblich CO_2 bei der Gas- und Ölgewinnung einsparen wollten, erteilten oft keine Erlaubnis, dass sich die UBA-Vertreter die angeblichen Klimaschutzprojekte vor Ort ansehen können. In anderen Fällen gab es erst eine Erlaubnis, die dann aber beim Versuch, das Gelände zu betreten, nicht akzeptiert worden sei.

Man ließ sich mit Satellitenbildern und Fotos abspeisen, die teils aus geschickt gewählten Perspektiven suggerierten, dass es vor Ort völlig anders aussah als in der Realität. Erst nach Monaten fiel auf, dass auf einigen Bildern Berge zu sehen waren, die es dort, wo sie angeblich aufgenommen wurden, gar nicht gab.

Insgesamt ermittelt die Staatsanwaltschaft Berlin inzwischen gegen 17 Verdächtige. Dabei soll die Gruppe der Menschen, die sich mit dem komplizierten System auskannte, so klein sein, dass es nicht auffiel, dass immer wieder dieselben Personen und Organisationen sich gegenseitig bescheinigten, dass alles mit rechten Dingen zugehen soll. Nun gibt es gleich auf drei Ebenen Verdächtige: ein Unternehmen, das immer wieder zwischen den angeblichen Projekten und den Konzernen vermittelte, die die UER-Zertifikate kauften, um damit ihre CO_2-Emissionen herunterzurechnen. Die zweite Gruppe sind die Verifizierer und Validierer.

Von diesen Unternehmen gibt es offenbar nur sechs, die dafür zertifiziert sind. Dabei sollte jedes Projekt eigentlich von zwei Firmen kontrolliert werden. Das UBA geht nicht davon aus, dass die Geschäftsführungen der Kontroll-Unternehmen von den Betrugsmaschen wussten, womöglich aber die Vertreter der Firmen vor Ort.

Die dritte Gruppe könne laut UBA sowohl Täter als auch Opfer sein: die chinesischen Unternehmen, die die angeblichen Klimaschutzprojekte betrieben haben sollen. Es sei denkbar, dass sie auch eingeweiht waren, möglich sei aber auch, dass eine Art Identitätsdiebstahl stattgefunden hat und nur in ihrem Namen solche angeblichen Projekte abgerechnet wurden.

Beim UBA tröstet man sich nun damit, dass man immerhin bei einem Teil der UER-Projekte die Zertifikate für die angeblichen CO_2-Einsparungen zurückholen kann: Insgesamt könne man bei den 45 mutmaßlichen Betrugsprojekten noch Zertifikate für 3,9 Millionen Tonnen CO_2 zurückfordern oder gar nicht erst ausstellen.

Bei 2,1 Millionen Tonnen sei das allerdings nicht möglich. Ende August hatten sieben von acht Unternehmen, die weitere UER-Zertifikate freischalten lassen wollten, die Anträge zurückgezogen.

Beim achten Unternehmen verweigerte das UBA die Ausstellung, weil es deutliche Indizien für Betrug gibt. Spätestens 2026 soll das betrugsanfällige UER-System endgültig vorbei sein. Ab dem kommenden Jahr werden keine neuen Projekte mehr genehmigt. Derzeit liegen noch 35 neue Anträge vor.

Beim UBA sieht Messner trotz allem keine Versäumnisse. „Es war kein Behördenversagen“, sagt der Chef. Das UBA habe erst stichhaltige Beweise gebraucht, bevor es handeln konnte, sonst hätte es Schadenersatzforderungen riskiert.

Die Verantwortung dafür, dass jahrelang ein „Schattensystem“ mit Millionenschaden unter der Aufsicht der Behörde entstehen konnte, will Messner nicht übernehmen. Damit stellt sich die Frage, ob das auch Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) so sieht: Ihr ist das Umweltbundesamt unterstellt.

Ein Hochsicherheitslager für die Biodiversität

Zwei von fünf Pflanzen sind vom Aussterben bedroht. Forscher arbeiten unter Hochdruck daran, die Vielfalt zu erhalten – auch in einer speziellen Samenbank in Sussex

Betreten werden dürfen die unterirdischen Gewölbe nur mit dicker Schutzjacke und Mütze, und nur für wenige Minuten. Die Temperatur in den Kammern liegt bei 20 Grad Celsius unter null. In den engen Regalen lagert unscheinbares Material, teils in Glasgefäßen, vieles in Folientaschen. Sicherheit geht über alles: Die 70 Zentimeter dicken Wände sind stabil genug, um atomarer Strahlung, Überflutung und selbst einem Bombenangriff standzuhalten.

VON CLAUDIA WANNER

Dieses Hochsicherheitslager kann für sich in Anspruch nehmen, die höchste Biodiversität weltweit aufzuweisen. Unter dem botanischen Garten von Wakehurst in Sussex, südlich von London, lagern 2,4 Milliarden Samen in den Gewölben der Millennium Seed Bank, quasi eine Bibliothek von 40.000 verschiedenen Pflanzenarten aus aller Welt. Im Zweifel können die Samen hier für Jahrhunderte überleben, sagt Elinor Breman, eine der Forschungsleiterinnen der Samenbank. Die Vielfalt von Wildpflanzen zu sichern, ist der Auftrag der Forscher in Wakehurst.

Um deutlich mehr als wissenschaftliche Vollständigkeit geht es dabei. „Die wilden Samen spielen eine wichtige Rolle bei der Erhaltung von Kulturpflanzen“, sagt John Dickie, stellvertretender Leiter der Sammlung. Unter anderem bei Getreidearten wie Weizen, Gerste oder Reis ist die Sorge groß, dass kultivierte Sorten anfällig sind für die Folgen des Klimawandels, aber auch für Krankheiten. Die Kombination mit verwandten Wildpflanzen kann den Genpool erweitern und die Pflanzen für neue Bedingungen widerstandsfähiger machen.

Seit Ende 2022 regelt eine internationale Vereinbarung, dass der fortschreitende Verlust an Biodiversität bis 2030 gestoppt werden soll. Für Konzerne gibt es inzwischen Empfehlungen für eine transparente Offenlegung und Bilanzierung möglicher Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf Biodiversität. Das habe zunehmendes Interesse bei Anlegern und Unternehmen geweckt, sagt Lucy Thomas, Leiterin nachhaltige Investments bei UBS Asset Management.

Klimafolgen spielen eine wichtige Rolle. Die Ernteerträge schrumpfen, die Agrarwirtschaft leidet. Die Orangenernte in Brasilien ist genauso beeinträchtigt wie Kaffee in Vietnam oder Kakao im Westen Afrikas. Auch Europa ist nicht vor den Problemen gefeit. Extreme Trockenheit 2022 und 2023 haben in Spanien, einem der weltweit wichtigsten Olivenanbaugebiete, die Ernte einbrechen und den Preis für Olivenöl nach oben schnellen lassen. Starke Regenfälle in diesem Frühjahr haben die Aussaat von Kartoffeln in Irland deutlich verzögert, es wird mit signifikant geringeren Volumen gerechnet. Auch der Weizenanbau in Frankreich und Großbritannien ist betroffen. In Frankreich, dem größten Anbaugebiet Europas, sind im vergangenen Winter und Frühjahr 45 Prozent mehr Niederschläge gefallen als im Durchschnitt der vergangenen 30 Jahre. In der Folge wurde nicht nur zehn Prozent weniger Fläche bepflanzt. Feuchtigkeitsbedingter Krankheitsbefall hat das Getreide weiter geschwächt.

Längst schlägt das auf die Preise durch. Weizen, Palmöl und Schweinefleisch sind nur einige der Agrarprodukte, deren Preise in den vergangenen zwölf Monaten um mehr als 15 Prozent angezogen haben. In den kommenden zehn Jahren könnten diese Trends zu höheren Inflationsraten führen, folgert eine aktuelle Analyse der Europäischen Zentralbank und des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung. Auf bis zu 3,2 Prozentpunkte mehr Preissteigerung schätzen die Volkswirte die Effekte. Doch Wissenschaftler machen Fortschritte bei der Anpassung an veränderte Bedingungen – und setzen dabei auch auf die Kombination mit Wildpflanzen. Mit Jabal wurde eine Variante Hartweizen entwickelt, die besonders beständig ist gegen Hitze und Trockenheit und die Genbank der Pflanze erweitert. Die Kartoffelsorte Matilde widersteht einer Fäule, die bei höheren Temperaturen häufiger zuschlägt. In beiden Fällen wurden wilde Verwandte mit den Nutzpflanzen kombiniert, jeweils unter der Führung des Crop Trust in Bonn. Die Non-Profit-Organisation verfolgt das Ziel, die Diversität von Nutzpflanzen zu erhalten, um Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Eine besonders umfangreiche Samenkollektion liegt im norwegischen Spitzbergen. Der Global Seed Vault im ewigen Eis, der vom Crop Trust mit verwaltet wird, enthält über eine Million Samenarten von Nutzpflanzen aus aller Welt. Weit nördlich des Polarkreises lagern in den Gewölben hier Duplikate anderer Samenbanken aus aller Welt, um sicherzustellen, dass das genetische Material erhalten bleibt, selbst bei Missmanagement, Naturkatastrophen oder Krieg. Auch Wakehurst arbeitet mit Forschungseinrichtungen aus zahlreichen Ländern zusammen. Hier werden die Samen mit bis zu minus 200 Grad Celsius, und der Aufbewahrung in flüssigem Stickstoff geölagert.

Gelegentlich funktioniert die Aufbewahrung auch mit deutlich weniger Technologie. 2006 ist es Wissenschaftlern der Millennium Seed Bank gelungen, Pflanzen aus drei Samen mit langer Geschichte zu ziehen. Nach gut 200 Jahren waren sie zwischen den Seiten des Notizbuches eines niederländischen Händlers in den National Archives gefunden worden. Das Material aus Südafrika hatte zur Überraschung der Botaniker sowohl die Schiffsreise als auch die Jahrzehnte im Archiv ohne Probleme überstanden. Aber sich darauf zu verlassen, sei dann doch zu gewagt, sind die Biologen in Wakehurst überzeugt.

Nebenwerte mit großem POTENZIAL

Diesen 14 Titeln aus der zweiten Reihe trauen Investmentprofis die höchsten Kursgewinne zu – bis zu 170 Prozent

Schnäppchen aus der zweiten Reihe

Von Profi-Investoren empfohlene Nebenwerte

Unternehmen	WKN	Marktkapitalisierung in Mrd. Euro	aktueller Kurs in Euro	Kursentwicklung ein Jahr in %	Durchschnittliches Kursziel der Analysten	Kurspotenzial in %
ThyssenKrupp	750000	1,7	2,9	-60,2	7,7	169,2
Sixt	723132	2,7	61,0	-35,9	115,0	88,5
Dürr	556520	1,2	18,5	-29,8	33,0	78,4
Amadeus Fire	509310	0,5	88,0	-14,7	155,0	76,1
Doc Morris	A0Q6J0	0,5	38,5*	-29,6	64,4	67,2
Grenke	A161N3	1,0	22,0	-4,9	36,0	63,6
Teamviewer	A2YN90	1,8	11,7	-25,9	17,1	46,2
Hensoldt	HAG000	3,5	30,5	2,8	41,5	36,1
Redcare	A1AR94	2,4	120,0	23,6	160,0	33,3
KSB	629200	1,0	630,0	-5,3	830,0	31,7
Krones	633500	3,8	122,0	25,2	155,0	27,0
Bechtle	515870	4,6	37,0	-19,1	45,0	21,6
K+S	KSAG88	1,8	10,3	-39,5	12,4,0	20,4
Fuchs	A3E5D5	4,5	31,0	2,3	k.A.	k.A.

* in Schweizer Franken, Quelle: Eigene Recherche

WELT

Sie hatten es in den vergangenen Jahren nicht leicht. Deutsche börsennotierte Firmen aus der zweiten Reihe litten unter diversen Problemen: der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung, der Konzentration der Investoren auf wenige große Unternehmen, und schließlich auch unter den hohen Zinsen. Das ist zwar keine exklusives Problem, aber die großen Konzerne haben oft hohe Barbestände, die sie gegenüber hohen Zinsen ein Stück weit immun machen, während die kleineren Firmen überwiegend von Bankkrediten abhängig sind.

Zumindest aber der Zimsaspekt ändert sich nun aber etwas. Die Europäische Zentralbank hat gerade zum zweiten Mal den Leitzins gesenkt, und weitere Schritte sind in Sicht. Die Finanzierung wird nun also auch für die kleineren und mittleren Unternehmen günstiger – und das sehen etliche Anlagestrategen als Chance. WELT hat daher Vermögensverwalter gefragt, welche konkreten Einzeltitel sie in diesem Segment empfehlen können, und wie sie ihre Entscheidung begründen

VON FRANK STOCKER

Die bisherige Malaise bei den Nebenwerten lässt sich am besten an einem Vergleich der Börsenindizes ablesen: So legte der Dax, in dem die 40 größten deutschen börsennotierten Konzerne versammelt sind, über die vergangenen drei Jahre knapp 20 Prozent zu. Der MDax, der die nach Größe folgenden 50 Unternehmen enthält, verlor dagegen rund 30 Prozent. Auch der SDax, der die nächsten 70 Firmen umfasst, gab noch um mehr als 20 Prozent nach. Das ist natürlich extrem enttäuschend für alle, die bisher bereits in diesen Aktien investiert waren. Für alle anderen Anleger ergibt sich dadurch jedoch eine Chance. Denn die Gewinne der Firmen sind in den vergangenen Jahren oft weiter gestiegen oder zumindest weit weniger gesunken als ihr Aktienkurs. Dadurch sind Nebenwerte sehr günstig bewertet.

„Zurzeit handeln europäische Nebenwerte durchschnittlich mit einem deutlichen Bewertungsabschlag zu ihren größeren Pendants", sagt Philipp Struwe, Portfoliomanager beim Bankhaus Metzler. „Das ist zum einen äußerst ungewöhnlich, denn normalerweise handeln sie aufgrund der überproportionalen Gewinnwachstumsdynamik mit einer Bewertungsprämie." Zum anderen sei das Ausmaß des Bewertungsabschlags auffallend: „Aktuell handelt es sich um den größten Abschlag der letzten Jahre", so Metzler-Manager Struwe.

Die Zinssenkungen könnten nun eine Umkehr einläuten, wie seine Analyse zeigt. Er hat die relative Wertentwicklung der Aktiensegmente seit dem Jahr 2000 ab Beginn eines neuen Zinssenkungszyklus untersucht. „Das Resultat ist eindeutig: Nebenwerte performen nach Zinssenkungen erheblich besser als Large Caps", sagt Struwe und ergänzt: „Die Vorzeichen stehen sehr positiv, dass sinkende Zinsen die langersehnte Trendwende für europäische Nebenwerte markieren."

Doch welche sind besonders interessant? Dazu hat WELT acht Vermögensverwalter befragt. Sie nannten dabei 14 Aktien, die ihrer Ansicht nach besonders chancenreich sind.

Ein Unternehmen, das mehr als einmal genannt wurde, ist das IT-Systemhaus Bechtle. „Die Neckarsulmer haben eine ganz besondere Positionierung in Zeiten der Digitalisierung", nennt Franz Kaim, geschäftsführender Gesellschafter der Kidron Vermögensverwaltung in Stuttgart, als Begründung. „Die Ausgaben für Hardware bis hin zur Cybersicherheit steigen, und Bechtle profitiert genau von diesem Trend."

> ZURZEIT HANDELN EUROPÄISCHE NEBENWERTE MIT EINEM DEUTLICHEN ABSCHLAG
>
> **PHILIPP STRUWE**
> Bankhaus Metzler

Kaim setzt außerdem auf den Maschinen- und Anlagebauer Dürr mit Sitz in Stuttgart und Hauptverwaltung in Bietigheim-Bissingen. Noch vor zehn Jahren war dies ein reiner Automobilzulieferer, doch seither wurde das Geschäft breit diversifiziert. Ein Drittel der Umsätze stammt inzwischen aus dem Servicebereich. „Ein großer Teil dieser Wartungsverträge bringt nicht nur sehr gute Margen, sondern läuft konstant über mehrere Jahre", sagt Kaim. Zudem verfüge das Unternehmen über eine sehr gesunde Bilanz und biete bei der aktuellen Bewertung langfristig ein attraktives Kurspotenzial.

Für Andre Koppers, Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Oberbanscheidt & Cie. in Kleve, fällt die Wahl auf die Online-Apotheke Redcare, ehemals Shop Apotheke, mit Sitz in den Niederlanden und mehereren Niederlassungen in Deutschland. „Neuerdings können mit E-Rezept ganz einfach auch verschreibungspflichtige Medikamente quasi auf Knopfdruck bestellt werden", sagt Koppers. Davon dürfte Redcare profitieren, und Ähnliches gilt auch für den Konkurrenten DocMorris, der in der Schweiz notiert ist.

Die Aktie des Rüstungsunternehmens Hensoldt mit Sitz in Taufkirchen im Landkreis München wiederum könnte von den massiven staatlichen Investitionen in Rüstung und Verteidigung weiter nach oben getrieben werden. „Hensoldt ist führend bei Sensorlösungen, die in Radarsystemen für verschiedenste militärische Einsatzgebiete gebraucht werden", sagt Koppers.

Rainer Laborenz von Azemos Vermögensmanagement in Offenburg fügt den Autovermieter Sixt, die Leasinggesellschaft Grenke und den Personaldienstleister Amadeus FiRe als weitere interessante Titel hinzu. Sixt baue sukzessive seine Marktanteile aus, Grenke zeige dynamisches Wachstum bei Umsatz und Gewinn bei massiver Unterbewertung, und Amadeus FiRe profitiere vom Arbeitskräftemangel, speziell bei höher qualifizierten Berufen im kaufmännischen und IT-Bereich.

Deutschland ist insbesondere für seine Hidden Champions bekannt, also Unternehmen, die kaum bekannt sind, die aber in ihrem Markt weltweit führend sind. Dazu gehören zwei Firmen, die Holger Schmitz vom Schweizer Vermögensverwalter Schmitz und Partner nennt: Der Schmierstoffproduzent Fuchs und der Getränkeabfüll- und Verpackungsanlagenhersteller Krones. Beide Firmen sind gut aufgestellt und mehrheitlich in Familienbesitz – das sorgt für Stabilität und eine langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik.

Frank Krekel von der Unikat Vermögensverwaltung in Koblenz setzt auf das Göppinger Softwareunternehmen Teamviewer. Die Aktie war während der Pandemie rasant nach oben geschossen, doch danach kehrte Ernüchterung ein. Inzwischen sei das Unternehmen aber attraktiv bewertet, glaubt Krekel, bei solidem Wachstum. „Von Zeit zu Zeit wird Teamviewer auch als möglicher Übernahmekandidat gehandelt."

Ein Übernahmeziel könne auch das Bergbauunternehmen K+S, früher Kali + Salz, werden. „Nach dem Verkauf des amerikanischen Salzgeschäfts ist das Unternehmen nahezu schuldenfrei", sagt Krekel. Die Abhängigkeit vom Kali-Geschäft löse zwar immer wieder hohe Schwankungen aus. „Dennoch für Anleger mit Geduld eine interessante Aktie."

Als dritte Aktie nennt er Thyssenkrupp, trotz der kürzlichen schlagzeilenwirksamen Rauswürfe und Rücktritte an der Spitze der Stahlsparte. „Die Aktie ist zurzeit sicherlich sehr unbeliebt, gerade vor dem Hintergrund der hitzigen Diskussionen und Personalwechsel der letzten Wochen", sagt Krekel. Der Vorstandschef Miguel Lopez habe ein schweres Erbe von seiner Vorgängerin Merz übernommen, sich aber dem Umbau zu einem zukunftsfähigen Konzern verschrieben. Darauf setzt er.

Tatsächlich sehen auch die Analysten, die die Aktie des Unternehmens bewerten, enormes Aufholpotenzial, im Schnitt von rund 170 Prozent. Damit liegt Thyssenkrupp in dieser Hinsicht an der Spitze all der genannten Nebenwerte. Allerdings ist dies eben eine Wette auf den Erfolg der Sanierung – das kann auch scheitern, und dann dürfte das Kursziel eher bei null liegen.

Dies gilt auch generell für die Wette auf die Nebenwerte. Wolfgang Juds, Geschäftsführer der Credo Vermögensmanagement GmbH in Nürnberg, hat zwar mit dem Pumpen- und Armaturenhersteller KSB ebenfalls einen interessanten Wert auf der Liste. Dennoch warnt er.

„Viele deutsche und europäische Hidden Champions sind vor allem im Bereich High Tech und Maschinenbau tätig", sagt er. „Für die europäischen Unternehmen verdunkeln sich aber gerade die Aussichten für die Geschäfte in China."

Vieles hänge daher davon ab, ob es im Handelsstreit zu weiteren Verschärfungen kommt oder sich die Lage entspannt. So sind die Nebenwerte letztlich auch eine Wette auf die Geopolitik – und die ist eben kaum berechenbar.

US-Gericht berät über TikTok-Verbot

Regierung will chinesische Kontrolle beenden

Mitten im US-Präsidentschaftswahlkampf beraten Richter über ein Verbot von TikTok. Am Montag begann die Anhörung vor einem Bundesberufungsgericht über die Beschwerde der Kurzvideo-Plattform und ihres Mutterkonzerns ByteDance gegen ein entsprechendes US-Gesetz. Die beiden Unternehmen sehen darin eine Verletzung des Rechts ihrer 170 Millionen US-Nutzer auf freie Meinungsäußerung. „Es ist eine radikale Abkehr von der Tradition dieses Landes, ein offenes Internet zu fördern."

Das US-Justizministerium betrachtet TikTok dagegen als Risiko für die nationale Sicherheit. Wegen der Nähe der Firma zur Regierung in Peking befürchtet die Behörde Datenspionage und eine Manipulation der öffentlichen Meinung. TikTok und ByteDance haben diese Vorwürfe stets zurückgewiesen. Dennoch verabschiedete der US-Kongress im Frühjahr ein Gesetz, das ByteDance dazu zwingt, das US-Geschäft von TikTok bis zum 19. Januar zu verkaufen. Ansonsten werde die besonders bei Jugendlichen beliebte Kurzvideo-App verboten. Ein Verkauf sei „weder technologisch, noch wirtschaftlich oder gesetzlich" möglich und würde ohne ein richterliches Urteil zu einem beispiellosen Verbot führen, so ByteDance.

Die Biden-Regierung strebt wegen Sicherheitsbedenken ein Ende der chinesischen Kontrolle von TikTok an, aber kein Verbot. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump hatte während seiner Amtszeit vergeblich versucht, TikTok zu verbieten. Vor einigen Wochen machte er jedoch eine Kehrtwende und sprach sich für den Erhalt der Plattform aus. Er nutzt TikTok, um junge Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Auch seine Kontrahentin, die aktuelle US-Vizepräsidentin Kamala Harris, ist dort aktiv. rtr

Gefahr von Klimaflucht der Industrie

Bundesbank erwartet Abwanderung durch höhere CO_2-Preise in Europa

Die EU-Klimapolitik hat einer Studie der Bundesbank zufolge nicht in großem Stil zu einer Verlagerung von deutscher Produktion ins außereuropäische Ausland geführt. „Bislang finden sich keine signifikanten Hinweise darauf, dass deutsche Unternehmen angesichts der verschärften Emissionsgesetzgebung verstärkt auf Produktionsstandorte mit einer weniger strengen Klimapolitik auswichen", lautet das Fazit in der am Montag veröffentlichten Untersuchung.

Allerdings seien Unternehmen mit hohen Treibhausgasemissionen schon zuvor überdurchschnittlich im außereuropäischen Ausland präsent gewesen. Künftige Verlagerungen seien zwar nicht ausgeschlossen. Allerdings seien diese ebenfalls mit Kosten verbunden und nicht immer möglich.

Der Emissionshandel ist seit 2005 das zentrale Klimaschutzinstrument der Europäischen Union. Zwar investiert die deutsche Industrie seither mehr im nicht zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gehörenden Ausland: Zwischen 2005 und 2022 wuchs ihr Beteiligungskapital dort im Schnitt um jährlich zehn Prozent und damit doppelt so stark wie innerhalb des EWR.

„Diese Zahlen könnten auf eine schleichende Verlagerung deutscher Industriekapazitäten hindeuten", so die Bundesbank. Allerdings könne diese Entwicklung nicht ohne Weiteres der europäischen Klimapolitik zugeordnet werden. „Tatsächlich berücksichtigen die Entscheidungen über Direktinvestitionen eine Vielzahl von Aspekten", so die Studie, für die detaillierte Datensätze von Unternehmen ausgewertet und mit der Mikrodatenbank Direktinvestitionen (MiDi) der Bundesbank verknüpft wurden.

Zugleich warnt die Bundesbank aber davor, dass dauerhaft deutlich höhere Preise für Treibhausgasemissionen in Europa Anreize bieten könnten, besonders emissionsintensive Produktionsprozesse verstärkt in Länder mit weniger ambitionierten Klimazielen zu verlegen. Eine international koordinierte Klimapolitik würde solchen Ausweichreaktionen entgegenwirken, lautet die Empfehlung. „Allerdings stoßen die Bemühungen, möglichst viele Länder zu verbindlichen Zusagen zu bewegen, auf erhebliche Schwierigkeiten", so die Bundesbank.

Im europäische Grenzausgleichsmechanismus sieht die Bundesbank ein geeignetes Instrument, um „Carbon Leakage" zu vermeiden – also die Verlagerung Treibhausgas-emittierender Industrien in Länder außerhalb der EU. Dabei wird eine Grenzabgabe auf das Klimagas Kohlendioxid fällig, die etwa Importeure von Stahl für jede Tonne CO_2 zahlen müssen. Dieser Weg sei im Hinblick auf die globalen Klimaziele aber weniger effizient. „Dies liegt daran, dass letztlich nur die Waren mit einer CO_2-Abgabe belastet werden, die im EWR auf den Markt kommen", so die Bundesbank. „Zudem wären europäische Produzenten auf dem Weltmarkt weiterhin benachteiligt, da sie hier mit Anbietern konkurrieren müssten, welche keine Kompensation für die Emission von Treibhausgasen leisten müssten." Einen weiteren Nachteil sehen die Bundesbanker auch in dem Grenzausgleich, denn der bringe einen nicht unerheblichen bürokratischen Aufwand mit sich.

Stattdessen sollte sich Politik auf deutscher und europäischer Ebene darum bemühen, Innovationen in grüne Technologien durch geeignete Rahmenbedingungen zu erleichtern. „Idealerweise könnten dadurch teure Subventionen vermieden und stattdessen privates Kapital mobilisiert werden", so die deutsche Notenbank. „Notwendige Voraussetzungen hierfür sind Planungssicherheit, zügige Genehmigungsverfahren und ein tiefer, harmonisierter Kapitalmarkt." rtr

ANZEIGE

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds — mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

16.09.24	Währung	ISIN	Rückn.	3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

DBA ausgewogen*	€	DE000DK2CFR7	127,24	+5,48
DBA dynamisch*	€	DE000A2DJVV1	116,74	+7,75
DBA konservativ*	€	DE000DK2CFP1	106,04	+2,56
DBA moderat*	€	DE000DK2CFQ9	116,20	+3,49
DBA offensiv*	€	DE000DK2CFT3	242,25	+9,13
Deka-Nach.E.St CF A*	€	LU2206794112	103,14	+6,78
Deka-Nachh ManSel*	€	DE000DK1CJS9	114,19	-1,37
Deka-NachhAkt CF*	€	LU0703710904	288,97	+13,15
Deka-NachhRent CF A*	€	LU0703711035	123,54	-3,34
Deka-NachStrInv CF*	€	DE000DK2EAD4	151,36	+12,63
Deka-NachStrInv TF*	€	DE000DK2EAE2	145,04	+10,23
Nachh Dynamisch CF*	€	DE000DK0V6U7	97,36	-4,95
Nachh Mlt Asset CF*	€	DE000DK0V5F0	107,43	+1,24
Nachh Mlt Asset TF*	€	DE000DK0V5G8	105,32	-0,26
Nachhltg Gl Champ CF*	€	DE000DK0V554	149,05	+18,79
NachSeAkREd CF*	€	DE000DK0V7B5	85,22	-
Naspa Na PS-Chance*	€	LU0104457105	66,76	+10,56
Naspa Na PS-ChanceP*	€	LU0202181771	134,40	+5,06
Naspa Na PS-Ertrag*	€	LU0104455588	45,55	-1,14
Naspa Na PS-Wachst*	€	LU0104456800	45,37	+1,33
Naspa-Ak.Gb NachCF*	€	DE0009771956	92,79	+20,36
Naspa-Ak.Gb NachTF*	€	DE000DK0LNH7	136,89	+18,33

Metzler Asset Management GmbH

RWS-Aktienf.Nachh*	€	DE0009763300	105,47	+1,30

ODDO BHF Asset Management

Exk:PolarisBal DRw*	€	LU0319574272	90,73	+5,37
Exk:PolsDyn DRw*	€	LU0319577374	111,36	+1,42
Polaris Flexi DRw*	€	LU0319572730	95,27	+3,54
Polaris Mod DRw*	€	DE000A0D95Q0	75,18	+2,52

ÖKOWORLD Telefon +49 2103 28410

ÖkoVision Classic	€	LU0061928585	225,86	-15,98
Klima	€	LU0301152442	106,40	-20,37
Water For Life C	€	LU0332822492	214,86	-15,68
Öko Rock'n'Roll	€	LU0380798750	154,22	-23,59
Growing Mkts 2.0	€	LU0800346016	241,38	-17,01

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060
www.union-investment.de

PrivatFonds: Nachh*	€	LU1900195949	55,55	-0,11
UniNachh AkEu A*	€	LU0090707612	71,47	+11,80
UniNachh AkEu netA*	€	LU0096427496	59,77	+10,66
UniNachh Akt Glob*	€	DE000A2N7V22	159,00	+20,19
UniNachh AktDeu nA*	€	DE000A2QFXN4	95,93	-
UniNachh AktDeut A*	€	DE0009750117	248,94	+0,35
UniNachhaltig A Gl*	€	DE000A0M80G4	177,12	+21,46
UniRak Na.Kon. A*	€	LU1572731245	110,91	-7,03
UniRak Nach.K-net-*	€	LU1572731591	109,53	-8,00
UniRak Nachh.A net*	€	LU0718558728	97,67	+0,95
UniRak NachhaltigA*	€	LU0718558488	101,54	+2,01
UniZukunft Klima A*	€	DE000A2QFXR5	48,57	-
UniZukunft Kli-neA*	€	DE000A2QFXS3	49,30	-

Alte Leipziger Trust

€uro Short Term*	€	DE0008471699	41,63	-2,28
Aktien Deutschland*	€	DE0008471608	123,63	-8,28
AL Trust €uro Relax*	€	DE0008471798	50,69	-7,83
AL Trust Stab.*	€	DE000A0H0PF4	65,27	-2,80
AL Trust Wachst IT*	€	DE000A2PWPE6	71,50	+3,39
AL Trust Wachstum*	€	DE000A0H0PG2	86,98	+0,96
Trust €uRen IT*	€	DE000A2PWPA4	44,55	-13,86
Trust €uro Renten*	€	DE0008471616	39,05	-13,96
Trust Akt Europa*	€	DE0008471764	56,36	+2,18
Trust Chance*	€	DE000A0H0PH0	103,86	+6,77
Trust Chance IT*	€	DE000A2PWPC0	86,71	+10,16
Trust Glb Inv IT*	€	DE000A2PWPB2	80,62	-4,61
Trust Glbl Invest*	€	DE0008471715	119,45	-4,35
Trust Stab IT*	€	DE000A2PWPD8	60,26	-0,87

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P Funds ClassiX*	€	LU0113798341	99,09	+35,31
C&P Funds DetoX*	€	LU2677653326	52,53	-
C&P Funds QuantiX*	€	LU0357633683	171,57	+18,47

Commerz Real

hausInvest	€	DE0009807016	43,66	+7,62

DAVIS FUNDS SICAV

Global A*	$	LU0067889476	51,57	+1,61
Value Fund A*	$	LU0067888072	84,92	+14,47

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

AriDeka CF*	€	DE0008474511	91,08	+13,77
BasisStrat Flex CF*	€	DE000DK2EAR4	117,12	-1,31
BerolinaRent Deka*	€	DE0008480799	38,63	-3,02
BW Zielfonds 2025*	€	DE000DK0ECP8	41,28	-6,77
BW Zielfonds 2030*	€	DE000DK0ECQ6	54,28	-1,74
Deka-Europ.Bal. CF*	€	DE0005896872	54,53	-4,86
Deka-Europ.Bal. TF*	€	DE000DK1CHH6	107,97	-5,29
Deka-Europa Akt Str*	€	DE0008479247	88,41	+9,31
DekaFonds CF*	€	DE0008474503	127,72	+1,78
Deka-Global Bal CF*	€	DE000DK2J8N2	106,19	+0,06
Deka-Global Bal TF*	€	DE000DK2J8P7	103,38	-0,98
Deka-MegaTrends CF*	€	DE0005152706	147,89	+18,58
Deka-Na.Div Str CF*	€	DE000DK0V521	136,43	+18,71
Deka-Nach Div RhEd*	€	DE000DK0EF98	103,56	+2,04
Deka-Sachwer. CF*	€	DE000DK0EC83	110,00	+7,43
Deka-Sachwer. TF*	€	DE000DK0EC91	106,77	+6,30
DekaSpezial CF*	€	DE0008474669	624,01	+25,25
DekaTresor*	€	DE0008474750	85,98	+2,25
Div.Strateg.CF A*	€	DE000DK2CDS0	207,23	+25,02
DivStrategieEur CF*	€	DE000DK2J6T3	113,48	+21,51
Euro Potential CF*	€	DE0009786277	162,72	-25,31
EuropaBond CF*	€	DE000DK091G0	94,68	-17,08
EuropaBond TF*	€	DE0009771980	34,40	-18,27
Frankf.Sparinrent*	€	DE0008479981	52,45	+0,90
Frankf.Sparinvest*	€	DE0008480732	164,19	+0,39
GlobalChampions CF*	€	DE000DK0ECU8	340,39	+23,80
GlobalChampions TF*	€	DE000DK0ECV6	304,17	+21,19
Mainfr. Strategiekonz.*	€	DE000DK2CE40	195,59	+6,44
Mainfr. Wertkonz. ausg.*	€	DE000DK1CHU9	98,94	+1,81
Multi Asset In.CFA*	€	DE000DK2J662	85,79	+0,74
Multirent-Invest*	€	DE0008479213	30,69	+2,77
Multizins-INVEST*	€	DE0009786061	24,32	-4,20
NachSeAkReEdTF*	€	DE0009771907	42,97	-17,56
Naspa-Fonds*	€	DE0008480807	39,28	+2,40
RenditDeka*	€	DE0008474537	22,33	-9,33
RenditDeka TF*	€	DE000DK2D640	28,80	-9,82
RentenStratGl TF*	€	DE000DK2J6Q9	78,23	-10,73
RentenStratGlob CF*	€	DE000DK2J6P1	78,86	-9,71
RentenStratGlob PB*	€	DE000DK2J6R7	78,88	-9,58
Rntfds RheinEdit*	€	DE0008480666	29,29	-0,65
Technologie CF*	€	DE0005152623	88,23	+25,03
UmweltInvest CF*	€	DE000DK0ECS2	201,30	-15,47
UmweltInvest TF*	€	DE000DK0ECT0	177,64	-17,28
Weltzins-Invest P*	€	DE000A1CXYM9	18,76	+2,53

Deka International (Lux)

1822 Str.Cha.Pl.*	€	LU0151488458	143,17	-0,30
1822 Str.Chance*	€	LU0151488029	97,24	+4,80
1822 Str.Ert.Pl.*	€	LU0151486320	45,31	-3,38
1822 Str.Wachstum*	€	LU0151487302	52,72	+1,35
Berol.Ca.Chance*	€	LU0096429435	68,35	+7,16
Berol.Ca.Premium*	€	LU0096429609	87,62	+3,53
Berol.Ca.Sicherh.*	€	LU0096428973	41,37	-1,83
Berol.Ca.Wachst.*	€	LU0096429351	40,12	+1,51
DekaEuAktSpezAV*	€	LU1508335152	155,76	+13,43
DekaEuAktSpezCF(A)*	€	LU0835598458	219,50	+13,47
Deka-FlexZins CF*	€	LU0249486092	986,22	+6,31
Deka-FlexZins PB*	€	LU0475811682	993,16	+6,30
Deka-FlexZins TF*	€	LU0268059614	987,18	+6,20
DekaGlobAktLRCF(A)*	€	LU0851806900	250,54	+22,47
Deka-Indust 4.0 CF*	€	LU1508359509	216,76	+2,08
Deka-Indust 4.0 TF*	€	LU1508360002	205,15	-0,09
Köln Str.Chance*	€	LU0101437480	71,27	+6,25
Köln Str.Ertrag*	€	LU0101436672	42,47	-2,89
Köln Str.Wachstum*	€	LU0101437217	42,58	+1,27
KölnStr.Chance+*	€	LU0117172097	61,85	+0,71
UnterStrat Eu CF*	€	LU1876154029	179,91	-13,92

Deka Immobilien Investment

Deka Immob Europa*	€	DE0009809566	48,12	+8,78
Deka Immob Global*	€	DE0007483612	55,14	+5,97
Deka-ImmoMetropol*	€	DE000DK0TWX8	51,53	+5,04
WestInv. InterSel.*	€	DE0009801423	47,99	+7,50

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Deka-BaAZSt off 25*	€	DE000DK0LPS9	112,21	-
Deka-PfSel ausgew*	€	DE000A2N44B5	111,65	+2,85
Deka-PfSel dynam*	€	DE000A2N44D1	127,05	+9,62
Deka-PfSel moderat*	€	DE000A2N44C3	100,42	-0,89
DekaStruk.5Chance*	€	DE000DK1CJP5	200,81	+7,95
DekaStruk.5Chance+*	€	DE000DK1CJQ3	317,80	+3,24
DekaStruk.5Ertrag+*	€	DE000DK1CJM2	96,92	-1,84
DekaStruk.5Wachst.*	€	DE000DK1CJN0	104,55	+2,48
Hamb Stiftung D*	€	DE000DK0LJ38	972,81	+0,56
Hamb Stiftung I*	€	DE000A0YCK34	881,17	+0,49
Hamb Stiftung P*	€	DE000A0YCK42	86,29	-0,49
Hamb Stiftung T*	€	DE000A0YCK26	115,25	-0,53
Haspa TrendKonz P*	€	LU0382196771	87,76	-3,34
Haspa TrendKonz V*	€	LU1709333386	94,28	-2,16
LBBW Bal. CR 20*	€	LU0097711666	45,25	-0,56
LBBW Bal. CR 40*	€	LU0097712045	53,24	+0,77
LBBW Bal. CR 75*	€	LU0097712474	71,40	+4,69
Priv BaPrem Chance*	€	DE0005320022	169,81	+14,44
Priv BaPrem Ertrag*	€	DE0005320030	47,07	-4,23

DWS

Offene Immobilienfonds

grundb. europa IC:*	€	DE000A0NDW81	37,42	+0,54
grundb. europa RC*	€	DE0009807008	37,32	-0,76
grundb. Fok Deu RC	€	DE0009807081	52,25	+1,68
grundb. Fokus D IC:	€	DE0009807099	52,65	+3,13
grundb. global IC:	€	DE000A0NCT95	48,20	-2,06
grundb. global RC	€	DE0009807057	47,72	-3,42

Gutmann Kapitalanlage

PRIME VAL Growth A	€	AT0000803689	146,10	-1,28
PRIME VAL IncomeA	€	AT0000973029	131,17	-3,41

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES

www.hal-privatbank.com

ERBA Invest OP*	€	LU0327349527	30,49	+5,48
HAL Europ SmCap Eq*	€	LU0100177426	151,89	-14,98
HAL MultiAsset Con*	€	LU0456037844	110,01	-6,89
HAL MultiAsset Dyn*	€	LU0090344473	135,00	+12,03

hwb

www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

HWB Alex.Str.Ptf R*	€	LU0322055855	80,64	-8,21
HWB Alex.Str.Ptf V*	€	LU0322055426	80,66	-8,22
HWB Europe Pf.*	€	LU0119626884	4,34	-14,48
HWB Inter.Pf.*	€	LU0119626454	4,60	-11,99
HWB Pf. Plus R*	€	LU0277940762	109,84	-2,72
HWB Pf. Plus V*	€	LU0173899633	109,85	-2,69
HWB Vict.Str.Pf. R*	€	LU0277941570	1306	-10,59
HWB Vict.Str.Pf. V*	€	LU0141062942	1307	-10,56
HWB Wdelan + R*	€	LU0277940929	50,57	-4,15
HWB Wdelan + V*	€	LU0254656522	50,91	-4,30

IPConcept (Luxembourg) S.A.

ME Fonds PERGAMONF	€	LU0179077945	980,85	+10,20
ME Fonds Special V	€	LU0150613833	3366	-4,32

LRI Invest S.A.

ALTIS Bal Value*	€	LU0142612901	101,64	+12,64
ALTIS Global Res*	€	LU0188358195	154,65	+10,04
NW Global Strategy*	€	LU0303177777	119,70	+10,06

MEAG

www.meag.com privatanleger@meag.com

Dividende A*	€	DE000A1W18W8	65,59	+19,90
ERGO Vermög Ausgew*	€	DE000A2ARYT8	57,52	+1,68
ERGO Vermög Flexi*	€	DE000A2ARYP6	60,27	+3,30
ERGO Vermög Robust*	€	DE000A2ARYR2	49,78	-3,43
EuroBalance*	€	DE0009757450	66,85	+9,32
EuroErtrag*	€	DE0009782730	67,95	-0,65
EuroFlex*	€	DE0009757484	42,02	+1,96
EuroInvest A*	€	DE0009754333	102,81	+10,68
EuroKapital*	€	DE0009757468	59,23	+12,01
EuroRent A*	€	DE0009757443	27,44	-8,89
FairReturn A*	€	DE000A0RFJ25	55,11	-1,25
GlobalAktien*	€	DE000A2PPJZ8	64,34	-
GlobalBalance DF*	€	DE0009782763	73,94	+0,04
GlobalChance DF*	€	DE0009782789	84,41	+9,86
Nachhaltigkeit A*	€	DE0001619997	158,89	+20,33
ProInvest*	€	DE0009754119	218,45	+4,07
VermAnlage Komfort*	€	DE000A1JJJP7	62,71	+5,18
VermAnlage Ret A*	€	DE000A1JJJR3	75,80	+5,71

Metzler Asset Management GmbH

RWS-DYNAMIK A*	€	DE0009763334	37,91	+2,53
RWS-ERTRAG A*	€	DE0009763375	15,94	±0,00

NOBIS Asset Management SA

LiLux Convert*	€	LU0069514817	258,29	+0,94
LiLux-Rent*	€	LU0083353978	237,09	+0,14

ODDO BHF Asset Management

Basis-Fonds I Nach*	€	DE0008478090	146,41	+5,98
Substanz-Fonds*	€	DE000A0NEBQ7	1330	-0,13
Vermögens-Fonds*	€	DE000A0MYEJ6	851,15	-1,83

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060
www.union-investment.de

PrivFd:Kontr.*	€	DE000A0RPAM5	132,89	-0,19
PrivFd:Kontr.pro*	€	DE000A0RPAN3	180,47	+6,59
Uni21.Jahrh.-net-*	€	DE0009757872	54,66	+22,44
UniDeutschl. XS*	€	DE0009750497	160,49	-35,06
UniEuroAktien*	€	DE0009757740	93,51	+5,96
UniEuropa-net-*	€	DE0009750232	96,93	+0,19
UniEuroRenta*	€	DE0008491069	59,88	-7,30
UniEuroRentaHigh Y*	€	DE0009757831	33,28	-0,93
UniFav.:Akt. -net-*	€	DE0008007519	160,79	+28,54
Unifavorit: Aktien*	€	DE0008477076	256,74	+29,89
UniFonds*	€	DE0008491002	59,30	-12,22
UniFonds-net-*	€	DE0009750208	87,10	-12,99
UniGlobal*	€	DE0008491051	423,96	+28,49
UniGlobal-net-*	€	DE0009750273	252,89	+26,26
UniNordamerika*	€	DE0009750075	652,06	+35,47
UnionGeldmarktfds*	€	DE0009750133	47,83	+5,08
UniRak*	€	DE0008491044	153,72	+4,32
UniRak Kons.-net-A*	€	DE000A1C81D8	116,04	-9,38
UniRak Konserva A*	€	DE000A1C81C0	118,17	-8,42
UniRak -net-*	€	DE0005314462	81,99	+3,22
UniRenta*	€	DE0008491028	16,95	-9,27
UniStrat: Ausgew.*	€	DE0005314116	76,13	+2,14
UniStrat: Konserv.*	€	DE0005314108	72,85	-4,41

Union Investment Luxemburg

PrivFd:Konseq.pro*	€	LU0493584741	109,23	+2,13
UniAsia Pac.net*	€	LU0100938306	142,08	-15,89
UniAsia Pacific A*	€	LU0100937670	139,41	-15,00
UniAusschü. net- A*	€	LU1390462262	49,43	+6,80
UniAusschüttung A*	€	LU1390462189	49,17	+7,76
UniDividAss net A*	€	LU0186860663	65,02	+23,59
UniDividendenAss A*	€	LU0186860408	66,45	+24,90
UniDyn.Europa A*	€	LU0085167236	148,82	+6,44
UniDynamic Gl. A*	€	LU0089558679	128,00	+16,67
UniEMGlobal*	€	LU0115904467	84,78	-18,61
UniEurKap Corp-A*	€	LU0168092178	35,71	-1,11
UniEurKap.Co.net A*	€	LU0168093226	36,11	-2,00
UniEuropa*	€	LU0047060487	2931	+0,71
UniGlobal Div A*	€	LU1570401114	133,35	+21,62
UniGlobal Div-netA*	€	LU1570401544	130,39	+20,35
UniIndustrie 4.0A*	€	LU1772413420	85,43	+7,49
UniOpti4*	€	LU0262776809	98,68	+4,38
UniSec. BioPha.*	€	LU0101441086	185,40	+21,16
UniSec. High Tech.*	€	LU0101441672	253,40	+32,47
UniStruktur*	€	LU1529950914	115,05	+5,68
UniVa. Global A*	€	LU0126315885	166,27	+31,51

Union Invest Real Estate

UniImmo:Dt.*	€	DE0009805507	95,69	+8,18
UniImmo:Europa*	€	DE0009805515	54,33	+5,36
UniImmo:Global*	€	DE0009805556	48,03	+3,16

Universal Lux.

CondorBalance-UI*	€	LU0112268841	100,34	-3,01
CondorChance-UI*	€	LU0112269146	106,01	+7,52
CondorTrends-UI*	€	LU0112269492	104,32	-10,37

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

SouthEast Asian Eq*	€	IE0002096034	138,43	+4,41

Warburg Invest

DMüller Prem Akt €*	€	DE000A111ZF1	87,46	-7,05

Sonstige

Leading Cities*	€	DE0006791825	84,33	-14,11

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar;
Währung: € = Euro, $ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Brit. Pfund, CH = Schweizer Franken,PL = Polnische Zloty.
Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.
Alle Fonds mit weiteren Informationen auf **moneyspecial.de/fonds**

Infront Funds Service

+49 69 26095760 fundsservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

ANZEIGE

Wir schenken Ihnen 200 € zum Abo!

Erleben Sie die komplette WELT – gedruckt und digital – 6 Monate für nur 65,99 € monatlich und sichern Sie sich die exklusive Geldprämie in Höhe von 200 €.

Wir überweisen Ihnen die 200 € als Dankeschön auf Ihr Konto.

Mit diesem Abo sind Sie immer top informiert:

DIE WELT:
Von Montag bis Freitag – modern und auf den Punkt

WELT AM SONNTAG Frühausgabe:
Information und Unterhaltung schon am Samstag

WELTplus Premium:
Zugriff auf alle digitalen Inhalte von WELT sowie die ePaper

WELT CLUB:
Events, Einblicke und viele weitere Vorteile – exklusiv für Abonnenten

Gleich bestellen unter welt.de/200 oder 0800/935 85 37*

*Bestell-Nr. **10174592** /
Montag–Samstag 7–19 Uhr, kostenfrei

Zum Abo-Shop

In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter welt.de/produkt. WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B.

Ehemalige Bundestrainerin auf Jobsuche

Voss-Tecklenburg kann sich Job als Beraterin vorstellen

Die ehemalige Fußball-Bundestrainerin der Frauen, Martina Voss-Tecklenburg, schließt bei ihrer Jobsuche ein Engagement außerhalb Deutschlands aus privaten Gründen derzeit aus. Sie habe in jüngster Zeit drei Angebote abgelehnt, „weil ich nicht ins Ausland gehen möchte. Das passt nicht in meine aktuelle Lebenssituation. Ich genieße die Zeit mit der Familie. Die kam in den letzten 40 Jahren zu kurz“, sagte die 56-Jährige in einem Interview der Schweizer Zeitung „Blick“, bei dem sie ihre Tränen nicht zurückhalten konnte, als sie über eine schwere Phase in ihrem Leben erzählt.

Ihre Krankheit, die im vergangenen November zum Aus als Trainerin der Nationalmannschaft führte, habe sie bei ihrer Zukunftsplanung stark geprägt. Sie habe gemerkt, „dass ich gewisse Dinge nicht mehr will. Vor zehn Jahren hätte ich wohl alles unterschrieben. Hauptsache, ich kann wieder Trainerin sein“, berichtete Voss-Tecklenburg.

Eine Rückkehr auf die Trainerbank will sie zwar nicht ausschließen, zwingend sei diese aber nicht: „Ich muss nicht mehr in der ersten Reihe stehen. Aktuell beschäftigen mich Fragen, die mir mit Mitte 40 nicht einmal in den Sinn gekommen wären. Wie viel Erwartungsdruck, Ergebnisdruck und mentalen Druck möchte ich noch in meinem Leben? Dank meiner jahrzehntelangen Erfahrung kann ich mir auch einen Job als Beraterin vorstellen.“ Gut ein Jahr nach ihrem Zusammenbruch im Anschluss an die verpatzte WM in Australien verspürt die ehemalige Bundestrainerin, die den Posten fünf Jahre innehatte und die DFB-Frauen 2022 zu EM-Silber geführt hatte, wieder die nötige Energie. „Die Lebensfreude ist zurück“, sagte sie. Das sei im Sommer 2023 ganz anders gewesen. „Ich habe nur noch geweint, konnte keinen klaren Gedanken mehr fassen und keine Frage beantworten. Ich war leer. Es war nichts mehr da, es war nichts mehr in mir drin“, berichtete die 125-malige Nationalspielerin. „Ich hatte Panikattacken.“ Mit ihrer Geschichte wolle sie „die Menschen dafür sensibilisieren, dass eine mentale Erkrankung genauso zu bewerten ist wie eine körperliche Erkrankung. Eine Zeit lang wurde das so als Modekrankheit abgetan. Es wurde gar nicht ernst genommen oder so nach dem Motto: Sie ist einfach nicht belastbar“, sagte Voss-Tecklenburg.

Bitter auch: Anfang des Jahres ging der Baufirma ihres Mannes Hermann Tecklenburg das Geld aus. Das Amtsgericht Kleve eröffnete ein Insolvenzverfahren. Nach einem Bericht der „Bild“ ist seine Frau mit 5,25 Prozent an der Firma beteiligt. „Das Ganze brach wie eine riesige Tsunami-Welle über uns hinein. Das Leben stellte uns vor eine weitere riesige Herausforderung und das zur Unzeit. Ich musste und wollte für meinen Mann da sein. Obwohl ich im Januar und Februar noch nicht bei hundert Prozent war“, sagte sie. DW

AFP/ANDER GILLENEA

Kylian Mbappé gewann am Wochenende mit Real Madrid 2:0 in San Sebastian. Er verwandelte einen Elfmeter

„Auf Mbappé bin ich besonders gespannt“

Sami Khedira freut sich auf den Start in die Champions League. Den deutschen Teams traut er einiges zu, sein Favorit ist ein englischer Klub

PICTURE ALLIANCE/ BAHHO KARA/ KIRCHNER-MEDIA

Das Motto der Ultras vom Commando Cannstatt für das Champions-League-Spiel des VfB Stuttgart am Dienstagabend bei Real Madrid (21 Uhr/Amazon Prime) lautet: „Alle in Rot“. Erstmals seit 15 Jahren treten die Schwaben wieder in der Champions League an – und die Reiselust des Anhangs ist groß. Obwohl es nur knapp 4000 Tickets für VfB-Fans für die Partie im Estadio Santiago Bernabéu (81.044 Plätze) gab, werden bis zu 15.000 Anhänger des Bundesligisten in der spanischen Metropole erwartet.

VON LUKAS DOMBROWSKI

Neben dem VfB treten vier weitere deutsche Teams in der Königsklasse an, die in einem neuen Format ausgetragen wird (*siehe unten*). Die Bayern spielen Dienstag gegen Dinamo Zagreb (21 Uhr/DAZN). Mittwoch gastiert Borussia Dortmund beim FC Brügge (21 Uhr/DAZN). Tags darauf spielt Double-Gewinner Bayer Leverkusen bei Feyernoord Rotterdam (18.45 Uhr/DAZN), RB Leipzig spielt am Abend bei Atletico Madrid (21 Uhr/DAZN). Als der VfB Stuttgart letztmals in der Königsklasse spielte, wirkte er auch Sami Khedira mit. Der Weltmeister von 2014 spielte bis 2010 bei den Schwaben, ehe er eine große Karriere startete. Er spielte u.a. für Real Madrid und Juventus Turin.

WELT: Herr Khedira, alle diskutieren über den neuen Champions-League-Modus. Welche Schulnote würden Sie der Idee geben?

SAMI KHEDIRA: Eine zwei mit Chance auf mehr. Noch ist es ja gar nicht losgegangen. Ich kenne den Modus übrigens schon etwas länger …

WELT: Wie kommt das?

KHEDIRA: Als ich nach meiner Karriere das Management-Studium der Uefa gemacht habe, wurde uns das Modell schon vor ein, zwei Jahren vorgestellt. Ich fand es vom ersten Moment an stark. Die Attraktivität der neuen Champions League ist gestiegen, es wird weniger Taktieren geben. Es sind so viele gute Begegnungen, das ist so wie eine Premier League Plus – jede Woche mehrere absolute Top-Spiele. Klar fehlt aus Fan-Sicht bei manchen tollen Auswärtsgegnern das entsprechende Heimspiel. Aber dafür können die Fans insgesamt mehr reisen. Bisher habe ich wenige gefunden, die sagen: Ich habe da keine Lust drauf und schaue es nicht.

WELT: Bei welchen Transfers sind Sie besonders gespannt, wie sie in der Champions League funktionieren?

KHEDIRA: Kylian Mbappé bei Real Madrid. Alle werden die Erwartung haben nach dem Motto: In den vergangenen zehn Jahren hat Real sechsmal den Titel geholt. Mit Mbappé werden es dann acht in den nächsten zehn Jahren. Aber so wird es nicht laufen. Er hat noch nicht ganz die richtige Bindung. Wie Real gleichzeitig den Kroos-Abgang auffangen und Mbappé einbauen kann, ist sehr spannend.

WELT: Welcher Transfer noch?

KHEDIRA: Ilkay Gündogan zurück bei Manchester City. An diesem Wechsel sieht man die Größe von Pep Guardiola. Er musste ihn ablösefrei ziehen lassen, damit Ilkay seinen Lebenstraum Barcelona erfüllen kann. Da hat Ilkay aber schnell gelernt, dass da zu viel Unruhe und auch nicht alles optimal war. Jetzt hat Pep ihn zurückgenommen, es gab Standing Ovations beim Debüt, und Ilkay wirkt glücklich, denn man sieht ihn viel lachen auf den Bildern. Auch durch diese Personalie ist Man City für mich Topfavorit auf den Titel.

WELT: Sie haben Barcelona erwähnt. Was trauen Sie Hansi Flick dort zu? Sie kennen sich aus vielen gemeinsamen Jahren bei der Nationalelf.

KHEDIRA: Ich habe dort kürzlich einen spannenden Einblick bekommen. Im Urlaub bin ich in einen Barça-Spieler reingerannt und habe mich mit ihm ausgetauscht. Dabei kam raus, dass vergangene Saison ein positiver Umgang mit den Spielern hätte besser sein können. Das hat mich gewundert, ich habe mir aber auch gedacht: Genau das kann Hansi Flick liefern. Er hat bei den Bayern gezeigt, dass er eine Gruppe vereinen kann, Positivität zeigt und ein People-Manager ist. Das hat die Mannschaft vermisst.

WELT: Ist für die Bayern das „Finale dahoam“ in der Münchener Arena möglich?

KHEDIRA: Ich finde dieses Jahr bei den Bayern spannend zu sehen, wie sie damit umgehen, dass sie die paar Spieler, die sie wollten, nicht bekommen haben und andere nicht abgeben konnten, denen sie einen Abschied eigentlich nahegelegt haben. Als neutraler Fußballfan hätte ein Finale der Bayern gegen Real Madrid oder auch gegen Man City mit der Rückkehr von Pep viel Charme. Dafür ist aber eine Sache wichtig …

WELT: Und zwar?

KHEDIRA: Der Kader ist wirtschaftlich für das Champions-League-Finale ausgelegt. Mit Palhinha und Olise sind klasse Leute dazugekommen. Aber schaffen es die Spieler, die gehaltsmäßig intern in den Top 5 sind, auch über 50 bis 60 Partien wie Top-5-Profis Leistung zu zeigen? Das war bei Spielern wie Sané, Gnabry oder Coman teilweise das Problem, oft unverschuldet aufgrund von Verletzungen oder fehlendem Rhythmus. Wenn das aber wieder nicht gelingt, haben die Bayern ein Problem. Auch Upamecano oder Kim haben in fast jedem Spiel einen Bock drin. Da kann auch ein neuer Trainer wenig machen. Die Bayern sind vom Potenzial finalfähig.

WELT: Was geht für den VfB?

KHEDIRA: Ich traue ihnen definitiv die Play-offs zu. Sie haben mehrere Duelle, gerade daheim, in denen ich sie besser als den Gegner sehe. Da sind drei, vier Siege drin.

WELT: Was ist noch drin für die deutschen Teams?

KHEDIRA: Leipzig war letztes Jahr schon stark in der Champions League, hatte dann Pech mit dem Los Real Madrid. Auch dieses Mal ist ihr Programm das schwerste der Bundesligisten. In Dortmund ist die Frage, wie schnell sich Nuri Sahin mit seinem Fußball etablieren kann. Er ist ein junger, interessanter Trainer mit vielen Visionen. Die musst du aber schnell umsetzen, sonst werden die Spieler ungeduldig. Bei Leverkusen hoffe ich, dass sie nicht überspielt sind. Auch sie wirken zum Saisonstart noch müde. Aber ich kann mir sehr gut vorstellen, dass alle fünf Klubs mindestens einen Platz in den Play-offs erreichen und zwei davon direkt und zwei über die Play-offs das Achtelfinale erreichen.

WELT: Ist mit Ihrem neuen DAZN-Vertrag auch das Thema Wolfsburg oder ein Job beim DFB vom Tisch?

KHEDIRA: Mein Fokus ist aktuell DAZN, und ich bin sehr glücklich mit dieser Lebensphase. Bei allem anderen gilt: Wenn jemand kommt, dann setze ich mich hin und höre es mir an. Hauptsache, es sind die richtigen Menschen dabei. Ich habe selbst Möglichkeiten zur Entfaltung, und der Verein oder der Verband hat eine interessante Perspektive.

Boey verletzt – Bayern gehen Verteidiger aus

Nach Stanisic fällt erneut ein Abwehrspieler aus

Die Meldung, die am Montagvormittag auf der Homepage des FC Bayern erschien, war nur drei Zeilen lang. Aber die drei Zeilen hatten es in sich. Sacha Boey, so ließ der deutsche Rekordmeister wissen, wird dem Klub mehrere Wochen fehlen. Der Rechtsverteidiger zog sich laut den Münchnern am Sonntag im Training einen Meniskusriss im linken Knie zu und musste operiert werden.

Der 24-Jährige war im vergangenen Winter für rund 30 Millionen Euro von Galatasaray Istanbul nach München gewechselt. In der Rückrunde kam er dann aber wegen einiger Verletzungen nur zu zwei Bundesliga-Einsätzen. Wegen eines Muskelfaserrisses und eines Muskelbündelrisses fiel der Franzose weitestgehend aus.

Die neue Spielzeit begann für Boey hingene besser. Beim 3:2-Auswärtssieg im Spiel beim VfL Wolfsburg bereitete er einen Treffer vor, auch beim 6:1 in Kiel am vergangenen Samstag kam der Franzose zum Einsatz. Für Trainer Vincent Kompany ist der Ausfall nun auch deshalb bitter, weil Josip Stanisic als weiterer Rechtsverteidiger wegen eines Außenbandrisses im rechten Knie länger verletzt fehlt. Stanisic war im Sommer von Bayer Leverkusen nach München zurückgekehrt. Für den Werksklub hatte der Kroate ein Jahr auf Leihbasis gespielt.

Optionen für die damit vakante Position sind Konrad Laimer und Joshua Kimmich. In der vergangenen Spielzeit lief Kimmich in der Rückrunde als Rechtsverteidiger auf. Er wurde von Kompany aber wieder in das zentrale Mittelfeld beordert.

Die Bayern spielen am Dienstagabend daheim (21 Uhr/DAZN) in der Champions League zu Hause gegen Dinamo Zagreb. In der Bundesliga geht es für die Münchner vier Tage darauf bei Werder Bremen weiter. Werder hatte am Sonntag 2:1 in Mainz gewonnen. DW

Dramatisches WM-Aus für deutsche U20

Frauen verspielen Führung in der Nachspielzeit

Es lief bereits die Nachspielzeit. 2:0 führten die deutschen U20-Frauen in der Nacht zum Montag im WM-Viertelfinale im Estadio Olímpico Pascual Guerrero im kolumbianischen Cali. Die Mannschaft von Kathrin Peter sah im Duell mit den USA wie der sichere Sieger aus. Das Halbfinale war quasi erreicht.

Doch dann schlugen die Gegnerinnen eiskalt zu. Mit einem Doppelschlag von Jordynn Dudley (90.+8) und Allyson Sentnor (90.+9) erzwangen sie die Verlängerung. Zuvor hatten Cora Zicai (61.) und Loreen Bender in der zweiten Minute der Nachspielzeit (90.+2) für den scheinbar komfortablen Vorsprung gesorgt. „Das ist alles sehr bitter, die USA waren das glücklichere Team“, sagte Trainerin Kathrin Peter im Anschluss.

„Es ist gerade nur Leere in mir drin“, sagte Tomke Schneider von Eintracht Frankfurt: „Wir müssen erst einmal nach Hause fahren, dann realisiert man wohl irgendwann, dass der Traum geplatzt ist. Wir sind trotzdem eine gute Mannschaft und können stolz auf uns sein.“ Unglaublich schade fand es DFB-Sportdirektorin Nia Künzer, „dass sich unsere U20-Frauen nicht für ihre guten Leistungen und ihre Leidenschaft belohnt haben. Dennoch hat das Turnier gezeigt, welches Potenzial in diesen Spielerinnen steckt. Darauf lässt sich nun aufbauen, nicht zuletzt auch in der Liga.“

Nach torlosen 30 Minuten in der Verlängerung musste die Entscheidung vom Elfmeterpunkt her. Da aber versagten den deutschen Spielerinnen schließlich die Nerven. Während Jella Veit ihren Elfmeter noch verwandeln konnte, verschoss Paulina Platner. Vanessa Diehm traf danach nur den Pfosten, und Alara Sehitlers scheiterte an US-Keeperin Teagan Wy.

Damit verpassten die deutschen U20-Frauen die Chancen auf ihren vierten Titel bei einer WM. 2004, 2010 und 2014 hatte die Nachwuchs-Nationalmannschaft den Sieg errungen. DW

Das „Schweizer Modell“ bringt mehr Spiele und mehr Geld

Es gibt dieses Jahr viele Neuerungen in der Champions League. Neben der Teilnehmerzahl ändert sich vor allem der Modus grundlegend

Alles neu in der Champions League: Heute startet der erste Spieltag der Königsklasse. Ab sofort wird es statt der Gruppenphase ein Liga-Modell, das „Schweizer Modell“, geben. Alles Wichtige auf einen Blick.

Teilnehmerzahl: Statt bisher 32 sind es jetzt 36. Davon sind 29 direkt qualifiziert, die verbleibenden sieben Teams wurden unter 54 Mannschaften über drei Qualifikationsrunden sowie der abschließenden Play-off-Runde ausgespielt. Die Verteilung der zusätzlichen vier Plätze: einer an den fünftbesten Verband der Fünfjahreswertung (2024/25: Frankreich), je einer an die beiden besten Nationen der Saison 2023/24 (Italien und Deutschland) sowie einer an einen zusätzlichen Landesmeister über die Play-offs.

Preisgeld: An die Teilnehmer der Königsklasse werden 2,467 Milliarden Euro ausgeschüttet. Die 36 Klubs in der Ligaphase haben jeweils 18,62 Millionen Euro sicher (bisher 15,64 Millionen). Pro Sieg gibt es 2,1 Millionen Euro (2,8 Millionen), 700.000 Euro für ein Remis. Für die Endplatzierung in der Liga gibt es eine Bonuszahlung. Der Erste bekommt 36 Mal 275.000 Euro, also 9,9 Millionen, der Letzte noch einmal 275.000 Euro. Für Platz eins bis acht gibt es weitere zwei Millionen pro Klub, von Platz 9 bis 16 jeweils eine Million obendrauf. Wer es in die K.o.-Runde schafft, erhält eine Million Euro.
Bei den weiteren Runden sehen die Prämien so aus: Achtelfinale elf Millionen, Viertelfinale 12,5 Millionen, Halbfinale 15 und Finale 18,5. Der Gewinner erhält zusätzliche 6,5 Millionen Euro plus in der Saison darauf weitere vier Millionen für die Teilnahme am Uefa Super Cup (dessen Sieger kassiert noch einmal eine Million Euro Erfolgsbonus). Darüber hinaus gibt es noch Zahlungen (insgesamt 853 Millionen Euro pro Saison), die je nach Wert der TV-Rechte in den jeweiligen Märkten der Klubs und langfristigeren Leistungswerten wie der Fünfjahreswertung ausgezahlt werden.

Neuer Modus: Die 36 Mannschaften sind alle in einer Liga-Tabelle. Jeder Klub spielt gegen acht unterschiedliche Gegner – je viermal zu Hause und auswärts. Am Ende ziehen die besten acht direkt ins Achtelfinale ein. Die Teams auf den Plätzen neun bis 24 spielen in einer separaten K.o.-Runde in Hin- und Rückspiel die weiteren acht Teilnehmer aus. Den Mannschaften von Rang neun bis 16 wird jeweils ein Gegner von Platz 17 bis 24 zugelost. Ab dem Achtelfinale ist dann alles wie bisher. Bisher waren es 125 Spiele ab der Gruppenphase, 137 inklusive der letzten Play-off-Runde. Ab 2024/25 steigen diese Werte auf 189 bzw. 203 inklusive der Play-offs.

REUTERS

Der Champions-League-Pokal, wichtigste Trophäe im europäischen Klubfußball

Die K.o.-Phase: Neu in der K.o.-Runde ist, dass die Rangliste der Ligaphase als eine Setzliste genutzt wird. So bilden zum Beispiel die Teams auf Platz eins und zwei ein Auslosungspaar. Diesen Klubs werden dann die Sieger der beiden Begegnungen Platz 15/16 gegen Platz 17/18 zugelost. Der Weg bis ins Finale steht ab der Auslosung der K.o.-Runde bereits fest. Es können auch Teams aus einem Land aufeinandertreffen.

Die Spieltage: Kernspieltage sind weiterhin Dienstag und Mittwoch. Die Ausnahmen: Am ersten Ligaspieltag finden je sechs Partien am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag statt (parallel keine Europa League). Am letzten Spieltag sind alle 18 Partien parallel am Mittwoch. Das Achtelfinale wird nicht mehr über vier Wochen, sondern über zwei Wochen ausgespielt.

Die Auslosung: Es gab vier Töpfe mit je neun Mannschaften. Titelverteidiger Real Madrid war automatisch in Topf 1. Die anderen wurden nach dem Klub-Koeffizienten der Uefa-Fünfjahreswertung einsortiert. In Topf eins waren somit Manchester City, FC Bayern, Real, Paris Saint-Germain, FC Liverpool, Inter Mailand, Borussia Dortmund, RB Leipzig und der FC Barcelona. Leverkusen war in Topf 2. Stuttgart in Topf 4. Jeder Mannschaft wurden je zwei Gegner aus Topf 1, 2, 3 und 4 zugelost – jeweils einer zu Hause und einer auswärts. Dabei galten folgende Regeln: keine Spiele gegen Teams aus der eigenen Liga und maximal zwei Gegner aus einer anderen Liga. Es treffen auch Mannschaften aus Topf 1 auf Teams aus diesem Topf. Es gibt also mehr top besetzte Partien. Da die Auslosung sehr komplex war, errechnete ein Computer die genauen Begegnungen.

Die wichtigsten Termine: Die Ligaphase startet vom 17. bis 19. September und endet am 29. Januar. Die K.o.-Runde ist am 11./12. sowie 18./19. Februar. So geht es danach weiter: Achtelfinale (4./5. und 11./12. März), Viertelfinale (8./9. und 15./16. April), Halbfinale (29./30. April und 6./7. Mai). Das Finale steigt am 31. Mai in München. jör

„JETZT SIND ES ANGEBLICH WIR, DIE EINEN GENOZID BEGEHEN“

PICTURE ALLIANCE/DPA/SOPA IMAGES VIA ZUMA PRESS WIRE/EYAL WARSHAVSKY

Der 7. Oktober 2023 – ein Schreckenstag, dessen Folgen andauern. ***Marko Martin*** beschreibt am Beispiel vieler Stimmen, was im Jahr danach geschah. Protokoll eines Videocalls mit einer israelischen Freundin

Bist du zornig?“ „Ach … müde bin ich, sind wir. Weißt du, was? Ich war ja immer ziemlich skeptisch gegenüber all den Identitätsbehauptungen. ‚Ich als …‘ schien mir immer unangemessen prätentiös. Dabei ist es auch geblieben, falls die Absicht dahinter irgendein Showing-off ist. Und trotzdem gibt es etwas klarzustellen.‘ Danas Stimme klingt nicht hart, aber zum ersten Mal höre ich ihre Müdigkeit. „Ich als Mutter. Als Frau und Ehefrau. Als Verwandte. Als Nachbarin. Als Linke. Als Bürgerin des Staates Israel. Als Jüdin. Soll ich dazu noch sagen – als Enkelin eines Holocaust-Überlebenden? Ja, auch das gehört dazu.

Lass es mich erklären, ich werde mich kurzfassen. … Als Verwandte. Mein Bruder war mit seiner Freundin gerade beim Campen, als es losging. Unter Raketenhagel sind sie zurückgekehrt, zum Glück unverletzt. Yuvals Cousin harrte in einem Madadim aus, einem Raum mit besonders dicken Wänden. Der ihn jedoch auch nicht geschützt hätte, wäre die Hamas auf ihn aufmerksam geworden. Irgendwann kam endlich das Militär. Dann die Kämpfe in den Kibbuzim, die verlustreichen Befreiungsversuche. Eine real gewordene Dystopie. Und ganz Israel war in diesen Stunden ein einziges Senden und Schreiben, viele Nachrichten kamen direkt von da. Aus den Gebüschen und Pinienhainen, aus den Shelters. Aus den Autos, den kleinen Kibbuzhäuschen, die zur tödlichen Falle geworden waren. Okay …“ Kurzes Durchatmen. „Okay … Einer von Yuvals Freunden ist bis jetzt drüben in Gaza, unter den Verschleppten. Andere sind ermordet. All das kommt in voller Wucht. Und zwar nicht infolge irgendeines Krieges oder der Besatzung. Die Kibbuzniks, die nicht zu großen Worten neigen, ziehen sogar den Vergleich zur Shoah. Dabei ist es eigentlich noch schlimmer.“ „Schlimmer?“

„Weil wir doch alle mit der Lehre aufgewachsen sind, dass, hätte es damals bereits Israel als starken, schützenden Staat gegeben, die gejagten europäischen Juden einen sicheren Hafen gehabt hätten und die Shoah dann zumindest nicht in ihrem ganzen Ausmaß … Und jetzt? Es ist – innerhalb von Stunden und mit der ganzen destruktiven Energie, die der Hamas zur Verfügung stand – wieder passiert. Und zwar hier. Hier in Israel, wo die Wertschätzung für Bitahon, Sicherheit, spätestens seit der Erfahrung der Shoah Teil unserer DNA geworden war. Und nun ist es sogar hier passiert. Im doppelten Wortsinn unter dem Radar der Sicherheitskräfte, die zusammen mit der Regierung so schrecklich versagt haben. Die psychischen Folgen sind noch gar nicht absehbar, dieses nun mit aller Gewalt wiedergekehrte urjüdische Gefühl des totalen Ausgeliefertseins. Wie eingebrannt.

Und noch einmal die Erfahrung als Frau. Frauen als Objekte sadistischster Vergewaltigungen und Folter. Abgeschnittene Brüste, aufgerissene Bäuche, Schusswunden in der Vulva. Und … bei den ‚Unsrigen‘: Es waren ja Frauen, als Grenzschützerinnen eingesetzt, die schon frühzeitig vor verstärkten Hamas-Aktivitäten auf der anderen Seite des Zauns gewarnt hatten. Und in der männlich dominierten Hierarchie unserer Dienste offenbar nicht ernst genommen worden waren.“

Dann sagt Dana wieder „okay“, und obwohl natürlich nichts okay ist, soll es – zumindest jetzt, im Gespräch – kein Kreiseln geben. Zurück also zur Chronologie und zu dem, was Menschen in der Lage sind zu leisten. Die Wachleute in den Kibbuzim etwa, die ihr Leben für den Schutz ihrer Nachbarn riskierten und häufig unter den ersten Opfern waren. Der Mann in Flip-Flops und mit einem M16-Gewehr, der so gut es ging versuchte, die Mörder in Schach zu halten. Menschen, die sofort handelten, Moral der ersten Hilfe. Trockenmilch für die Babys, die überlebt hatten. Decken, Waschpulver, Lebensmittel. Unterrichtskurse für die Kinder, deren Schulen verwüstet waren. Alte und Junge, die spendeten, dazu Hightech-Unternehmen, die beträchtliche Summen bereitstellten. Restaurants, die kostenlos für die Vertriebenen kochten. Hotels, die ihre Zimmer bereitstellten.

Oder Schriftsteller wie Etgar Keret und Ron Leshem, die von den Angehörigen der Ermordeten gebeten wurden, einfühlsam-prägnante Nachrufe zu schreiben, welche dann bei den Beerdigungen vorgelesen wurden. Die Angehörigen der Geiseln, die sich zusammengeschlossen haben, um die Öffentlichkeit zu informieren und den Druck auf die Regierung aufrechtzuerhalten. Es gab unzählige Menschen, die mit ihrem Beispiel andere motivierten, ebenfalls zu helfen. „Ja, ich bin stolz auf uns. Ich denke an meinen Großvater, der nach der Befreiung im Mai 1945 vom zerstörten Hamburg bis ins zerstörte Berlin gelaufen war, zu Fuß und nicht nur auf das Überleben, sondern auf das Leben setzend. Auch das gibt Kraft, auf merkwürdige Weise.“

Und sogleich im nächsten Satz – das kann nur Dana – ohne vorherige Kunstpause, nicht hektisch, sondern in aller Ruhe: „Umso mehr dürfen wir nicht nachlassen, gegen diese entsetzliche Regierung zu demonstrieren. Hast du mitbekommen, was sie vorgestern durchgesetzt hat? Im Augenblick der schlimmsten Krise seit der Staatsgründung 1948 gehen erneut Millionen und Abermillionen an die Ultrareligiösen, ihre Schulen etc. Nur, damit sie in der Regierung bleiben und Netanjahu weiter vor den Korruptionsermittlungen schützen. Stell dir das vor! Dazu Waffen für die Westbank-Siedler, mit denen Palästinenser traktiert werden, um die Situation weiter anzuheizen. Einer dieser Irren, dem unser rechtsextremer Polizeiminister zuvor eine Waffe verschafft hatte, setzte sie dann letzte Woche auch in Jerusalem ein: Gegen einen mutigen jungen Israeli, der gerade zwei Terroristen überwältigt hatte. So viel zur Legitimationslüge der Rechten, dass sie immerhin für Sicherheit sorgen würden.“

Noch immer hat Dana ihre Stimme nicht erhoben, allenfalls die Stirnfalten und die Lippenbewegungen deuten an, was in ihr vorgeht – und im gesamten Land. Fast beiläufig erwähnt sie, dass sie erst gestern wieder auf Spenden-Verteilungstour gewesen ist, nur drei Kilometer vom Gazastreifen entfernt, wo der Schlachtlärm dumpf zu hören war, dicke Rauchwolken in der Luft. Es ist ein Balanceakt, ihren Kindern nichts zu verschweigen, was diese ohnehin auf ihren Smartphones erfahren könnten, und sie gleichzeitig vor grausamen Bildern und den blutigen Triumph-Videos der Hamas zu schützen.

„Und noch etwas. Das ansonsten doch so gut vernetzte Rote Kreuz hat sechzig Tage gebraucht, um mit den Hamas-Geiseln wenigstens in Kontakt zu treten. Feministische oder queerfeministische Organisationen schweigen, Universitäten und Kunstvereine schweigen … Nein, das ist nicht ganz richtig. Denn viele von denen schweigen ja gar nicht und es scheint, als ob ihr Stummsein nach dem 7. Oktober nur eine Art Luftholen war. Und zwar, um Israel – oder sagen wir ruhig: die Juden – zu ‚einer der beiden Seiten‘ zu erklären. Als wäre Besatzung im Westjordanland das Gleiche wie ein Massenmord aus dem nicht besetzten Gazastreifen heraus. Mehr noch: Jetzt sind es angeblich wir, die einen Genozid begehen, klassische Täter-Opfer-Umkehr. Aber diesmal von denen, die sich links nennen.“

Dana hält kurz inne, als lausche sie dem Gesagten nach. Beugt sich ein wenig vor auf dem Ateliertisch, als könne sie so meine Reaktion besser sehen. „Ja, Marko, ich habe wir gesagt. Was die Regierungsbande und diejenigen, die sie gewählt haben, übrigens nicht miteinschließt. Logisch.

Es schließt allerdings auch nicht – nach dem 7. Oktober nicht mehr – jene ein, von denen wir dachten, wir seien ein Teil von ihnen. Linke Israelis als Teil der sogenannten globalen Linken. Ich glaube, das ist jetzt vorbei. Over. Da sie uns ganz offensichtlich weder als linke Israelis haben wollen noch als Juden. Nicht als Juden, die nach 10/7 die Erfahrung eines präzise geplanten und dann umgesetzten Vernichtens gemacht haben. Denn würden sonst in deren Kreisen und Institutionen und auf den Demos Sprüche gebrüllt, die unsere Existenz quasi auslöschen? From the river to the sea – Palestine will be free. Wobei von einer Zweistaatenlösung dabei fast nirgendwo die Rede ist. Ein doppeltes Verschwinden.“

„Doppelt?“ „Ja“, sagt Dana. „Weil wir zuvor – und zwar jahrzehntelang – den schrecklichen Fehler begangen haben, die Begriffe ‚Patriot‘ und ‚Zionismus‘ den Rechten zu überlassen, die sie natürlich auf ihre Weise buchstabieren, als Chauvinismus und Verachtung der Pa-

DIENSTAG

ARD

9.00 HD **Tagesschau** 9.05 HD **Hubert ohne Staller** 9.55 HD **Tagesschau** Magazin 10.00 HD **Meister des Alltags** 10.30 HD **Gefragt – Gejagt** 11.15 HD **ARD-Buffet** 12.00 HD **Tagesschau** 12.10 HD **ARD-MiMa**
14.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
14.10 HD **Rote Rosen** Telenovela
15.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
15.10 **Sturm der Liebe** Telenovela
16.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
16.10 HD **Amado, Belli, Biedermann** Talkshow
17.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
17.15 **Brisant** Magazin
18.00 HD **Gefragt – Gejagt** Show
18.50 HD **WaPo Bodensee**
19.45 HD **Wissen vor acht**
19.50 HD **Wetter/Wirtschaft**
20.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
20.15 HD **Mord mit Aussicht** Serie. Renate. Mit Eva Bühnen
21.00 HD **In aller Freundschaft** Arzt-Serie. Loslassen
21.45 HD **FAKT** Magazin. Arm wählt rechts?: Warum öffentliche Sparpolitik und Rechtsruck zusammenhängen. Moderation: Felix Seibert-Daiker
22.15 **Tagesthemen** Mit Wetter
22.50 **Maischberger** Diskussion
0.05 HD **Tagesschau** Nachrichten
0.15 HD **Mord mit Aussicht** (Wh.)
1.00 **In aller Freundschaft** (Wh.)
1.45 HD **Tagesschau** Nachrichte
1.50 HD **Maischberger** Moderation: Sandra Maischberger (Wh.)

ZDF

5.30 HD **MoMa** 9.00 **heute Xpress** 9.05 HD **Volle Kanne** Magazin. U.a.: Zukunft der Stahlindustrie: Wohin geht die Entwicklung? 10.30 HD **Notruf Hafenkante** 11.15 HD **SOKO Stuttgart** 12.00 **heute** 12.10 **ARD-Mittagsmagazin**
14.00 HD **heute – in Deutschland**
14.15 **Die Küchenschlacht** Show
15.00 HD **heute Xpress** Nachrichten
15.05 HD **Bares für Rares** Magazin
16.00 HD **heute – in Europa**
16.10 HD **Die Rosenheim-Cops** Eine Nacht mit Folgen
17.00 HD **heute** Nachrichten
17.10 HD **hallo deutschland**
18.00 **SOKO Köln** Krimi-Serie Vaterfreuden. Mit Sonja Baum
19.00 HD **heute** Nachrichten
19.25 HD **Die Rosenheim-Cops** Serie. Mehr Schein als Sein
20.15 HD **besseresser** Reportagereihe. Die Tricks der Gastro-Industrie: Hühnerfrikassee & Co.
21.00 HD **frontal** Magazin
21.45 HD **heute journal** Wetter
22.15 HD **Plötzlich gesund? Katharina und der Krebs** Doku
22.45 HD **Terra X Harald Lesch** Dokumentationsreihe. … und wie KI uns überwacht
23.15 HD **Markus Lanz** Talkshow
0.30 HD **heute journal update**
0.45 HD **Fall** Thriller (USA/GB 2022) Mit Grace Fulton
2.25 HD **Furia** TV-Krimi (N/D 2021) Mit Ine Marie Wilmann (Forts.: Di., 24. 09., 2.10 Uhr)

SAT.1

5.30 HD **SAT.1-Frühstücksfernsehen** 10.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Beach Blaster 5000 11.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Erektion auf Abruf 12.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Die Ausreißerin 13.00 HD **Auf Streife – Die Spezialisten** Doku-Soap. Nelly auf der Flucht
14.00 HD **Auf Streife – Die Spezialisten** Vorsicht, lang und giftig
15.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Auf falschen Sohlen
16.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap
17.00 HD **Lebensretter hautnah**
18.00 HD **Notruf** Reportagereihe Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm / Kein guter Deal
19.00 HD **Die Spreewaldklinik** Drama-Serie. Der Geist von Börnow. Mit Sina-Valeska Jung
19.45 HD **SAT.1 :newstime**
20.15 HD **Navy CIS** Krimi-Serie. Der Plan. Knights Vater benötigt bei einem Fall die Hilfe seiner Tochter.
21.15 HD **Navy CIS: Hawaii** Krimi-Serie. Der Spezialauftrag
22.15 HD **FBI: Special Crime Unit** Krimi-Serie. Opfer
23.15 HD **FBI: Most Wanted** Krimi-Serie. Tödliches Vermächtnis. Mit Alexa Davalos
0.10 HD **Navy CIS** (Wh.)
1.05 **Navy CIS: Hawaii** (Wh.)
1.50 **FBI: Special Crime Unit** (Wh.)
2.30 **FBI: Most Wanted** (Wh.)
3.10 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Schulschwänzer

RTL

6.00 HD **Punkt 6** 7.00 HD **Punkt 7** 8.00 **Punkt 8** 9.00 **GZSZ** (Wh.) 9.30 **Unter uns** 10.00 **Ulrich Wetzel – Das Strafgericht** Doku-Soap 11.00 **Barbara Salesch – Das Strafgericht** 12.00 HD **Punkt 12** Magazin
15.00 HD **Barbara Salesch – Das Strafgericht** Doku-Soap
16.00 HD **Ulrich Wetzel – Das Strafgericht** Doku-Soap. Hochzeitsauto gecrasht! Sah abgeblitzte Pensionsbesitzerin rot?
17.00 HD **Ulrich Wetzel – Der Ermittlungsrichter** Doku-Soap
17.30 **Unter uns** Soap. Bilder können lügen. Mit Adisat Semenitsch
18.00 HD **Explosiv – Das Magazin**
18.30 HD **Exclusiv** Magazin
18.45 HD **RTL Aktuell** Nachrichten
19.05 **Alles was zählt** Gewagte Bitte
19.40 **GZSZ** Beziehungspause
20.15 HD **Das Sommerhaus der Stars – Kampf der Promipaare** Show. Celebrities aller Couleur versammeln sich wieder mit Sack und Pack im „Sommerhaus der Stars“.
22.15 HD **RTL Direkt** Nachrichten
22.35 **Das Sommerhaus der Stars – Kampf der Promipaare**
23.30 HD **Extra** Magazin. Wenn das Kind auch Reality-Star wird
0.00 HD **RTL Nachtjournal**
0.25 HD **RTL Nachtjournal Spezial: Luisa Schneider im Interview**
0.45 HD **CSI: Miami** Serie. Ein verhängnisvolles Angebot / Asche zu Asche / Mörderisches Puzzle

3SAT

11.50 HD **Hessen à la carte** 12.20 HD **Servicezeit** Magazin 12.55 HD **Natur im Garten** Magazin. U.a.: Grünes Paradies mit See in Kärnten 13.20 HD **Traumorte** Dokumentationsreihe. Kerala / Bangkok / Thailands faszinierende Inselwelt
15.30 HD **Wildes Thailand** Dokureihe. Die Paarung / Die Jagd
17.00 HD **Traumorte** Dokumentationsreihe. Thailand von Nord nach Süd / Kambodscha
18.30 HD **Feind oder Verwandter? Der Neandertaler und wir**
19.00 HD **heute** Nachrichten
19.20 HD **Kulturzeit** Magazin
20.00 HD **Tagesschau** Nachrichten
20.15 HD **Die Toten am Meer** Kriminalfilm (D 2020)
21.45 HD **kinokino** Magazin
22.00 HD **ZIB 2** Nachrichten
22.25 HD **31 Tage bis zur Katastrophe – Der Weg zum Ersten Weltkrieg** Dokumentation
23.15 HD **Der letzte Kaiser – Karl I.**
0.00 HD **Bildung im Wandel – Lehrer will die Schule auf den Kopf stellen** Reportagereihe
0.35 HD **10vor10** Nachrichten
1.05 HD **Die Toten am Meer** Kriminalfilm (D 2020) (Wh.)

ARTE

10.25 HD **Strände Europas** Dokumentation. Dune du Pilat (Wh.) 11.10 HD **Wildnis Europa** Reportagereihe. Die Kegelrobbe 12.10 HD **Ukrainerinnen im Männerjob** 12.40 HD **Stadt Land Kunst** 13.30 HD **Stadt Land Kunst** Magazin
14.15 HD **Gattaca** Sci-Fi-Film (USA 1997) Mit Ethan Hawke
16.55 HD **Phänomenale Natur** Daintree: Urzeitliches Australien
17.50 HD **Inselwelt New York** Dokureihe. Die Natur kehrt zurück
18.35 HD **Meine wilden Nachbarn**
19.20 **Arte Journal** Nachrichten
19.40 HD **Vom Wegwerfkalb zum Alpenretter** Dokumentation
20.15 HD **Mao – Chinas roter Kaiser** Dokumentationsreihe. Langer Marsch / Großer Sprung / Kulturrevolution
22.55 HD **Im Schatten Chinas** Doku
23.50 HD **Tracks East** Magazin Die Macht der Magie – Der Osten, Zauberei und Politik
0.20 HD **Berlusconis Aufstieg** Dokumentationsreihe. Der Pionier des Privatfernsehens / Der Medienmogul Europas / Der Machtmensch in der Politik
2.55 **Mit offenen Karten** Magazin

PRO SIEBEN

5.25 HD **taff** 6.15 HD **Galileo** 7.20 HD **How I Met Your Mother** 7.45 HD **The Goldbergs** 8.40 HD **Brooklyn Nine-Nine** 9.35 **Die Simpsons** 10.30 HD **How I Met Your Mother** 11.25 **Scrubs** 12.20 HD **Two and a Half Men**
14.10 HD **The Middle** Die Mathestunde / Der Frühjahrsputz
15.10 HD **Big Bang Theory** Sitcom Football für Nerds / Der Gitarrist auf der Couch / Das Suppentattoo / Die Racheformel
17.00 **taff** Magazin. Die Vorstadtkids: Im Herzen Städter (2)
18.00 HD **ProSieben :newstime**
18.15 HD **Die Simpsons** Trick-Serie. Homer mit den Fingerhänden / 500 Schlüssel
19.05 **Galileo** Magazin. Social Media Cleaner. Mod.: Stefan Gödde
20.15 HD **Die Superduper Show** Mit Bill Kaulitz, Tom Kaulitz, Annette Frier, Edin Hasanovic, Wigald Boning. Moderation: Katrin Bauerfeind. Die Kaulitz-Zwillinge sind mit drei weiteren Show-Erfindern dabei.
22.35 HD **Late Night Berlin** Zu Gast: Fahri Yardim, Rocko Schamoni
23.50 HD **TV total** Show. Moderation: Sebastian Pufpaff
0.55 **Die Superduper Show** (Wh.)
2.50 HD **Late Night Berlin** (Wh.)
3.50 HD **ProSieben :newstime**
3.55 HD **World Wide Wohnzimmer** Show. Moderation: Dennis Wolter, Benni Wolter

KABEL 1

5.05 HD **The Mentalist** 5.50 HD **Hawaii Five-0** 10.10 HD **Navy CIS: L.A.** Krimi-Serie. Alte Gauner / Botschaft an Zeus / Zurück zur Natur / Last Minute nach Tokio / Rhythmus im Blut
14.50 HD **Castle** Krimi-Serie. Der letzte Nagel
15.50 HD **Kabel Eins :newstime**
16.00 HD **Castle** Krimi-Serie Die schmutzige Bombe
16.55 HD **Abenteuer Leben täglich** Magazin. Die besten Steaks (1)
17.55 HD **Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt** Reportagereihe. „Restaurant Sundblick“, Stralsund Moderation: Mike Süsser
18.55 HD **Achtung Kontrolle!** Falschparker aufgepasst – Durchfahrtskontrolle Hamburg
20.15 HD **Ender's Game** Sci-Fi-Film (USA 2013) Mit Asa Butterfield. Regie: Gavin Hood
22.35 HD **Transformers** Actionfilm (USA 2007) Mit Shia LaBeouf, Megan Fox, Josh Duhamel. Regie: Michael Bay. Sam Witwicky kauft sein erstes eigenes Auto. Zu seiner Überraschung verfügt es über ein rätselhaftes Eigenleben.
1.20 HD **Ender's Game** Sci-Fi-Film (USA 2013) (Wh.)
3.15 **Kabel Eins :newstime**
3.20 HD **Conan** Abenteuerfilm (USA/BUL/D/IND 2011) Mit Bob Sapp. Regie: Marcus Nispel

WELT

11.50 HD **Börsenflash** Nachrichten
12.00 HD **Die Welt am Mittag**
12.45 **Börse am Mittag**
13.00 HD **Die Welt am Mittag**
13.30 HD **WELT-Spezial**
14.00 HD **WELT-Newsroom**
15.55 HD **Börsenflash**
16.00 HD **WELT-Newsroom**
16.55 HD **Börsenflash**
17.00 HD **WELT-Newsroom**
17.15 HD **WELT-Spezial**
17.45 **Börse am Abend** Magazin
18.00 HD **Die Welt am Abend**
18.15 HD **Meine WELT – Meine Meinung zum Tag** Magazin
18.30 HD **Die Welt am Abend**
20.10 HD **Meine WELT – Meine Meinung zum Tag** Magazin
20.15 HD **Mayday – Alarm im Cockpit** Dokumentationsreihe. Kollaps über Kathmandu / Sturzflug in den Pazifik
21.55 HD **Lost Places** Reihe. Experiments of War / Raiders and Invaders / The Rock / Brücken
1.50 HD **Mayday – Alarm im Cockpit** Dokureihe

21.55 Wie baut man in Mexico im 16. Jhr. ein 48 Kilometer langes Aquädukt — ohne Holzgerüst? Außerdem: Was hat ein Staudamm in Wales mit den „Dam-Bustern" zu tun?

NDR

16.15 HD **Wer weiß denn sowas?** 17.00 **NDR Info** 17.10 HD **Seelöwe & Co. – tierisch beliebt** 18.00 **Ländermag.** 18.15 HD **Seevögel in Gefahr-Ratten auf der Hallig** 18.45 HD **DAS!** 19.30 **Ländermag.** 20.00 HD **Tagess.** 20.15 HD **Visite** 21.15 HD **Panorama 3** 21.45 HD **NDR Info** 22.00 HD **Tatort: Schwarze Tiger, weiße Löwen** TV-Krimi (D 2011) 23.30 HD **Rückkehr der Wildnis in Schottlands Highlands** 0.00 HD **Allein im All – Die einsame Reise zum Mars** Dokumentarfilm (D/ISR 2022)

STREAMING-TIPP

Bayer Leverkusen – A Dream Comes True (Dokureihe) Die vierteilige Serie begleitet Bayer 04 Leverkusen durch eine unvergleichliche Saison voller Erfolge und Rekorde auf dem Weg zum ersten Deutschen Meistertitel in der Klub-Geschichte sowie zum Titel im DFB-Pokal. Eine Saison, drei Wettbewerbe: Bayer 04 Leverkusen schreibt passend zum 120-jährigen Bestehen des Klubs Geschichte und erfüllt sich den größten aller Träume: Die Meisterschale nach Leverkusen zu holen. **Amazon Prime**

ZDF INFO

12.40 HD **#WTF – Corona aus dem Labor?** Dokumentation 13.25 HD **Tödliche Fracht – Rätsel um Flug El-Al 1862**
14.55 HD **Die großen Lügen der Geschichte** Reihe. Schnüffelflugzeuge gegen die Ölkrise / Anschlag auf den Umweltschutz
16.25 HD **Verschwörungen – Die Wahrheit der Anderen** Dokumentationsreihe. Klimalüge, Plandemie und 5G / Fake News, Angst und QAnon
18.00 HD **KI-Revolution – Der Aufstieg der Maschinen**
18.45 HD **Wir Deutschen und die großen Crashs** Doku
19.30 HD **Die großen Crashs** Dokumentationsreihe. Weltwirtschaftskrise 1929 / Ölkrise 1973 / Finanzkrise 2008
21.45 HD **Elon Musk – Genie und Wahnsinn** Dokumentationsreihe. Träume / Höhenflüge / Machthunger. Elon Musk und sein Bruder Kimbal gründeten 1995 im Silicon Valley ein Unternehmen und verkauften es später für Millionen.
0.35 HD **heute-journal** Wetter
1.05 **Der Preis des Krieges** (Wh.)

MDR

16.00 HD **MDR um 4** 17.45 HD **MDR aktuell** 18.05 HD **Wetter für 3** 18.10 HD **Brisant** 18.54 HD **Unser Sandmännchen** 19.00 HD **MDR Regional** 19.30 HD **MDR aktuell** 19.50 HD **Einfach genial** 20.15 HD **Umschau** 21.00 HD **Tiermedizin in Leipzig – Traumberuf und Knochenjob** 21.45 **MDR aktuell** 22.10 HD **Hoyerswerda '91 – Eine Stadt, die Gewalt und ihre Aufarbeitung** 22.55 **Polizeiruf 110: Per Anhalter** TV-Krimi (DDR 1974) Mit Peter Borgelt 0.20 **Rentnercops**

RBB

13.40 HD **Alles Klara** 14.30 HD **Mensch Mama!** Komödie (D 2012) 16.00 HD **rbb24** 16.15 HD **In aller Fr. – Die jungen Ärzte** 17.05 HD **Panda & Co.** 17.53 HD **Sandmann** 18.00 HD **DER TAG in Berlin & Brandenburg** 19.30 HD **rbb24 Abendschau** 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 HD **rbb24 – Ihre Wahl** Diskussion 22.00 HD **rbb24** 22.15 HD **Asbest** Kein Gangster / Kleine Häuser, große Familien / Fressen oder gefressen werden 0.20 HD **Hauptstadtderby – der Union- und Hertha-Podcast** Talkshow

WDR

16.00 HD **WDR aktuell** 16.15 HD **Hier und heute** 18.00 **WDR aktuell / Lokalzeit** 18.15 HD **Servicezeit** 18.45 HD **Aktuelle Stunde** 19.30 HD **Lokalzeit** 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 HD **Tatort: Monster** TV-Krimi (D/A/CH 2020) 21.45 HD **WDR aktuell** 22.15 HD **Der Kommissar und die Alpen: Ein Tag im Juli** TV-Krimi (I 2018) (Forts.: Di., 17. 09., 23.45 Uhr) 23.45 HD **Der Kommissar und die Alpen: Das gute Leben** TV-Krimi (I 2018) (Forts.: Di., 24. 09., 22.15 Uhr) 1.15 HD **Morden im Norden** (Wh.)

HR

13.40 HD **Hauptstadtrevier** 14.30 **Meine Mutter …: traut sich was** Komödie (D 2020) 16.00 **hallo hessen / hessenschau** 17.55 **hessenschau Sport** 18.00 **Maintower** 18.25 **Brisant** 18.45 **Die Ratgeber** 19.15 **alle wetter** 19.30 HD **hessenschau** 20.00 **Tagess.** 20.15 HD **Tobis Urlaubstrip** Dokumentationsreihe. Bad Arolsen hautnah! 21.00 **Der Camping-Check** 21.45 HD **Kochstories** 22.15 **hessenschau** 22.30 HD **Kommissar Bäckström** 0.00 **Chinatown** Kriminalfilm (USA 1974)

BR

13.20 **Quizduell – Olymp** 14.10 **WaPo Bodensee** 15.00 **aktiv und gesund** 15.30 **Schnittgut** 16.00 **BR24** 16.15 **Wir in Bayern** 17.30 **Regional** 18.00 **Abendschau** 18.30 **BR24** 19.00 **Gesundheit!** 19.30 **Dahoam is Dahoam** Der nächste Schritt 20.00 **Tagess.** 20.15 **Tatort: Die ewige Welle** TV-Krimi (D 2019) Mit Andreas Lust 21.45 **BR24** 22.00 **Der Kroatien-Krimi: Tod im roten Kleid** TV-Krimi (D 2021) Mit Jasmin Gerat 23.30 **Alles außer Kartoffeln: Menschen. Küche. Heimat.** 0.00 **Asül für alle** Show

SWR

14.40 **Meister des Alltags** 15.10 **Quizduell-Olymp** 16.00 HD **Aktuell** 16.05 HD **Kaffee oder Tee** 17.00 HD **Aktuell** 17.05 HD **Kaffee oder Tee** 18.00 HD **Aktuell** 18.15 HD **Landesschau BW** 19.30 HD **Aktuell** 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 **Marktcheck** 21.00 **Preiswert, nützlich, gut?** 21.45 HD **Aktuell** 22.00 **Wohnzimmer-Comedy – Mit Dui do on de Sell** 22.30 **Die Mathias Richling Show** 23.00 **Das Beste aus der St. Ingberter Pfanne 2024** Show 0.00 **Nuhr im Ersten**

VOX

5.15 HD **CSI: NY** 7.40 HD **CSI: Vegas** 11.15 HD **CSI: Miami** Krimi-Serie. Wölfe zur Sonnenfinsternis / Keiner mehr an deiner Seite / Ferien ohne Ende
14.00 HD **Verklag mich doch!** Schwiegertochter in spe sorgt für Ärger im Familienbetrieb / Immobilienmaklerin wird von Assistent genötigt und erpresst
15.00 HD **Shopping Queen**
16.00 HD **Das Duell – Zwischen Tüll und Tränen** Christina Sonnek vs. Carolin Amerling
17.00 HD **Zwischen Tüll und Tränen** Dokumentation. U.a.: Dortmund, „Lavie Sposa“
18.00 HD **First Dates – Ein Tisch für zwei** Doku-Soap
19.00 HD **Das perfekte Dinner** Doku-Soap. U.a.: Tag 2: Tim, Berlin
20.15 HD **Hot oder Schrott – Die Allestester** U.a.: Kacka Alarm! Voll verstopft!
22.15 HD **Hot oder Schrott – Die Allestester** U.a.: Chair Gym Total Body Workout
23.20 HD **Hot oder Schrott** U.a.: „Reflexzonen-Socken“
0.20 HD **vox nachrichten**
0.40 HD **Medical Detectives**

PHOENIX

11.45 **phoenix plus** 12.00 **phoenix vor ort** 12.45 **phoenix plus** 13.35 **phoenix vor ort** 14.00 **phoenix vor ort** 14.45 **phoenix plus** 16.00 **Dokumentation** 17.30 **der tag** 18.00 **Aktuelle Reportage** 18.30 **Ein perfekter Planet** Dokumentationsreihe. Menschen 19.15 **Indiens wilde Wölfe** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Traumorte** Dokumentationsreihe. Die Italienische Riviera 21.00 **Galileo Galilei – Revolutionär der Wissenschaften** Doku 21.45 **heute-journal** 22.15 **runde** 23.00 **der tag** 0.00 **runde** (Wh.)

EUROSPORT1 / SPORT1

Eurosport: 13.00 **Snooker: English Open** 14.00 **Snooker: English Open** 18.00 **Motorsport: FIA-Langstrecken-WM** 19.00 **Motorradsport: 24-Stunden-Rennen Bol d'Or** 20.00 **Snooker: English Open** 0.00 **The Minute** 0.05 **Motorsport: FIA-Langstrecken-WM** (Wh.) **Sport1:** 16.20 **Neighbourhood Blues – Streifenpolizei im Einsatz** 17.20 **Grenzschutz Südamerika** 17.50 **EXATLON Germany – Die Mega Challenge** Show 0.15 **Neighbourhood Blues – Streifenpolizei im Einsatz** Dokureihe (Wh.)

Demonstration in Israel mit Sargattrappe, bei der ein Waffenstillstandsabkommen und die sofortige Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln gefordert wird

lästinenser. Und wir haben zugelassen, dass sie für ihren Wahn diese Begriffe benutzen, die doch in Wirklichkeit etwas ganz anderes bedeuten müssen: Verantwortung für alle, die hier auf diesem winzigen Fleckchen Erde zusammenleben – und eine sichere Heimstatt für uns Juden. Sie haben sie gestohlen, weil wir sie nicht aufmerksam genug bewahrt und verteidigt haben.

Jedes Mal, wenn wir die weltweit hochgereckten Plakate sehen, auf denen Israel von der Nahost-Landkarte getilgt ist, werden wir linken Israelis daran erinnert. Und auch jedes Mal, wenn wir, Nachkommen von Holocaust-Überlebenden oder denen, die 1948 aus den arabischen Ländern hierher geflüchtet sind, auf X oder TikTok oder in gelehrten Ad-hoc-Symposien als ‚Weiße', als ‚Siedler-Kolonialisten' gelabelt werden. Jedes Mal, wenn uns, über Tausende von Kilometern hinweg, aber mitten ins Herz, entgegengeschrien wird, dass Zionismus eine Genocidal Ideology sei. Jedes Mal."

Dana schüttelt den Kopf, beißt sich auf die Lippen. Dann sieht sie auf ihre Armbanduhr: Nein, kein Kreiseln, kein Lamento, nur eine Klarstellung. Dass dies doch sehr wohl geht, besonders jetzt: Auf die Straße gehen gegen die Regierenden und gerade deshalb Patriot zu sein, Zionist. Da es nicht nur Begriffe sind, sondern verteidigte Existenz. „Wir machen jetzt erst mal Schluss, beseder? Vielleicht nur noch eins.

Kontext. Das neue Zauberwort. Wenn jedoch die Besatzung im Westjordanland, die ich heute so sehr ablehne wie eh und je, der Kontext sein soll – weshalb dann nicht die Ankündigung der Juden-Vernichtung in der offiziellen Hamas-Charta? Weshalb ist kein Kontext, dass der von den Nazis in den Nahen Osten importierte moderne Antisemitismus sich mit dem alten mischte und bis heute überlebt hat? Und die toxische Frauenverachtung dieser Typen, die mit den abgeschnittenen Brüsten der zuvor zu Tode vergewaltigten Frauen Ball spielten? Das alles also ist kein Kontext? Dann lasst uns auch ehrlich sein. Und all diesen kalten Leugnern und Relativierern ein Fuck off."

Dann, nach kurzem Schweigen: „Aber so beenden wir nicht das Gespräch, oder?" „Doch", sage ich. „Umarmung aus der Ferne."

■ Marko Martin ist deutscher Schriftsteller und Publizist. Der voranstehende Text ist ein Auszug aus seinem neuen Buch „Und es geschieht jetzt. Jüdisches Leben nach dem 7. Oktober" (Klett-Cotta, 224 Seiten, 22 Euro. Erscheint am 28.9.). Martin ist am 17. September 2024 zu Gast bei den Jüdischen Kulturtagen Berlin.

So kann es nicht weitergehen

Eigentlich könnte Pinneberg ein netter Kerl sein. Ein kleiner Angestellter, der niemanden etwas zuleide tut, weder Kollegen noch Chefs. Der die junge Frau, die nach einer schönen Nacht von ihm schwanger wird, nicht sitzenlässt, sondern heiratet. Er nennt sie Lämmchen. Und doch lodert bald ein „ganz hübsches Feuerchen aus Wut, Hass und Erbitterung" in seinem Herzen, wie Hans Fallada in seinem berühmten Roman „Kleiner Mann – was nun?" von 1932 schreibt. Mit Blick auf die Stimmung im Land fragt man sich auch heute: Was ist nur los mit dem sprichwörtlich gewordenen kleinen Mann?

VON JAKOB HAYNER

Frank Castorf lässt jedenfalls Zeit für die Abgründe des kleinen Mannes: Erst nach über fünf Stunden und einer Pause verlässt man wieder das Berliner Ensemble und tritt auf die Friedrichstraße, wo Pinneberg und Lämmchen von dem Bonvivant Jachmann durch die Vergnügungspaläste geschleppt werden und die es so heute nicht mehr gibt. Doch den Tanz auf dem Vulkan der „Goldenen Zwanziger" hatte Castorf vor drei Jahren bereits mit Erich Kästners „Fabian oder Der Gang vor die Hunde" auf die Bühne gebracht. Dagegen wirkt „Kleiner Mann – was nun?" wie eine ernüchterte und radikalisierte Fortsetzung.

Die „Neue Sachlichkeit" des Romans spiegelt sich im Bühnenbild wider. Aleksandar Denić hat Castorf bereits die unglaublichsten Drehbühnen voll überbordender Details gebaut, doch dieses Mal herrscht dunkle Leere. Weit hinten eine Wand, mit rotem Stoff behangen, davor ein Klavier. So karg stellt man sich die schäbige Unterkunft vor, die Pinneberg und Lämmchen mit ihrem kleinen Murkel im Roman über einem Kinodach beziehen. Und tatsächlich wird dieser Theaterabend zu einem nicht unerheblichen Teil unter der Bühne gespielt, wie bei Castorf üblich mit mehreren Live-Kameras übertragen.

Auch einen weiteren Teil des Bühnengeschehens lernt man nur über die Kamera kennen: Hinter der großen Wand verbirgt sich das Warenhaus, in dem Pinneberg schuftet. Es ist eine Mischung aus Spiegelkabinett, Catwalk und Panoptikum, auf den Stangen hängen Anzüge in Regenbogenfarben. Die Angestellten konkurrieren gegeneinander, sie müssen monatlich eine bestimmte Quote verkaufen. Pinneberg bleibt auf der Strecke, hier erlebt er seine größte Demütigung, tausendfach gespiegelt und ohne Entkommen. Und sein Untergang ist ausgerechnet ein Schauspielstar, der nur im Kino den kleinen Mann gibt.

All die bunten Sachen, sie sind nur Verkaufe. In seiner unübertroffenen Studie „Die Angestellten" von 1930, also dem Zeitpunkt der Romanhandlung, schreibt Siegfried Kracauer von der „moralisch-rosa Hautfarbe", die alles erfasst. Nicht nur die Schaufenster der Warenhäuser werden dekoriert, sondern die Gesellschaft selbst, die wie ein Produkt angepriesen wird, bei dem man nicht sieht, wie es hergestellt wird. Die Farbwahl hat sich wie die Angestelltenkultur diversifiziert, moralisch-rosa schimmert es heute in den Farben des Regenbogens. Doch darunter herrscht ein Hauen und Stechen.

Die bis heute ungebrochene Faszination für Pinneberg und Lämmchen liegt darin, dass sie die Welt durchschauen – aber nur zu Hälfte. Sie wissen, dass für die kleinen Leute nichts bleibt. Sie sind empört: Mit uns können sie es machen! „Raubtiere" ziehen sie heran, sagt Lämmchen, als sie erfährt, dass nun in jedem Lebensbereich Konkurrenz und Rette-sich-wer-kann herrscht. Sie wird Kommunisten wählen, jedenfalls nicht die Nazis, die die Juden totschlagen wollen. Pinneberg würde auch gerne, traut sich aber nicht. Er ist ja Angestellter, kein Arbeiter. Und doch: So kann es nicht weitergehen.

Nur reichen Erfahrung und Fantasie bei Pinneberg und Lämmchen übers private Glück nicht hinaus, selbst wo das durch größere Umstände immer unerreichbarer wird. Einer Szene gibt Castorf zentrales Gewicht: Da träumt Pinneberg nach einem Begriff von Marx seine „Robinsonade". Er will auf eine Insel, weg von allen Zumutungen, noch besser in den Berg hineingraben oder gleich in die Erde hinein wie in Franz Kafkas „Der Bau". Anders als mit dieser eskapistisch-regressiven Utopie weiß sich der kleine Mann nicht zu helfen:

Seit 70 Jahren dreht sich die Bühne im Berliner Ensemble auf sowjetischen Panzerrädern. Auf diesem historischen Getriebe inszeniert Frank Castorf den „Kleinen Mann" von Hans Fallada

JOERG BRUEGGEMANN/OSTKREUZ

Das Feuer aus Wut und Hass, es lodert noch: Maeve Metelka (vorn)

Zurück in die Gebärmutter, wo es noch keine Ansprüche der Außenwelt gab.

Weil er lieber den Rückzug will, bleibt Pinneberg auf Abstand zu großen Ideologien. Als ihn ein Kollege mit zu einem Treffen der Freikörperfreunde und Nacktbader nimmt, erzählt ihm eine Jüdin von demütigenden Angriffen. Spontan empört er sich, man müsse die Antisemiten verdreschen! Die Straflust der Judenhasser ist ihm fremd. Und was ist mit den Kommunisten? Die rote Fahne ist herabgerissen, darunter tummelt man sich wie bei einem Kindergeburtstag bei Durchhalteparolen, die nur noch peinlich wirken. Der Blick von Fallada und Castorf ist zu unerbittlich, um sich solchen Illusionen hinzugeben.

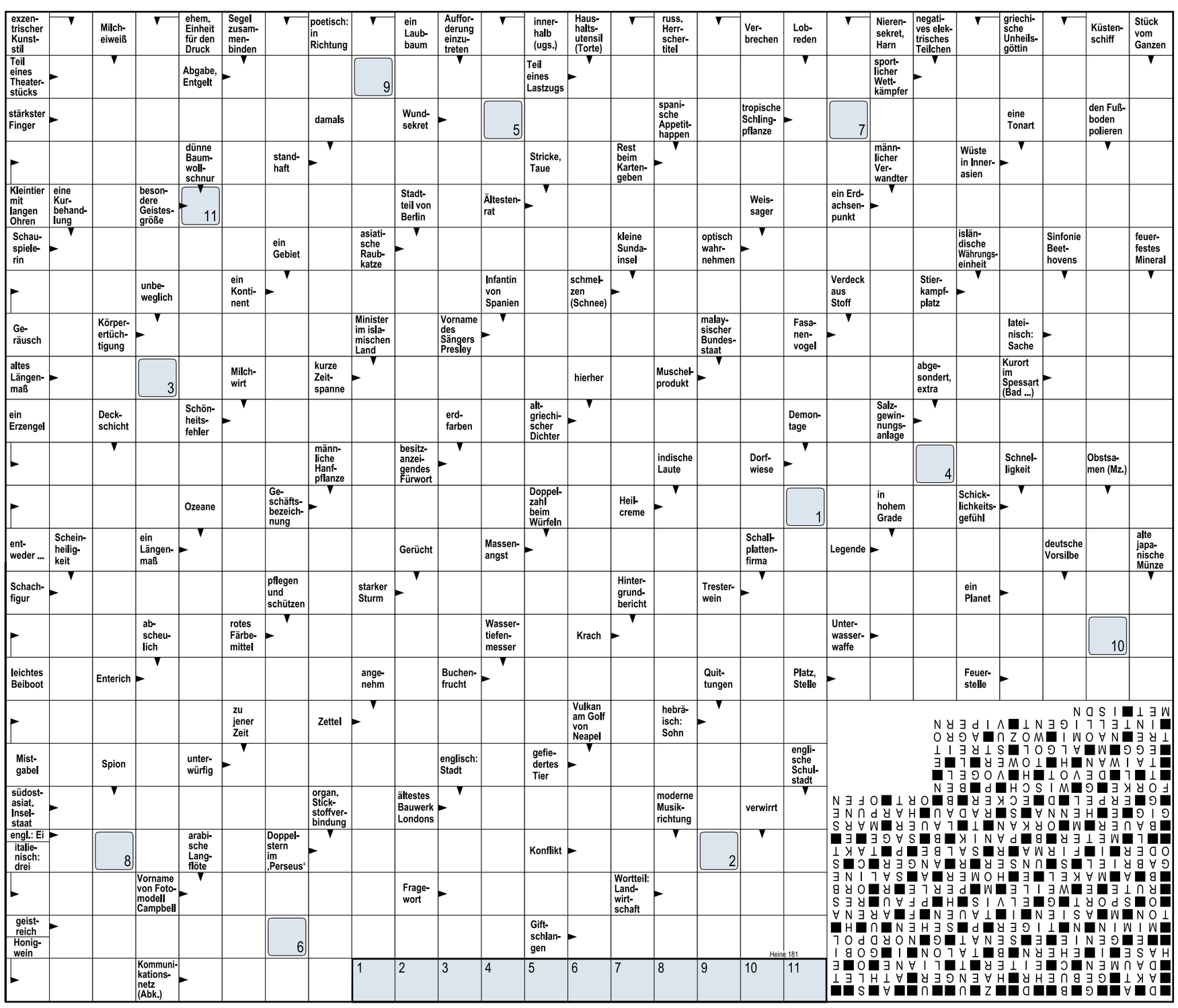
Mit Heiner Müllers „Die Schlacht" verlängert Castorf „Kleiner Mann – was nun?" von 1930 bis ins Jahr 1945. Pinneberg hat immer nur das Haifischbecken erlebt, das Wegbeißen im Arbeitsleben. Und in den letzten Kriegstagen ist es nicht anders, als die kleinen Männer – nun in Wehrmachts- statt Angestelltenuniformen – zwischen Waffen-SS und Rotarmisten sitzen und wieder nur schauen, wie man so durchkommt. Dass man den Kameraden denunziert, wirkt nur wie eine Randnotiz zu den Millionen Toten im Vernichtungskrieg im Osten. Der kleine Mann? Ist Schlächter und Schlachtvieh zugleich.

Castorf lässt „Die Schlacht" unter der Drehbühne des Berliner Ensembles spielen, die sich wie das Rad der Geschichte dreht. Helene Weigel selbst besorgte die 32 Räder eines sowjetischen T-34-Panzers, die die beeindruckende Holzkonstruktion antreiben, einige Reserveräder liegen an der Seite. Es sind wie die großen untergründigen Geschichtsströme, auf die Castorf in den Katakomben des Theaters hinweisen will und die man trotz des Kessel Bunten oben auf der Bühne nicht vergessen sollte. Hier geht es nicht mehr allein um den Roman, sondern die Widersprüche einer wirren Epoche.

Außerdem gibt es noch einige Einblicke in die an Widersprüchen und Wirrungen auch nicht arme Biografie von Hans Fallada, eigentlich Rudolf Ditzen, dazu. Drogen- und Alkoholsucht, expressionistisch-experimentelle und so gar nicht neusachliche Prosa wie „Die Kuh, der Schuh, dann du", all das verwebt Castorf zu einem Bühnenspektakel, das Adriana Braga Peretzki zudem wieder als ein großes karnevaleskes Kostümfest ausgestattet hat. William Minke schafft mit der Musik ein zusätzliches Panorama, von alten Spanienkämpferliedern über Ton Steine Scherben bis „Nie wieder Kokain".

Und dann – das ist die Grundlage dieses überragenden Theaterabends – gibt es noch die großartigen Schauspieler: Andreas Döhler, Pauline Knof, Artemis Chalkidou, Maximilian Diehle, Jonathan Kempf, Maeve Metelka und Gabriel Schneider verausgaben sich wirklich an diesem Abend, der alles abverlangt und so viel zu geben hat. Man erlebt hier etwas, das so frisch, punkig, rebellisch, klug und sogar zart ist, dass man es kaum glauben mag. Man kann es gar nicht anders sagen: Das muss man gesehen haben.

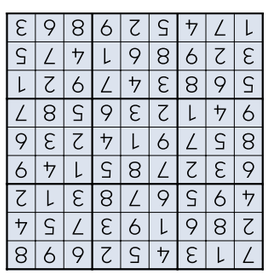
RÄTSEL UND SUDOKU VON STEFAN HEINE

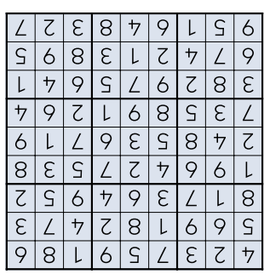


7		3					9	
2			1					
			6		8			
	5							6
9				3				
	6	8						1
						4	7	
			5					

4								6
			1	8	2			
			3		4			
	9	6	4		7	5	3	
	4						1	
	3	5	8		1	2	6	
			9		5			
			2	1	3			
9								7

Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.





ZU GUTER LETZT

Italiens Smartphone-Verbot als Vorbild

Mit dem Beginn des neuen Schuljahrs sind in Italien neue, restriktive Gesetze zur Nutzung digitaler Medien an Schulen in Kraft getreten. In den Klassenzimmern sind Smartphones ab sofort ganz verboten, Tablets und Computer dürfen unter bestimmten Umständen weiter genutzt werden. Bei den Maßnahmen handelt es sich um eine Verschärfung beziehungsweise Bekräftigung bereits bestehender Regelungen. Die Regierung Meloni gibt ihr einen weltanschaulichen Anstrich, indem sie darauf hinweist, die Maßnahmen dienten auch dazu, die „Autorität" der Lehrer wieder herzustellen. Auch in Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien gibt es entsprechende Maßnahmen, in Australien wurde von der Regierung kürzlich sogar ein Social-Media-Verbot für Kinder unter 16 Jahren angekündigt.

Die europaweite analoge Wende in der Schule ist zu begrüßen. Smartphones sind Entweltungsmaschinen. Sie zerstören Erfahrung, sie zerstören die Notwendigkeit als positiv erfahrener Anstrengung, sie zerstören soziales Miteinander. Der gesellschaftliche Nutzen, der aus der Wiedergewöhnung an „Stift und Papier" (so formulierte es der italienische Bildungsminister Giuseppe Valditara) entsteht, dürfte noch gar nicht abzuschätzen sein. Dass Politiker in Deutschland sich nicht dazu aufraffen können, sich der drängenden Thematik anzunehmen, ist bezeichnend, aber nicht überraschend.

Kinder werden, wie mit so vielem anderen, auch mit den verheerenden Auswirkungen von Konzentrationszerstörung, Cybermobbing und TikTok-Radikalisierung allein gelassen. Sollte ein Smartphone-Verbot eines Tages auch an deutschen Schulen gelingen, darf es aber nicht dabei bleiben. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Wandel im Umgang mit smarter Technologie, bei dem natürlich zuallererst die Technologiekonzerne gefordert sind, ihre Produkte nach ethisch vertretbaren Grundsätzen zu gestalten. Aber wir – Eltern, Lehrer, Alltagsmenschen – müssen uns auch fragen, nach welchen Maßstäben wir leben wollen. Wir müssen uns fragen, wie wir zu diesen Menschen geworden sind, die einander mitunter kaum noch in die Augen sehen. Wir müssen den analogen Trend aus der Schule in die Gesellschaft tragen.

HANNAH LÜHMANN

Die Unentbehrlichkeit des Propagandisten

1936 machte Joseph Goebbels den Filmstar Lida Baarová zu seiner Geliebten. Unter Zutun seines Rivalen Göring wurde ein Me-Too-Skandal unter Nazis daraus

Im März 1938 war Thomas Harlan, Sohn des „Jud Süß"-Regisseurs Veit Harlan und später Rechercheur deutscher Kriegsverbrechen, zehn Jahre jung. In der elterlichen Wohnung in der Berliner Tannenbergstraße ging die Prominenz ein und aus, darunter Propagandaminister Joseph Goebbels. Der, sechsfacher Vater, besaß einen Draht zu Kindern. „Wie er mich ins Vertrauen nahm!" schrieb Thomas in seinen Erinnerungen. „Wenn er mich ins Zimmer holte, unter seiner Bettdecke liegend, und dann zu mir sagte: ‚Geh mal ans Fenster und schau nach, ob die Gestapo immer noch da ist mit dem schwarzen Auto'." Und das schwarze Auto stand immer noch da. Aber warum sollte die Gestapo den drittmächtigsten – nach Hitler und Göring – Mann des Dritten Reichs überwachen?

VON HANNS-GEORG RODEK

In der Forschung zum Nationalsozialismus, die in jeden noch so abgelegenen Winkel der NS-Geschichte leuchtet, ist ein Gegenstand fast unbehandelt geblieben, weil er als unappetitlich, unbelegbar und auch unerheblich gilt und man lieber der Opfer der Obernazis gedenkt als deren Affären – den sexuellen Belästigungen von Schauspielerinnen durch den Film- und Propagandaminister Goebbels etwa, von denen so viele Memoiren berichten, dass die Avancen des „Bocks von Babelsberg" beinahe zum Topos wurden. Eine dieser Episoden jedoch, suggeriert Friedemann Beyer in seinem Buch „Die Geliebte" (*Morisel, 28 Euro*), besaß das Potenzial, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen.

Eine amtliche Akte Goebbels/Baarová existiert nicht. Es gibt die Memoiren der Prager Schauspielerin Lida Baarová, die als 20-Jährige von der Ufa engagiert worden war, nachdem sie in tschechischen Filmen Furore gemacht hatte. Es gibt die Erinnerungen zahlreicher Zeitgenossen. Es gibt die Vorstandsprotokolle der Ufa. Und es gibt die Tagebücher des Joseph Goebbels, lange als heikle Quelle angesehen, nicht, weil man ihre Echtheit bezweifelt, sondern weil man die Propagandaabsicht herausschmeckt. Goebbels hatte die Rechte an ihnen an den parteieigenen Eberl-Verlag verkauft und kassierte für jeden neuen Jahrgang 100.000 Reichsmark; sie sollten 20 Jahre nach seinem Tod veröffentlicht werden. Inzwischen hat man gelernt, wann man ihnen nicht trauen darf – in allem Politischen – und wann doch: bei Abläufen, Terminen, Privatangelegenheiten.

Sein erstes Zusammentreffen mit Baarová lässt sich genau datieren, auf den 3. Juni 1936. Goebbels schlendert mit Tochter Helga auf der Halbinsel Schwanenwerder im Wannsee die Straße entlang – er hat dort gerade ein Haus gekauft –, als er neuen Nachbarn begegnet: dem Ufa-Star Gustav Fröhlich und dessen Freundin Lida Baarová. Das Paar bittet Goebbels in ihr Domizil, das Fröhlich einem emigrierten jüdischen Brauereidirektor günstig abgekauft hat, man besichtigt seine Modelleisenbahn, und Baarová wird in ihren Erinnerungen schreiben: „Zum ersten Mal wurde ich mir der Wirkung der Stimme des Ministers bewusst… Die Stimme schien in mich einzudringen. Im Rücken spürte ich ein leichtes Kribbeln – als wollten seine Worte meinen Körper streicheln."

Ein Vierteljahr später lässt Goebbels bei der Nürnberger Premierenfeier des Spionagekrimis „Verräter" die Hauptdarstellerinnen rechts und links von ihm platzieren: Irene von Meyendorff – und Lida Baarová. Eine Sopranistin singt Operettenmelodien, darunter die Arie „Ich bin verliebt, bin so verliebt!". Während des Refrains flüstert Goebbels Baarová (ihrer Schilderung nach) „Ich auch!" ins Ohr. Später am Abend ruft sie Fröhlich um Rat an, der ihr nur kalt empfiehlt, wenn ihr an ihrer Karriere gelegen sei, könne sie dem Minister keinen Korb geben.

PICTURE ALLIANCE/SZ PHOTO

Joseph Goebbels und die Filmschauspielerin Lida Baarová als Premierengäste bei der Uraufführung von „Olympia" von Leni Riefenstahl 1936 in Berlin

Am nächsten Tag, nach einem Mittagessen in größerer Runde, zu dem auch Baarová geladen ist, zieht Goebbels sie zur Seite. Er holt sein Taschentuch hervor und bittet sie, ihn nachher während seiner Parteitagsrede genau zu beobachten: „Immer wenn ich mir damit über den Mund fahre, ist das ein Zeichen für Sie, dass ich an Sie denke." Mehrmals wird er seinen Redefluss für dieses Signal unterbrechen. Am nächsten Morgen bringt Goebbels' Adjutant Baarová einen Strauß Rosen an den Bahnsteig, bevor sie zu ihrer Mutter nach Franzensbad fährt.

Der Name Baarová kommt in den Tagebüchern kaum vor, außer wenn Goebbels über Filme spricht, in denen sie mitwirkt. Zu dem nationalistischen Film „Patrioten" notiert er: „Wieman, Baarová, Dahlke, alle spielen ganz einzigartig. Ich bin auf das Tiefste ergriffen." Ansonsten ist von ihr nur in einem Code die Rede, der entschlüsselt werden muss. Nach dem Nürnberger Treffen notiert er ohne Erklärung „Ein Wunder ist geschehen" und „Besuch aus Franzensbad, über den ich sehr erfreut bin".

Zum Schlüssel für die sich anbahnende Beziehung werden jedoch ein Ort und ein Wort: der Bogensee und „parlavert" (er schreibt das Wort ständig falsch). Zu seinem 39. Geburtstag im Oktober 1936 hat der Berliner Gauleiter Goebbels von der Stadt ein Präsent erhalten: ein Blockhaus. Aufgestellt wird es inmitten eines Naturschutzgebiets eine Autostunde nördlich von Berlin, am Ufer des idyllischen Bogensees, zwei größere und zwei kleinere Räume. Goebbels hängt Bilder auf, setzt sich ans Klavier und singt Schubertlieder. Immer, wenn ihm der Berliner Stress zu viel wird, fährt er in dieses Refugium, zumeist allein: „Ich bleibe zu Nacht am Bogensee", schreibt er am ersten Weihnachtstag in die Kladde. „Bis spät abends parlavert." Er wird in den folgenden zwei Jahren noch oft allein an den Bogensee fahren und häufig „parlavern". Aber mit wem, wenn er allein ist? Zieht man zur Gegenprüfung Baarovás Memoiren hinzu, wird klar, mit wem er palavert hat: mit ihr.

Goebbels' gesamte Umgebung weiß von seiner Promiskuität, inklusive Frau Magda (die selbst ein langjähriges Verhältnis pflegte, von dem Nora Bossongs neuer Roman „Reichskanzlerplatz" handelt). Sein Tagebuch ist voll von Ehekrächen, ihren Vorwürfen, von Versöhnungen, neuen Anschuldigungen. Als er die Affäre mit der Tschechin beginnt – die Nazis betrachteten die Tschechoslowakei als Feindstaat – gerät er ins Visier des „Forschungsamts des Reichsluftfahrtministeriums" (FA), oder, kurz gesagt, der NSA des Hitler-Staates. 3500 Mitarbeiter in der Charlottenburger Schillerstraße sind rund um die Uhr mit dem Abhören von Telefonaten und Postkontrolle beschäftigt, überwacht werden Oppositionelle, Journalisten, Diplomaten. Ihre Erkenntnisse werden auf Meldebögen aus braunem Papier festgehalten, die nicht kopiert werden dürfen und in wichtigen Fällen Hermann Göring vorgelegt werden, dem großen Rivalen von Goebbels um die Macht im Staate. Für die nahtlose Überwachung von Goebbels und Baarová sind eigens drei Beamte des Amtes abgestellt, die in einem abgeschlossenen Raum vor ihren Konsolen sitzen.

Parallel arbeitet sich Heinrich Himmler, Chef der deutschen Polizei, in Goebbels' engste Umgebung vor. Dessen Staatssekretär Karl Hanke – er besitzt Zugang zu Goebbels' Privatpost – stellt ein Dossier von 40 Untreuefällen des Ministers zusammen. Außerdem verschafft er sich die Zusage einiger Schauspielerinnen, die sich dem Minister verweigert und deshalb berufliche Nachteile erfahren haben, im Falle eines Scheidungsverfahrens als Zeuginnen aufzutreten. Diese Akte, die nicht mehr existiert – eine Art frühe Me-Too-Recherche aus all den falschen Gründen – wandert über Himmler und Göring zu Hitler, bei dem sich Magda Goebbels wiederholt über die Untreue ihres Mannes beschwert; man darf vermuten, dass er sie mit Details aus dem Dossier munitioniert hat.

Goebbels spürt, wie sich die Maschen um ihn zusammenziehen. Seine Familie redet nicht mehr mit ihm, seine Geliebte ist unerreichbar, sein engster Mitarbeiter hat ihn verraten, alte Weggefährten schneiden ihn. Am 15. Oktober 1938, einem trüben Samstagnachmittag, fährt er einmal mehr in das Holzhaus, diesmal wirklich allein. Er nimmt ein halbes Dutzend Tabletten des Schlafmittels Phanodorm, spült sie mit Alkohol herunter und fällt in einen tiefen Schlaf. 24 Stunden später erwacht er mit einem stechenden Schmerz am Herzen, legt sich erneut hin und kommt erst am Montagmorgen wieder zu Bewusstsein.

Am Wochenende nach diesem halbherzigen Selbstmordversuch bestellt Hitler das Ehepaar zu sich auf den Berghof bei Berchtesgaden. Sie wolle die Scheidung, hatte sie ihm gesagt, und er – hatte er ausrichten lassen –, sei bereit, als Botschafter nach Tokio zu gehen, natürlich mit Lida. Hitler jedoch will keinen von beiden verlieren, weder Magda, die er zur First Lady des Regimes aufgebaut hat, noch Joseph, seinen getreuen Paladin. Er diktiert den beiden Widerwilligen einen Waffenstillstand von drei Monaten. Sie fügen sich und spielen bis zum Kriegsende harmonische Ehe, bis zu ihrem Doppelselbstmord im Führerbunker.

Lida Baarová kehrt in die Tschechoslowakei zurück, wird dort nach dem Krieg persona non grata und dreht noch 20 Filme in Italien und Spanien, unter anderem mit Fellini. Über ihre Gefühle für Goebbels hat sie bis zum Schluss Widersprüchliches gesagt. Sie stirbt im Jahr 2000 in Salzburg. Was geschehen wäre, hätte Goebbels sein Amt wirklich hingeworfen, ist eine der beliebten Alternative-Geschichte-Fragen. „Führer und Verführer" (zurzeit im Kino) zeigt nicht nur die Berghof-Szene, sondern vor allem die Unentbehrlichkeit des Propagandisten. Ohne Joseph Goebbels wäre dieses Regime früher zusammengebrochen.

Bundespräsident Precht

Peilt Richard David Precht das höchste deutsche Staatsamt an? Sein Auftritt bei einem Philosophiefestival in der Lausitz wirkt wie eine Bewerbung

Schon in der Antike gingen die Meinungen über den öffentlichen Auftrag der Philosophie auseinander. Platon wies ihr in seinem Idealstaat eine leitende Funktion zu. Aber es gab auch Strömungen wie die Kyniker, die jede Kooperation mit den staatlichen Stellen ablehnten.

VON HAZIRAN ZELLER

Als der große Feldherr Alexander einmal nach Korinth kam, so geht die Sage, soll er zu Diogenes getreten sein, weil er dem Kyniker – halb aus Wertschätzung, halb demütigend – einen Wunsch erfüllen wollte. Der aber verlangte nur, man möge ihm aus der Sonne gehen, denn Alexanders herrschaftliches Auftreten warf einen Schatten auf das Fass, in dem Diogenes gerade wohnte. Die kynische Form des Philosophierens steht für radikale Machtkritik, ist darum aber nicht besonders anschlussfähig. Die platonische Variante ist verantwortungsbewusster. Platoniker können in Krisenzeiten auf das Positive der Gesellschaft wie auf einen Kompass zurückgreifen und Werte wie den Zusammenhalt benennen. Im Gegensatz zu den Kynikern sind sie sich nicht zu schade, ja fühlen sich vielleicht sogar geschmeichelt, mit der politischen Macht zusammenzuarbeiten.

Einer platonischen Spielart des öffentlichen Denkens gehören die Veranstalter des Lausitz Festivals an, das jüngst zum Symposium nach Cottbus lud. Es ging um nicht weniger als die Aktualität der Philosophie. Dient sie der Allgemeinheit? Ist die Philosophie, um es mit dem Titel des Symposiums zu sagen, „Für alle" da, oder nur ein privatvergnügliches Rückzugsgebiet gebildeter Eliten?

In der Einleitungsrunde wurde diese Problemstellung auf den gesellschaftlichen Strukturwandel bezogen, worunter man in der Lausitz etwa Deindustrialisierung versteht. Da kann man schon mal skeptisch sein, ob eine Kulturveranstaltung oder „Philosophie" die richtigen Antworten sind. Mehr noch, man könnte das Lausitz Festival für ein zynisches (nicht kynisches!) Trostpflaster halten, sie als Pseudokompensation begreifen für den ökonomischen Bedeutungsverlust, wie es Christoph Menke von der Goethe-Universität Frankfurt in den Raum stellte: „Warum leisten wir uns so ein Festival? Die Frage muss man offensiv beantworten."

Das zweite Panel beschäftigte sich mit dem außeruniversitären Bedürfnis nach Philosophie. Man hatte dafür Richard David Precht (Hochschule „Hanns Eisler") und Susan Neiman (Einsteinforum Potsdam) eingeladen, fraglos zwei der bekanntesten Intellektuellen im deutschsprachigen Raum. Sie wurden vom Moderator Christoph Menke denn auch aufgrund ihres Erfolges beim Publikum als „Bedürfnisexperten" vorgestellt.

Neiman nutzte ihre Zeit, um sich als Kantianerin zu präsentieren. Darunter verstand sie eine engagierte, an den Wünschen und Leiden der Menschen orientierte Philosophie, die sich weniger kontemplativ als aktiv formuliert. Einen bei Kant vorhandenen Vorrang des Praktischen spitzte Neiman zu: Eigentlich sei er kein Metaphysiker gewesen, sondern ein „Metaphysiker der Menschenrechte". Auch Diderot und Rousseau hätten nie auf einem Lehrstuhl gesessen: „War die Aufklärung populärwissenschaftlich? Ja, hoffentlich!"

Precht überbot Neimans Materialismus sogar noch. Geschichtsphilosophisch fragte er danach, warum gerade heute ein Bedürfnis nach Philosophie existiere und wies auf die veränderten Produktionsbedingungen hin. Das Maschinenzeitalter der Industrialisierung gehe zu Ende. Beim letzten vergleichbaren ökonomischen Wandel sei erst die Philosophie der Aufklärung entstanden und dann die Französische Revolution eingetreten. In der Gegenwart existiere entsprechend ein „riesiges Betätigungsfeld für Philosophen", und, wenn man Precht so zuhört, vielleicht auch bald für Revolutionäre.

Ohne Not ruderte er zurück, als er von Neiman auf den Marxismus seines Vortrages angesprochen wurde. Das antikommunistische Ressentiment war interessanterweise gegen ein etwaiges Basis-Überbau-Schema gerichtet. Nicht gegen die Praxis. Denn beide waren sich in ihrer politisch-philosophischen Orientierung schnell wieder so einig, dass Menkes Frage nach der Daseinsberechtigung des theoretischen Kant ins Leere lief. Neiman meinte, man müsse die richtigen Texte lesen (also nicht die Kritik der reinen Vernunft?).

Precht mimte die Dialektik der Aufklärung: So emphatisch wie Kant habe man nur im 18. Jahrhundert von Vernunft sprechen können. Die Diskussion gipfelte in einem bemerkenswerten Überbietungswettbewerb, bei dem Neiman mit ihren Kontakten zu Olaf Scholz prahlte, worauf Precht zu erwidern wusste, Frank-Walter Steinmeier habe neulich auf seiner Dachterrasse gesessen.

Gerade bei Precht würde man sich nicht wundern, wenn er selbst bald die politische Bühne beträte. Eliten und Kapitalismus kritisiert er so abstrakt, den Frieden vertritt er so glaubhaft, dass er einen guten Bundespräsidentenkandidaten des BSW abgäbe. Es bleibt der Eindruck philosophisch sehnsüchtiger Zeiten. Die Menschen suchen nach Rat und finden ihn bei der Philosophie, die aber nimmt sich zurück. Metaphysik will keiner betreiben.